SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IN DER GLOBALISIERUNG

45.

THEODOR HEUSS PREIS

45.

THEODOR HEUSS PREIS

PREISVERLEIHUNG, KOLLOQUIUM UND HERBSTTAGUNG 2010

»SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IN DER GLOBALISIERUNG«

KOLLOQUIUM ZUM JAHRESTHEMA, 7. MAI 2010

45. THEODOR HEUSS PREISVERLEIHUNG, 8. MAI 2010

HERBSTTAGUNG »SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IN DER GLOBALISIERUNG:
WER SETZT DIE REGELN?«, 15. OKTOBER 2010

Vorwort | Einführung in den Jahresband
Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB 8

Kolloquium zum Jahresthema, 7. Mai 2010
Begrüßung, Einführung und Dokumentation der Gesprächsrunden

Begrüßung — Dr. Ludwig Theodor Heuss, Vorsitzender der Theodor Heuss Stiftung 14

Einführung in das Jahresthema — Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance 16

Diskussionsrunde 1 — Good Global Governance? Das Soziale als Herausforderung einer internationalen Wirtschaft 24

Impulsreferat Wirtschaft — Dr. Michael Otto, Vorsitzender des Aufsichtsrats Otto GmbH & Co. KG 27

Impulsreferat Zivilgesellschaft — Paul Bendix, Geschäftsführer Oxfam Deutschland e.V. 34

Diskussion — Paul Bendix, Prof. Dr. Peter Eigen, Karsten Gerloff, Prof. Dr. Helmut Haussmann, Dr. Thomas Hertfelder, Dr. h.c. Michael Klett, Prof. Dr.-Ing. E.h. Berthold Leibinger, Dr. Michael Otto, Prof. Dr. Gesine Schwan, Prof. Dr. h.c. Lothar Späth 42

Diskussionsrunde 2 — Kapitalismus und Verantwortung? Reformbedarf der Marktwirtschaft nach der Krise 60

Impulsreferat Wirtschaft — Prof. Dr.-Ing. E.h. Berthold Leibinger, Vorsitzender des Aufsichtsrats TRUMPF GmbH & Co. KG 63

Impulsreferat Zivilgesellschaft — Karsten Gerloff, Präsident Free Software Foundation Europe e.V. 71

Diskussion — Paul Bendix, Carola von Braun, Karsten Gerloff, Prof. Dr. Helmut Haussmann, Armin Knauer, Prof. Dr.-Ing. E.h. Berthold Leibinger, Dr. Michael Otto, Bernhard Reiter, Prof. Dr. Gesine Schwan, Dr. Katja Schütze, Elke Wollenschläger 80

Zusammenfassung — Joachim Dorfs, Chefredakteur Stuttgarter Zeitung 92

Moderation der Diskussionsrunden:
Dr. Rupprecht Podszun, Wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht in München

45. Theodor Heuss Preisverleihung, 8. Mai 2010
Reden anlässlich des Festakts und Fragen an die Medaillenträger

Urkundentexte — Prof. Dr.-Ing. E.h. Berthold Leibinger, 102
Dr. Michael Otto, 104
Free Software Foundation Europe e.V., 106
Oxfam Deutschland e.V. 108

Begrüßung — Dr. Ludwig Theodor Heuss, Vorsitzender der Theodor Heuss Stiftung 110

Grußwort	Prof. Dr. Ulrich Goll, MdL Justizminister und Stellvertretender Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg	114
Grußwort	Gabriele Müller-Trimbusch Bürgermeisterin für Soziales, Jugend und Gesundheit der Landeshauptstadt Stuttgart	117
Festrede	Prof. Dr. Gesine Schwan Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance	120
Laudationes	Prof. Dr. h.c. Lothar Späth Ministerpräsident a.D. des Landes Baden-Württemberg	130
	Prof. Dr. Dr. h.c. Ernst Ulrich von Weizsäcker Co-Chair, International Panel for Sustainable Ressource Management	136
Dank der Preisträger	Dr. Michael Otto Aufsichtsratsvorsitzender Otto GmbH & Co. KG	140
	Prof. Dr.-Ing. E.h. Berthold Leibinger Aufsichtsratsvorsitzender TRUMPF GmbH & Co. KG	144
Fragen an die Preis- und Medaillenträger	Dr. Michael Otto Prof. Dr.-Ing. E.h. Berthold Leibinger Paul Bendix, Geschäftsführer Oxfam Deutschland e.V. Karsten Gerloff, Präsident Free Software Foundation Europe e.V. Moderation: Prof. Dr. Dr. h.c. Ernst Ulrich von Weizsäcker	148
Schlusswort	Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB Bundesjustizministerin und Stellvertretende Vorsitzende der Theodor Heuss Stiftung	156

Herbsttagung »Soziale Marktwirtschaft in der Globalisierung: Wer setzt die Regeln?«, 15. Oktober 2010

Bericht: Dr. Rupprecht Podszun; Wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht in München	164
Teilnehmer der Herbsttagung	180
Nachruf auf Hermann Freudenberg	186

Anhang

Die Theodor Heuss Stiftung in Kürze	189
Gremien der Theodor Heuss Stiftung	190
Veröffentlichungen	191
Preis- und Medaillenträger	192
Unterstützen Sie unsere Arbeit	202

VORWORT | EINFÜHRUNG IN DEN JAHRESBAND

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger | Bundesjustizministerin, MdB

Die soziale Marktwirtschaft sah sich in den vergangenen zwei Jahren gleichsam einer doppelten Herausforderung ausgesetzt. Unter dem Eindruck der weltweiten Labilität der Finanzmärkte, des globalen Abschwungs und der europäischen Währungskrise verloren mehr und mehr Bürger das Zutrauen in die Lenkungswirkung dieses Modus vivendi staatlicher Verfasstheit. Es mussten also Antworten auf die Frage gefunden werden, wie die soziale Marktwirtschaft kontinentaleuropäischer Prägung auch in einer territorial entgrenzten Welt noch Imperativ des staatlichen und privatwirtschaftlichen Handelns sein konnte.

Die Suche nach den Antworten auf diese zentrale Herausforderung führt unweigerlich zur zweiten Frage: Was ist der Markenkern sozialer Marktwirtschaft und welche Akteure tragen Verantwortung für seinen Schutz und seine progressive Entwicklung?

Vor dem Hintergrund dieser offenen Fragen hat die Theodor Heuss Stiftung 2010 deshalb die »Soziale Marktwirtschaft in der Globalisierung« als Jahresthema gewählt. Im Kolloquium zum Jahresthema am 7. Mai in Stuttgart standen in zwei Diskussionsrunden deshalb die beiden Fragen nach dem Reformbedarf und den Akteuren im Mittelpunkt.

Michael Otto, Theodor Heuss Preisträger 2010, machte in seinem Eingangsstatement darauf aufmerksam, dass es nicht allein der Staat sein könne, der die Krise der sozialen Marktwirtschaft und deren Reform schultern müsse. Vielmehr seien es die Unternehmen, die – trotz des Beharrungsvermögens des Marktes, der Kunden und Lieferanten – durch Beachtung von Umweltschutzprinzipien und Sozialstandards eine Vorreiterrolle spielen müssten. Global agierende Unternehmen sollten dies im Wege der Selbstverpflichtung realisieren, da staatliche Eingriffe zu häufig an staatlichen Grenzen enden würden. Dass es allein mit der Hoffnung auf Selbstregulierung der Unternehmen nicht getan sei, darauf verwies Paul Bendix, Geschäftsführer von Oxfam e.V., der in diesem Jahr eine Theodor Heuss Medaille erhielt. Noch zu oft würden Unternehmen im Kampf um Preise, Marktanteile und Gewinnmargen auf die Prinzipien der guten Unternehmensführung verzichten. Hier kämen Nichtregierungsorganisationen ins Spiel, die im Rahmen einer antagonistischen Kooperation der Wirtschaft Wege aufwiesen, sie aber gleichzeitig auch durch öffentlichkeitswirksame Benennung von Missständen unter Druck setzen könnte.

Um nach wie vor als effizienter Regelungsrahmen wahrgenommen zu werden, bedarf es allerdings mehr als nur der Selbstverpflichtung und des »sanften Drucks« von Nichtregierungsorganisationen. Es bedarf vielmehr neuer Regeln, die auch im europäischen und internationalen Kontext eine ähnliche Bindungskraft entfalten wie in der Vergangenheit für nationale Ökonomien. An der Frage nach den Charakteristika eines transnationalen Regelwerks, nach seiner inneren und äußeren Legitimation, entzündete sich eine lebhafte Debatte, in deren Verlauf deutlich wurde, dass es unterschiedlichen Anstrengungen im globalen Mehrebenensystem bedarf, die sowohl demokratisch als auch über ihre Ergebnisse legitimiert sein müssen.

Eine solche Legitimierung von Entscheidungen und Regeln kann im internationalen Raum nur selten über dieselben Prinzipien verwirklicht werden, wie dies im Rahmen nationalstaatlicher Verfasstheit möglich ist. Damit Vorschläge, Standards und Strukturen transnationale Legitimierung erfahren, bedarf es einer nährungsweisen Realisierung des herrschaftsfreien Dialogs, der sich über die Anerkennung des besseren Arguments realisiert und definiert.

Wie sich dieses Prinzip auf eine ganz lebensnahe Art bereits heute verwirklichen lässt, hat Karsten Gerloff, Präsident des Free Software Foundation Europe e.V.; Theodor Heuss Medaillenträger 2010, in seinem Beitrag über die Funktionsweise und Wirkung freier Software unterstrichen. In der Bereitschaft, Software zu öffnen, läge nicht der Niedergang von Geschäftsmodellen, sondern der Keim ihrer Weiterentwicklung. Die bessere Lösung setze sich automatisch durch, da es an Beharrungsmomenten mangele.

Die Frage nach einer dialektischen Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft führt zwangsweise zu den Ursachen ihrer momentanen Krise. Berthold Leibinger, Theodor Heuss Preisträger 2010, hat in seinen Ausführungen vor allem die Maßlosigkeit vieler Menschen – also nicht allein den Managern privatrechtlich verfasster Untenehmen – und der Entkopplung von Finanz- und Realwirtschaft als Gründe für die besondere Schwere der Finanz- und Wirtschaftskrise herangezogen.

Welche Rolle bei der legitimen Weiterentwicklung von Regeln und Strukturen vor allem die vorgelagerten Entscheidungsprozesse spielen; dieser Frage hat sich die Herbsttagung der Theodor Heuss Stiftung in Stuttgart angenommen.

Während der Diskussion im Stuttgarter Rathaus wurde deutlich, dass stark verrechtlichte Modelle im internationalen Raum nicht die alleinige Grundlage legitimer Entscheidungen sein können. Vielmehr wiesen die Diskutanten immer wieder auf Vertrauen in die beteiligten Akteure und Transparenz der Verfahren hin. Beide Prinzipien könnten tragende Säulen legitimer Entscheidungen sein, wo durch den solitären Hinweis auf die Rechtstaatlichkeit von Verfahren Legitimation nicht weiter anerkannt wird.

Verfängt der Hinweis auf Rechtstaatlichkeit nicht mehr und treten gleichzeitig Vertrauen und Transparenz als Geburtshelfer legitimer Entscheidungen auf, so verändern sich auch die Anforderungen an die beteiligten Akteure. Die Diskutanten unterstrichen, dass gerade Transparenz und Vertrauen ein hohes Maß an kommunikativer Offenheit seitens der involvierten Akteure – seien sie staatlicher oder privatwirtschaftlicher Natur – voraussetze. Dies gelte in zunehmendem Maße national, in jedem Falle aber bei internationalen Entscheidungen. Die kommunikative Öffnung der Akteure, ihr Werben um Vertrauen und Transparenz, setzen auch die Abkehr von einer auf einseitige Realisierung von Interessen gerichteten Politik voraus.

Wenn sich die Legitimität einer Entscheidung, vielleicht auch die Legitimität der Regeln einer international – im besten Sinne des Wortes – wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft, auf die Kraft des besseren Arguments stützen soll, so bedarf es vorbehaltloser Transparenz und wahrhaftiger Akteure, die vor dem Hintergrund des verfügbaren Wissens um Vertrauen in ihre Haltung werben.

Zuversichtlich stimmen in diesem Zusammenhang die Ergebnisse einer Umfrage des Allensbach Instituts, nach denen im Jahr 2010 die Meinung der Deutschen zur Sozialen Marktwirtschaft erstmals nach zwei Jahren wieder deutlich positiver ist. Vielleicht ist dies ein Hinweis darauf, dass unser Modell des sozialen Zusammenhaltes und des effizienten Wirtschaftens kein Auslaufmodell ist. Vielleicht ist diese Zustimmung aber auch als Vertrauensvorschuss an die Verantwortlichen zu verstehen, sich stärker als bisher für legitime Anpassungen an sich verändernde Vorzeichen einzusetzen.

Die 45. Preisverleihung der Theodor Heuss Stiftung hat die Herausforderungen und Chancen einer sozialen Marktwirtschaft unter den Bedingungen der Globalisierung thematisiert. Die Erfolg versprechenden Ansätze und die beispielgebende Arbeit der diesjährigen Preis- und Medaillenträger werden in diesem Jahresband dokumentiert. Dass der vorliegende Band realisiert werden konnte, verdanken wir der finanziellen Unterstützung durch die Heinz Nixdorf Stiftung und durch Armin Friedrich Knauer, Präsident Südwesttextil e.V.. Besonders danken wir Dr. Rupprecht Podszun, der durch seine Mitarbeit das diesjährige Jahresthema maßgeblich befördert hat.

»SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IN DER GLOBALISIERUNG«

KOLLOQUIUM ZUM JAHRESTHEMA, 7. MAI 2010

LITERATURHAUS STUTTGART

BEGRÜSSUNG

Dr. Ludwig Theodor Heuss | Vorsitzender der Theodor Heuss Stiftung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
sehr verehrte Preisträger und Medaillenempfänger des morgigen Tages,
liebe Freunde und Förderer unserer Stiftung,

ich freue mich sehr, Sie alle herzlich begrüßen zu können. Ich darf für diejenigen, die uns noch nicht so gut kennen, ein paar Worte über die Theodor Heuss Stiftung sagen. Es ist eine Initiative, die nach dem Tod meines Großvaters entstanden ist und die nun schon weit über 40 Jahre alljährlich den Theodor Heuss Preis und die Theodor Heuss Medaillen verleiht. Es ist eine Stiftung, die sich alljährlich ein neues Thema zum Inhalt macht. Das Besondere an dieser Stiftung ist, dass wir einerseits einen Preisträger oder zwei Preisträger-Persönlichkeiten mit großer Ausstrahlung im Mittelpunkt haben, dass wir Festredner haben mit großer Ausstrahlung, die bekannt sind und daneben häufig Bürgerinitiativen, Verbände, Organisationen aus der Zivilgesellschaft heraus, die gleichsam widerspiegeln, was das Thema ist und was in den Personen der Preisträger geehrt wird.

Wir sind – hat einmal jemand gesagt – eine Stiftung, die einen Preis verleiht, den man sich am Vortag der Verleihung erst noch verdienen muss. Das ist das, was wir heute hier machen, das Kolloquium. Es ist schön, in diesem Zusammenhang die Thematik aufarbeiten zu können und miteinander ins Gespräch zu kommen, Preisträger auf der einen Seite, Medaillenempfänger, die Zivilgesellschaft auf der anderen. Und das Thema, das wir dieses Jahr haben, »Soziale Marktwirtschaft in der Globalisierung« ist ja wirklich aktuell, tagesaktuell, und ich bin überzeugt und freue mich außerordentlich, wenn wir in diesem Kreis heute Nachmittag die Thematik näher besprechen, diskutieren und uns darüber austauschen können. Ich danke ganz besonders herzlich Ihnen, liebe Frau Professor Schwan, dass Sie heute das Impulsreferat halten und uns damit in das Jahresthema einführen werden. Und ich danke den Preisträgern und Medaillenempfängern, dass sie danach in den beiden Diskussionsrunden, die wir unter die Themen »Good Global Governance? Das Soziale als Herausforderung einer internationalen Wirtschaft« sowie »Kapitalismus und Verantwortung? Reformbedarf der Marktwirtschaft nach der Krise« gestellt haben, darauf eingehen werden. Ganz besonderen Dank Dir, lieber Rupprecht Podszun, dass Du anschließend die Diskussion moderieren wirst und die Veranstaltung heute Nachmittag vorbereitet hast. Abschließend wird Joachim Dorfs, Chefredakteur der Stuttgarter Zeitung, die Zusammenfassung übernehmen und einen Ausblick auf die Herbsttagung dieses Jahres geben. Es ist unsere Tradition, dass wir nach der Preisverleihung im Frühling, in der wir das Thema erstmals bearbeitet haben, im Herbst in einer größeren Tagung die Thematik noch einmal aufnehmen und so einen Bogen spannen können.

Soweit meine kurze Einführung. Ich freue mich wirklich sehr, dass Sie alle so zahlreich heute Nachmittag hier sind. Ich freue mich auf die Veranstaltung und wünsche Ihnen und uns allen einen spannenden und inhaltsreichen Nachmittag. Vielen Dank.

EINFÜHRUNG IN DAS JAHRESTHEMA

Prof. Dr. Gesine Schwan |
Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance

Lieber Herr Heuss,
meine Damen und Herren,

vielen Dank für die freundliche Einladung und dafür, dass Sie es mir zutrauen, eine Einführung in das wirklich nicht kleine Thema »Soziale Marktwirtschaft in der Globalisierung« zu geben.

Wir haben, als wir damals über dieses Preisthema und auch über die Preisträger beraten haben, gefunden, soziale Marktwirtschaft ist ein Begriff, auf den sich sehr viele einigen können. Das ist ein Konsensbegriff der frühen westdeutschen Bundesrepublik in Bezug auf eine Art zu wirtschaften und miteinander umzugehen, der als Konsens insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg in den 50er, 60er, auch noch 70er Jahren entstanden ist. Einer der unbestrittenen, großen Ahnherren dieser sozialen Marktwirtschaft ist Ludwig Erhard. Es gibt einen weiteren, der zumindest theoretisch, aber auch praktisch-politisch sehr wichtig war und heute auch noch bekannt ist: Das ist sein Staatssekretär Müller-Armack. Es ist auch zumeist bekannt, dass die soziale Marktwirtschaft etwas war, womit man als Alternative zur damals von der SPD und in den Gewerkschaften durchaus noch vertretenen Planwirtschaft – wenn auch demokratischen Planwirtschaft – den Markt etablieren wollte, aber mit einer sozialen Komponente. Ein geschlossenes Konzept zu dem, was soziale Marktwirtschaft war, gibt es nicht, jeder hat so seine verschiedenen Konzepte und man kann vielleicht summarisch sagen, dass sich die beiden großen Blöcke, die CDU und die FDP auf der einen Seite, aber dann auch die Fortsetzung durch die Sozialdemokraten vor allem mit Karl Schiller, zu einem Gesamtkunstwerk gleichsam verständigt und damit auch zum breiten Konsens dieser Wirtschaftsform und dieser Ordnungsform verständigt haben mit – im Laufe der Zeit – einigen unverzichtbaren Komponen-

ten. Erstens: Die soziale Marktwirtschaft entstammte gerade einem Versuch, das Laissez-faire in der Wirtschaft zu überwinden. Dieser sogenannte Neoliberalismus war ja damals etwas anderes, als man später damit gemeint hat. Der Staat sollte der Marktwirtschaft einen Ordnungsrahmen setzen, bei Ludwig Erhard vor allen Dingen antimonopolistisch den Wettbewerb sichern. Müller-Armack war durchaus dafür, dass der Staat darüber hinaus eine sozial ausgleichende Funktion hätte, auch arbeitsmarktpolitische Funktionen übernimmt. Als Menschenbild stand dahinter das verantwortliche Individuum, das nicht nur für sich selbst und den kleinsten Kontext, sondern auch für das soziale Umfeld mit verantwortlich ist, aber so weit, dass für Risiken, die eben überhaupt nicht individuell oder in kleinen Gruppen auffangbar sind, nach dem Subsidiaritätsprinzip der Sozialstaat zuständig sein sollte. Die Freiburger Schule oder der Ordoliberalismus stand damals im Gegensatz zu dem, was man Keynesianismus nannte, während die Fixpunkte Subsidiarität, Marktwirtschaft sichern gegen Monopole und dadurch Wohlstand für alle schaffen durch mehr Umverteilung oder Sicherung, so meinte Müller-Armack, einen Einkommensausgleich schaffen könnten. Das wurde dann durch Karl Schiller im Sinne der Konzertierten Aktion, des Zusammenarbeitens weiterentwickelt, auch im Sinne des deficit spending des Keynesianismus und der beiden großen Reformwerke in den 70er Jahren zur betrieblichen und unternehmerischen Mitbestimmung. Das skizziere ich als Komponenten. Die Leitidee war, dass das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit eine Sozialpartnerschaft oder – ich finde diesen Begriff noch treffender - eine »antagonistische Kooperation« war. Kooperation, weil man nicht anders weiterkam aus vielen, auch historischen Gründen; »antagonistisch«, weil es konfligierende, gegensätzliche Interessen gab.

Ich finde übrigens diesen Begriff der »antagonistischen Kooperation« ganz besonders gut und treffend, er hat nichts Vertuschendes, weil die Gegensätze auch in der Kooperation erkennbar bleiben und er ist, wie ich meine, sogar ein Grundbegriff überhaupt für viele demokratische Konstellationen. Denn es gibt in der Demokratie keine Kooperation ohne Interessengegensätze. Zum Teil könnte man denken, dass zum Beispiel innerhalb einer Partei zuweilen die Interessengegensätze größer sind als zwischen unterschiedlichen Parteien. Das sind einfach Prinzipien, auf die wir uns einstellen müssen und das verlangt auch eine gewisse Klugheit, Weisheit, eine Balance zu finden dazwischen, gegensätzliche Interessen und Spannungen auszuhalten, aber doch auch wieder ein Gemeinsames, einen Grundkonsens zu finden.

Ich denke also, dieser Begriff, aber auch dieses gesamte, ökonomische, ordnungspolitische und soziale System der sozialen Marktwirtschaft ist eines geworden, was einen breiten Grundkonsens der westdeutschen Gesellschaft ausgemacht hat. Als es nun etwas schwieriger wurde in den letzten Zeiten und Jahren, hat man oft gesagt, man müsse zur sozialen Marktwirtschaft zurückkommen. Ich glaube, wenn man historisch genauer hinguckt, ist es durchaus umstritten gewesen, was genau dazugehört. Meine Definition ist gleichsam eine konsensuelle gewesen, also ich habe von dem gesprochen, was einen breiten Konsens gestiftet hat über die Parteilager hinweg. Aber es gibt natürlich bis heute auch Positionen, die sagen, der eigentliche Kern der sozialen Marktwirtschaft war Ludwig Erhard und alles andere war hinterher Degeneration.

Nun wird oft gesagt, wir sollten soziale Marktwirtschaft doch wiederbeleben. Das ist offensichtlich ganz richtig, aber man muss dabei bedenken – das ist der zweite Teil meiner kurzen Einführung –, dass dieses Ordnungsmodell, dieses Sozialmodell in einer Zeit entwickelt worden ist, in der der Nationalstaat die entscheidende politische Einheit war. Politik wurde vom Rahmen des Nationalstaats her gedacht und das ist nun einfach definitiv klar: Politik kann heute nicht mehr nationalstaatlich allein wirken. Also die erste große Herausforderung ist, dass wir das politische, das staatliche Einwirken entweder international oder global denken müssen.

Das ist nicht genau dasselbe. Wenn ich sage international, dann könnte man daran denken, dass die verschiedenen Nationalstaaten miteinander zusammenarbeiten. Das beinhaltet aber das Problem, dass überall wieder die nationalen Interessen, die kurzen Legislaturperioden und so weiter eine Rolle spielen. Weltwährungsfonds oder Weltbank sind ja nicht einfach supranationale Institutionen, sondern werden von ihren Trägern, natürlich auch von

deren Interessen beeinflusst. Diese internationale Kooperation ist wichtig, aber darüber hinaus auch das globale, grenzüberschreitende, denn es gibt eben ganz viele Akteure, die inzwischen – insbesondere im Privatsektor – die nationalstaatlichen Grenzen einfach überschreiten und wenn man auf sie oder die Konsequenzen ihres Handelns einwirken will, dann muss man ein System finden, das dieser grenzüberschreitenden Aktivität im Wirtschaftssektor analog gestaltet wird. Sonst kann man nicht miteinander verhandeln. Und man muss etwas finden, was Kurzatmigkeiten oder Kurzsichtigkeiten von Politik – sowohl zeitliche als auch hinsichtlich von Partikularinteressen – überwindet.

Das ist der eine Punkt. Der andere Unterschied ist, dass die historische soziale Marktwirtschaft im Grunde als Regelung in erster Linie darauf zielte, den Wettbewerb zu sichern, also eine Anti-Monopol-Politik sicherzustellen. Eine soziale Marktwirtschaft unter unseren heutigen Herausforderungen muss wahrscheinlich mehr schaffen, sie muss einige globale Herausforderungen auch inhaltlich mit anpacken. Dazu gehört die Klimafrage, dazu gehört die Knappheit der Energien, dazu gehört insgesamt die soziale Lage von Menschen. Die soziale Marktwirtschaft fordert mehr an Regelung, weil die globalen Herausforderungen größer sind als sie damals in den 50er, 60er, 70er Jahren gesehen worden sind. Und das ist natürlich ein erheblicher Schritt, denn wenn man etwa durch Regelungsmechanismen versucht, darauf hinzuwirken, dass Umwelt dadurch gestärkt wird, dass kein Abfall produziert wird – wir haben uns einmal darüber unterhalten, Herr Otto, ich erinnere mich noch sehr genau daran –, dass man die Produkte dann so gestaltet, dass sie keinen Abfall mehr produzieren, sondern weiterverwendbar sind, auseinandernehmbar sind, wenn man solche sehr viel umfangreicheren inhaltlichen Prioritäten setzen will, dann muss man sich noch detaillierter verständigen.

Dies sind die neuen großen Herausforderungen und der Vorschlag, auf diese Herausforderungen einzugehen, ist, über die traditionelle Politik auch in ihrer internationalisierten Form, also Regierungskonferenzen oder internationale Organisationen, hinaus zwei weitere Akteure mit einzubeziehen, die

unterschiedliche, aber wichtige Funktionen in dieser globalisierten sozialen Marktwirtschaft haben müssen. Grob gesagt: den Privatsektor und die organisierte Zivilgesellschaft. Wir müssen also die Akteure der Nationalstaaten und auch von internationalen Vereinigungen von Nationalstaaten erweitern, aber diese Akteure haben unterschiedliche Kompetenzen, Funktionen und Legitimationen. Der Privatsektor ist nicht eo ipso in irgendeiner Weise gemeinwohllegitimiert. Er wird auch nicht gewählt, genauso wenig wie die organisierte Zivilgesellschaft, aber er hat einfach Macht. Er hat enorme Macht, er wirkt über die Grenzen hinweg und er hat mit dieser gewachsenen Macht auch, wie mir scheint, eine gewachsene Verantwortung. Dadurch kann er ganz anders als im komplizierten internationalen politischen Geschäft auch Regelungen bewirken. Wenn Herr Otto mit seinem großen Versand die supply chain überprüft, also wer liefert ihm was, was steckt darin für Sklavenarbeit oder nicht, für Kinderarbeit oder nicht und wie kann man das ausdehnen auf die gesamten Handelsorganisationen, damit der Otto-Versand nicht alleine diese Schwierigkeiten bewältigen muss – ich erinnere mich noch gut an das Gespräch, in dem Sie mir die Geschichte erläutert haben –, dann heißt das, dass durch eine nichtstaatliche, privatwirtschaftliche, insofern auch einfach gesellschaftliche, in gewisser Weise sogar auch zivilgesellschaftliche Initiative und auch Tätigkeit das, was global durchaus als politisch sanktionierte Regeln festgelegt ist durch die Vereinten Nationen, durch die Werteentscheidungen der Vereinten Nationen, dass man das umsetzt in die privatwirtschaftliche Realität. Das können solche großen Akteure viel besser, viel schneller und auch viel realitätstüchtiger, als wenn wir riesengroße nationale Koalitionen schmieden müssten.

Der andere Punkt ist aber, dass viele dieser Tätigkeiten des Privatsektors zunächst einmal freiwillig sind und die Frage ist, wie solche freiwilligen Selbstverpflichtungen zu unterscheiden sind von einem reinen Public-Relations-Akt. Da erklärt man, dass man wunderbar verantwortlich handelt, und de facto, weil es keiner mehr überblicken kann, macht man etwas anderes. Das heißt, diese Regelungen müssen auch überwacht werden und das ist eine der Aufgaben der organisierten Zivilgesellschaft, die ihrerseits oft ein bisschen piekig ist, ein wenig schwierig ist, nicht immer angenehm ist im

Umgang, aber gerade dadurch auch im breiteren gesellschaftlichen Sinne Vertrauen erwirbt. In Sachen Klima hat Greenpeace in der Regel ein größeres gesellschaftliches Vertrauen als Parteien, als Politiker. In den Politikwissenschaften nennt man das »Output-Legitimation«, also durch das, was sie tun, wenn sie sich gemeinnützig verhalten, genießen sie Vertrauen. Das ist der Sinn von Output-Legitimation. Sie haben keine Input-Legitimation, sie sind nicht gewählt. Den Input einer demokratischen Wahl, den haben sie nicht, aber sie genießen Vertrauen und sie können für eine Regelung im Sinne dessen, was ich vorhin gesagt habe, sowohl Koalitionen voranbringen, Koalitionen zwischen verschiedenen privaten Akteuren, zwischen organisierter Zivilgesellschaft, auch der Politik, auch Staaten, und sie können das, was verabredet worden ist, dann auch überwachen.

Und hier kommt ein letzter Punkt, der sehr wichtig ist bei der sozialen Marktwirtschaft in der Globalisierung. Denn dadurch, dass das Ganze eine sehr viel komplexere Gestalt annimmt – drei Akteure, nicht nur ein Staat –, dadurch, dass es grenzüberschreitend die Welt umzieht, dadurch, dass sehr viele verschiedene Regelungen und Regelungsebenen entstehen – die Europäische Union oder eben Welthandelsorganisation oder Europäischer Gerichtshof, das sind ja alles viele verschiedene Ebenen –, dadurch muss es irgendwie gelingen, trotzdem einen Zusammenhang herzustellen und auch bei freiwilligen Regelungen Sanktionen einzuführen. Sonst wird gesagt: Naja, die haben sich schön dargestellt, aber in Wirklichkeit passiert nichts.

Damit bekommt die Öffentlichkeit ein erneutes großes Gewicht. Denn wenn es Gruppen gibt wie die organisierte Zivilgesellschaft, die nun darüber wachen, ob denn Unternehmen, die beispielsweise Kofi Annans Global Compact unterschrieben haben, ob sie es denn wirklich auch tun, ob sie denn ihren Publikationspflichten auch nachkommen, wenn das geschieht, dann bietet öffentliche Kritik an widersprüchlichem Verhalten Sanktionsmöglichkeit gegen die, die nur Imagepflege betreiben wollen. Das Öffentlichmachen, das Transparentmachen wird die entscheidende Kontroll-Dimension für eine globale soziale Marktwirtschaft.

Die Öffentlichkeit ist ja, seitdem man darüber nachdenkt, also ungefähr in Bezug auf Staaten seit dem 18. Jahrhundert, immer ein Filter, der das »Gute« vom »Bösen« trennen soll. Kant hat einmal gesagt, wenn man für das Gelingen einer Politik die Öffentlichkeit braucht, kann man ziemlich sicher sein, dass es sich um eine gerechte Politik handelt. Wenn man eine ungerechte Maßnahme durchsetzen will, dann sucht man die Dunkelheit, aber wenn man öffentlich sein will, dann muss man auch argumentieren und muss gleichsam die Gemeinwohlfähigkeit, die Gerechtigkeit belegen. Insofern ist die Öffentlichkeit, die aber eine stimulierte sein muss, wo es aktive Personen, Gruppen, Organisationen geben muss, in Zukunft eine ganz entscheidende Dimension, um die soziale Marktwirtschaft in der Globalisierung zu realisieren. Das ist eine schwierige Herausforderung, Öffentlichkeit wird ja oft manipuliert. Wenn ich das Stichwort Medien sage, da wird vielen eine Gänsehaut über den Rücken laufen – außer dem Chefredakteur der Stuttgarter Zeitung natürlich. Das ist schon ein heikles Thema, aber es gibt ja inzwischen sehr komplexe Medien und es ist die Aufforderung an uns alle, alle diese Hebel und Instrumente verantwortlich zu handhaben.

Ein abschließender Satz: Ich glaube, die soziale Marktwirtschaft in der Globalisierung erlaubt keiner Einzelperson und keiner Organisation mehr, sich nur noch auf die gute Verwaltung von Partikularinteressen zu konzentrieren. Das reicht nicht mehr aus, schon weil man auch gar nicht mehr die Kenntnis von allem hat. Wenn Sie das Bankensystem anschauen: Wer hat denn diese ganzen verbrieften Papiere durchschaut? Doch eigentlich nur die, die damit arbeiten. Und wenn die Akteure sich dann nicht von sich aus über den Partikularsektor hinaus verantwortlich fühlen für die Folgen ihres Handelns, dann wird soziale Marktwirtschaft sehr schwer.

Das ist mein kleiner Versuch eines Abrisses. Ich glaube, ich habe die Redezeit eingehalten und freue mich jetzt auf die Diskussion durch die Preisträger und ihre Präsentation.

DISKUSSIONSRUNDE 1

Good Global Governance?
Das Soziale als Herausforderung einer internationalen Wirtschaft

Moderation: Dr. Rupprecht Podszun | Wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht in München

Rupprecht Podszun:
Auch von meiner Seite ein herzliches Willkommen, meine Damen und Herren. Lieber Ludwig, vielen Dank für die freundlichen Begrüßungsworte. Verehrte Frau Schwan, Sie haben, glaube ich, alle Wörter geliefert, die wir jetzt nur noch in einen Satz unterbringen müssen, und das versuche ich heute. Eigentlich würde ich gerne den Preis- und Medaillenträgern schon gratulieren, aber Ludwig, Du hast es gesagt, sie müssen sich die Ehrung erst noch verdienen, deshalb sparen wir uns das auf und wollen mal hören, was sie uns heute Nachmittag zum Thema sozial Marktwirtschaft in der Globalisierung beizusteuern haben.

Frau Schwan, Sie haben das ein Gesamtkunstwerk genannt. Sie hatten eher den Blick der Kunsttheoretikerin, würde ich mal behaupten, kommen wir jetzt mal zu den Künstlern. Wir fangen mit Michael Otto an, er ist so etwas wie der Andy Warhol der Marktwirtschaft. Es ist Kunst, aber es ist auch verdammt erfolgreich. Michael Otto ist nämlich der Aufsichtsratsvorsitzende der Otto Gruppe, 1943 geboren, verheiratet, zwei Kinder – wir sind hier en famille, da darf man das offen legen. Sie haben eine Banklehre gemacht – damals war das noch ein ganz ehrbarer Beruf – und Sie haben VWL studiert in München, promoviert und sind dann gleich in das väterliche Unternehmen eingetreten, waren von 1981 bis 2007 Vorstandsvorsitzender der Otto Gruppe und haben sie in dieser Zeit zum erfolgreichsten globalen Versandhaus gemacht.

Heutzutage ist die Otto Gruppe aber ein Multichannel-Einzelhandel, sogar mehr als das. Multichannel, das bedeutet so viel wie: Sie können bei Otto kaufen, ohne dass Sie den Otto-Katalog in die Hand nehmen, Sie können das im Internet tun oder in einem der zahlreichen Geschäfte, ob es bei SportScheck, Manufactum oder Heine ist oder in den Otto-Shops. Otto hat auch eine kleine Finanzdienstleistungsgruppe. Klein im Verhältnis: Wenn man jährliche Umsatzerlöse von ca. 10 Mrd. Euro hat, dann nimmt sich 1 Mrd. schon eher klein aus. Sie machen auch Reisedienstleistungen, aber der Hauptpfeiler ist natürlich der Einzelhandel.

Ich glaube, es würde zu weit führen, wenn ich aufzählen würde, welche Ehrungen und Auszeichnungen Sie erhalten haben. Es haben schon andere vor uns gedacht »Otto ... find' ich gut«. Wir meinen ja ohnehin, der Theodor Heuss Preis ist sicherlich eine der wichtigsten und bedeutendsten Auszeichnungen, zumindest sei das von dieser unbescheidenen Position aus gesagt. Wichtig ist uns aber noch zu sagen, dass Sie den natürlich nicht in erster Linie für ihren unternehmerischen Erfolg erhalten – auch das ist sicherlich etwas ganz Wichtiges –, aber Herr Otto ist vor allem als jemand in unser Blickfeld geraten, der über ein unglaubliches gesellschaftliches Ansehen verfügt, weil er seinen Erfolg in ehrenamtliches Engagement umgesetzt hat. Es gibt die Michael Otto Stiftung für Umweltschutz, die sich vor allem um Wasser, um die Wasserthematik kümmert. Der gesamte Otto Konzern wurde auf Umweltschutzmaßnahmen hin ausgerichtet. Zuletzt ist Michael Otto in Erscheinung getreten als Schlichter im Hamburger Schulstreit – oder mit dem Versuch der Schlichtung in diesem Streit. Er ist Mitinitiator der Business Social Compliance Initiative, die sich für Sozialstandards in Dritte Welt-Staaten einsetzt. Es gibt also eine ganze Reihe von Aktivitäten – vielleicht werden wir über das eine oder andere noch mehr erfahren –, die uns veranlasst haben, zu sagen: Dieser Mann ist preiswürdig für die Theodor Heuss Stiftung. Und jetzt hören wir von Ihnen einen kurzen Impuls zum Thema.

IMPULSREFERAT WIRTSCHAFT

Dr. Michael Otto | Vorsitzender des Aufsichtsrats Otto GmbH & Co. KG

Vielen Dank für die freundliche Einführung. »Das Soziale als Herausforderung einer internationalen Wirtschaft«, so lautet das Thema. Es geht hier natürlich auch um die soziale Marktwirtschaft, das heißt um die Frage, wie weit kann man die soziale Marktwirtschaft eigentlich global übertragen, und ich glaube, dass das auf Anhieb natürlich nicht möglich ist. Es wäre zu schön, wenn wir sagen könnten, wir würden ein Regelwerk schaffen, was dann für die Weltgemeinschaft gilt und das würde dann auf die einzelnen Staaten auch zutreffen. Wenn man überhaupt etwas ändern, etwas bewegen will, dann nur schrittweise und wahrscheinlich in kleinen Schritten. Wir haben auf der anderen Seite allerdings die Möglichkeit, dass große internationale Unternehmen, die in den verschiedenen

Ländern aktiv sind, die Regeln einer sozialen Marktwirtschaft auch in den anderen Ländern einsetzen und dort übertragen können. Und da sie die Möglichkeit haben, haben sie natürlich damit auch die Verantwortung, das gehört beides zusammen. Wir als Handelsunternehmen sind ein Mittler zwischen Angebot und Nachfrage, das heißt, wir haben die Möglichkeit, dass wir auf die Lieferanten einwirken, dort entsprechende Standards setzen, und wir haben auch die Möglichkeit, dass wir auf die Nachfrage, sprich auf die Kunden einwirken, indem wir informieren können. Wir wissen, dass der Kunde heute immer besser informiert ist, dass er gerne konsumiert, mit Freude konsumiert, aber auch sorgenfrei konsumieren möchte. Das wissen wir aus vielen Untersuchungen, und das heißt, der Kunde will nicht zu Lasten von Kinderarbeit oder zu Lasten der Umwelt konsumieren. Diese Verantwortung, dass das sichergestellt wird, die überträgt er auf die Handelsunternehmen und auf die Markenhersteller. Sicher zu Recht, denn nur die können ja darauf Einfluss nehmen. Deshalb sehe ich auch die Verpflichtung, verantwortlich zu handeln, wenn man die Möglichkeiten hat.

Das haben wir in unserer Unternehmensgruppe bereits seit vielen Jahren – ich würde fast sagen seit Jahrzehnten – getan. Ich habe bereits 1986 das Thema Umweltschutz zum weiteren Unternehmensziel erklärt. Wir haben zuerst begonnen, Umweltschutz an den Standorten durchzuführen, dann aber auch bei der Überarbeitung unseres gesamten Sortiments, was natürlich ein gewaltiges Unterfangen ist, denn ein Sortiment mit rund 250.000 Artikeln, das können Sie sich vorstellen, das ist nicht von heute auf morgen überarbeitet. Wir haben deswegen mit dem Textil- und Bekleidungsbereich begonnen, wo wir erst einmal in der gesamten Prozesskette, auch zusammen mit Lieferanten und den Vorstufen, untersucht haben, wo es überhaupt Umweltauswirkungen gibt. Wir waren stolz, als wir dann 1% unseres Textilsortiments entsprechend umweltfreundlich überarbeitet hatten. Heute werden 100% unseres Textil- und Bekleidungssortiments umweltfreundlich produziert und sind damit hautfreundlich, was eine immer größere Rolle spielt. Wir haben dann den Hartwarenbereich umgestellt, besonders das Thema der Recyclingfähigkeit, die bereits bei der Konstruktion eines Produktes berücksichtigt werden muss, damit man es dann später entsprechend einfach zerlegen und die Kunststoffe sortenrein recyceln kann. Heute geht es ja sogar noch weiter unter dem Begriff »cradle to cradle«, das heißt, dass man im Grunde eigentlich den Gesamtkreislauf im Auge hat und dann Produkte daraufhin entwickelt.

1996 kam für uns das Thema Sozialstandards hinzu. Wir haben hier einen sogenannten Code of Conduct geschaffen, in dem wir entsprechende Standards formuliert haben, die wir dann auch unseren Lieferanten vorgegeben haben. Die Lieferanten mussten rechtsverbindlich unterschreiben, dass sie diese Standards einhalten. Es ist klar, dass in der Dritten Welt diese Standards auf Anhieb häufig gar nicht eingehalten werden können und dass die Umsetzung natürlich dort auch ein Prozess war und ist. Wir haben deshalb Workshops vor Ort veranstaltet, wir haben die Lieferanten unterrichtet, wir haben ihnen gezeigt, warum es notwendig ist, entsprechende Veränderungen einzuführen und haben sie unterstützt, damit sie in ihren Unternehmen auch entsprechende Sozialstandards umsetzen konnten. Wir haben dann eine Auditierung durch unabhängige Prüfer vornehmen lassen und einen Fabrikanten, wenn er nicht auf Anhieb alles erreichen konnte, deswegen nicht gleich gesperrt. Denn damit wäre auch dem Lieferanten und vor allen Dingen auch diesen Ländern der Dritten Welt, Entwicklungsländern oder Schwellenländern, nicht geholfen, die auf den Export angewiesen sind, sondern wir haben versucht, sie über weitere Schulungen heranzuführen. Erst wenn ein Lieferant nach dem zweiten Re-Audit die Kriterien nicht erfüllt hat, dann haben wir ihn gesperrt.

Das konnten wir natürlich bei unseren Stammlieferanten gut umsetzen, denn dort hatten wir eine starke Position. Aber bei vielen anderen Lieferanten hatten wir keine große Einkaufsmacht, um so etwas umzusetzen. Deswegen habe ich 1996 die Vorstandsvorsitzenden aller großen deutschen Handelsunternehmen eingeladen und ihnen gesagt: Wir können überall konkurrieren, aber nicht zu Lasten von Umwelt- und Sozialstandards, da sollten wir gemeinsame Standards schaffen und einhalten. Das Schöne war, dass die große Mehrheit der Vorstandsvorsitzenden sich mit ihren Unternehmen dazu bekannt hat – nicht alle,

aber die große Mehrheit –, so dass wir dann mit einheitlichen Standards an die Lieferanten herangegangen sind. Für die Lieferanten war der Vorteil, dass sie nur einmal nach bestimmten Standards geprüft wurden, nicht nach unterschiedlichen Standards von verschiedenen Prüfungsgesellschaften. Und wir haben es dann auf europäischer Ebene unter Koordination der Foreign Trade Association erweitert. Heute sind es mehr als 400 Unternehmen in Europa, die sich diesen Standards angeschlossen haben. Fairerweise muss man sagen, da gibt es viele Unternehmen, die diese Dinge sehr engagiert umsetzen und das entsprechend kontrollieren, aber es gibt auch einzelne Unternehmen, die damit sehr lasch umgehen, und bei denen man manchmal den Eindruck hat, dass sie gerne unter dem Deckmäntelchen einer solchen Vereinigung sind, aber es in der Umsetzung, in der Handhabung nicht so ganz ernst meinen. Das ist ein Problem, das haben wir erkannt, damit beschäftigen wir uns, wie man eine bessere Kontrolle ausüben kann, dass alle Mitglieder diese Standards bei den Lieferanten stringent umsetzen.

Trotzdem ist es wichtig, dass man überhaupt erst einmal anfängt, dass man handelt und ich glaube auch, dass es nicht nur für die Menschen, für die Umwelt gut und sinnvoll ist, sondern auch für die betroffenen Unternehmen, die es praktizieren. Denn sie verbessern damit auch ihr Ansehen, ihr Image, und wie wir wissen, spielt das bei Kunden eine immer größere Rolle. Die Kunden sind zwar noch nicht bereit, dafür mehr zu zahlen – bei der Nagelprobe, da hört es dann auf –, aber sie halten das für einen wichtigen Zusatznutzen und sie erwarten es zunehmend. Deswegen ist es ein wichtiges Kriterium. Ich sage den Lieferanten, wenn ich selbst bei den Workshops dabei bin, auch immer: Heute investieren Sie in Umweltschutz oder in Sozialstandards, das ist für die Kunden etwas, was sie zusätzlich wichtig finden. In Zukunft werden Sie kein Produkt mehr verkaufen können, ohne dass diese Standards erfüllt werden. Davon bin ich fest überzeugt; die Entwicklung wird kommen. Der Kunde ist immer besser informiert, immer aufgeklärter. Wir werden diese Entwicklung haben und deswegen tun die Lieferanten auch gut daran, hier frühzeitig zu wirken. Es ist aber auch gut für die Mitarbeiter der Unternehmen. Die Mitarbeiter können sich mit ihrem Unternehmen identifizieren. Wir stellen auch fest, dass viele Akademiker sich bei uns mit der Aussage bewerben: Das ist ein Unternehmen, mit dem können wir uns identifizieren, da wollen wir gerne arbeiten. Also man hat da auch ganz klare Vorteile, wenn man diese Themen wirklich nachhaltig betreibt.

Die großen Unternehmen haben heute die Möglichkeit, die Globalisierung mitzugestalten; sie müssen es nutzen, sie müssen handeln. Natürlich gibt die Demokratie und auch die soziale Marktwirtschaft der Wirtschaft Freiheit für Innovationen und Kreativität. Auf der anderen Seite gehört dazu aber auch die Verantwortung, dass man sich einsetzt für die Umwelt und die Gesellschaft und das muss auch immer wieder eingefordert werden. Und das, meine ich, ist auch eine ganz wichtige Rolle der NGOs, dieses einzufordern. Das wird auch sehr intensiv wahrgenommen, das ist bei den Unternehmen und in der Öffentlichkeit spürbar. Letzten Endes entscheiden wir heute, wie unsere globale Welt in Zukunft für nachfolgende Generationen aussehen wird. Dass der Einsatz für die Umwelt und für die Gesellschaft keineswegs zu Lasten der Ergebnisse gehen muss, das zeigen viele Unternehmen, die sich engagieren. Ich würde sogar im Gegenteil sagen, dass ein Unternehmen langfristig nur erfolgreich sein kann, wenn es sich auch für Gesellschaft und Umwelt engagiert, davon bin ich felsenfest überzeugt. Und das muss man auch immer wieder einfordern.

Rupprecht Podszun:
Vielen Dank, Herr Otto. Warum machen Ihre Kollegen das denn eigentlich alles nicht – oder viele von denen zumindest nicht? Was sind die wichtigsten Hürden, die dem unternehmerischen Engagement im Wege stehen?

Michael Otto:
Ich muss fairerweise sagen, dass immer mehr Unternehmen sich damit beschäftigen. Ich kann mich noch erinnern, in den 80er Jahren, da wurde ich von manchen belächelt und etwas als Exot angesehen, dass ich mich nun um die Umwelt kümmere, das sei ja zusätzliche Arbeit und Kosten. Aber ich habe den Eindruck, inzwischen wird das wirklich in der Breite von den Unternehmen, von den Managern erkannt, wie wichtig

das Thema ist. Sicher, von einigen vielleicht nur aus Image-Gründen, aber von sehr vielen, weil sie diese Themen auch wirklich ernst nehmen. Und ich glaube, hier hat ein zusätzlicher Druck vom Finanzmarkt geholfen, weil nämlich nachhaltiges Wirtschaften auch ein Kriterium für den Finanzmarkt ist. Ich denke hier an den Dow Jones Sustainability Index, an dem sich heute auch große Pensionsfonds ausrichten, wenn sie entsprechend investieren. Ich denke aber auch an die Rating-Agenturen, wo das Thema Nachhaltigkeit auch eine größere Rolle spielt. Nicht, weil diese so umweltfreundlich sind, sondern, weil sie sagen, wer nicht nachhaltig handelt, der hat ein erhöhtes Risiko, dass er irgendwann einmal an die Wand gestellt wird, weil er sich fehlverhält. Das ist natürlich auch ein Hebel gewesen, der Druck ausgeübt hat. Warum es viele noch nicht intensiv genug tun, das lässt sich vielleicht dadurch erklären, dass den Menschen – das gilt auch für Unternehmen – ein unwahrscheinliches Beharrungsvermögen innewohnt. Denn es ist schon ein gewaltiger Umstrukturierungsprozess, wenn man die gesamte Prozesskette ändern muss. Ich erinnere mich an die Schwierigkeit, damals die ersten Lieferanten zu finden, die bereit waren, im Färbeprozess biologisch abbaubare Farben zu nutzen oder die Ausrüstung nicht mit Formaldehyd vorzunehmen oder mit Chlorbleiche; man muss dafür erst einmal die Unternehmen finden und auch die müssen es erst einmal umsetzen. Es ist mühselig, es macht richtig Arbeit! Und wenn die Prozesse bisher alle so wunderbar laufen, dann alles umzustellen, das fällt vielen schwer. Es muss gar nicht unbedingt sein, dass es teurer ist – es kann häufig sogar am Schluss preiswerter sein. Wenn ich an Maßnahmen zur CO^2-Einsparung denke, ist es häufig sogar kosteneinsparend. Aber es muss eben in vielen Fällen umfangreich umgestellt werden, das ist, glaube ich, etwas, was für viele ein Problem ist.

Rupprecht Podszun:
Wenden wir uns einer Person zu, die bei diesen Prozessen vielleicht etwas auf die Sprünge hilft. Eine Theodor Heuss Medaille erhält in diesem Jahr die NGO Oxfam Deutschland, und ihr Geschäftsführer ist seit 2007 Paul Bendix, er war ab dem Jahr 2000 Geschäftsführer der Oxfam-Shops. Die Oxfam-Shops sind das Kernstück dieser NGO, wenn ich das richtig verstanden habe. Sie können in Stuttgart in der Lange Straße, fünf Minuten von hier, gleich mal in der Kaffeepause einkaufen gehen – es sei denn, der Shop ist heute zu aus Feier des Tages. Oxfam verkauft in diesen Shops Second-hand-Waren und die Einnahmen gehen dann in verschiedene Projekte, vor allem in die Not- und Entwicklungshilfe, aber verstärkt auch in die Lobby-Arbeit, etwa zu den Millenniums-Zielen. Oxfam wurde 1942 gegründet, der Name kommt vom Oxford Committee for Famine Relief, und Herr Bendix ist jemand, der sehr gut da hinpasst – nicht nur, weil er dieser Organisation nun schon seit zehn Jahren verbunden ist, sondern weil er auch davor bereits ein echter Entwicklungsexperte war. Er hat Wirtschaftsingenieurwesen in Berlin studiert und war dann als Manager in verschiedenen Entwicklungszusammenarbeitsstationen. Zum einen beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik und beim Deutschen Entwicklungsdienst, zwischendurch aber auch bei der Schering AG für vier Jahre. Er kennt also auch die unternehmerische Seite. Er war dann Regionaldirektor in Lesotho und Südafrika, also eine Art global player, so wie es Oxfam ist, auch wenn die Einnahmen von Oxfam - ich glaube 3,7 Mio. Euro im Jahre 2008 - noch nicht ganz die des Otto Konzerns erreichen. Aber dafür bringt Oxfam immer mal wieder solche Konzerne – Otto wahrscheinlich nicht, aber andere – in Bedrängnis. Das letzte, was Sie vielleicht in der Tagespresse gelesen haben, war die Kritik an der Metro-Gruppe für die Behandlung von Arbeitern in Produktionsstätten. Ein weiteres aktuelles Projekt ist die Robin-Hood-Steuer, da geht es um die Besteuerung von Finanztransaktionen, oder im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft die Kampagne »One Goal«, wo es um Bildungschancen für Kinder in der Dritten Welt geht, konkret um die Einschulung der Kinder. Über diese Projekte und vieles mehr wird uns Paul Bendix jetzt mehr sagen können.

IMPULSREFERAT ZIVILGESELLSCHAFT

Paul Bendix | Geschäftsführer Oxfam Deutschland e.V.

Vielen Dank. Oxfam Deutschland ist ein kleiner Teil eines sehr, sehr großen und ziemlich einflussreichen Entwicklungsnetzwerks, nämlich Oxfam International. Herr Otto, von der Größenordnung her kommen wir als Oxfam Deutschland nicht an Sie heran, aber wir wachsen schneller als Sie. Oxfam International hat ein kombiniertes Budget von ungefähr 1 Mrd. US-Dollar im Jahr. Das ist für die Zivilgesellschaft schon relativ stark. Wenn ich hier für die Zivilgesellschaft spreche, bin ich überhaupt nicht legitimiert durch andere Teile dieser Gesellschaft. Wir sind eine Entwicklungsorganisation. Es gibt die Menschenrechtsorganisation Amnesty, es gibt Greenpeace, das ist bereits erwähnt worden, es gibt Transparency, und wir sind in sehr engem Kontakt mit diesen ganzen Organisationen, die uns nahe stehen, aber andere Ziele haben. Unser Ziel ist es, Armut abzubauen, Armutsbekämpfung. Und das machen wir, anders als manch andere, von der Basis her, denn wir sagen, es gibt Menschenrechte, die nicht zu diskutieren sind. Das sind aus unserer Sicht das Recht auf Existenz, auf eine nachhaltige Existenzgrundlage, zweitens das Recht auf Sozialdienste, Bildung und Gesundheit, drittens das Recht auf ein Leben in Sicherheit, Schutz vor Gewalt, Recht auf Hilfe, viertens, ich fasse es mal zusammen, ein Recht auf Partizipation, demokratische Mitwirkung, und schließlich das Recht auf Gleichberechtigung insbesondere für Frauen, »gender« nennen wir das, sowie – auch nicht zu vergessen – ein Recht auf diversity, also auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, ganz egal in welche Richtung diese Persönlichkeit sich entfalten möchte. Diesen Rechten, die ich gerade genannt habe, wollen wir zum Durchbruch verhelfen. Wir sagen nicht: Gebt uns Almosen. Wir sagen, es ist auf dieser Welt eine obszöne soziale Ungerechtigkeit vorhanden – 1 Mrd. Menschen hungern heutzutage, das ist ein Sechstel der Menschheit. Es sind übrigens 100 Mio. mehr geworden in den letzten anderthalb Jahren. Es herrscht eine wirklich schlimme soziale Ungerechtigkeit und unser Ziel ist soziale Gerechtigkeit auf der Grundlage dieser eben genannten Rechte.

Wie machen wir das? Frau Schwan, ich finde Ihre antagonistische Kooperation sehr schön, das ist genau das, was wir machen. Wir, als Oxfam Deutschland oder Oxfam International oder noch der größere Rahmen, die Zivilgesellschaft, engagieren uns auf all diesen Ebenen, die Sie gerade erwähnt haben, global, international, national und lokal, mit Regierungen und mit Unternehmen. Und warum mit Regierungen und mit Unternehmen? Auch das ist bereits erwähnt worden: Von den 100 größten wirtschaftlichen Entitäten dieser Welt sind 50 Unternehmen, nicht etwa Staaten. Das heißt also, die Welt hat sich sehr geändert seit dem Namensgeber des Preises, und wir sehen unsere Aufgabe darin, in der Auseinandersetzung und gleichzeitig in der Zusammenarbeit mit Regierungen und Unternehmen, dieser Gerechtigkeit voranzuhelfen. Beispiele sind genannt worden. Die Me-

tro-Studie ist aktuell, die kann ich nochmals erwähnen. Wir haben in Indien eine Untersuchung durchführen lassen durch ein indisches Forschungsunternehmen und haben den Maßstab, den Metro in ihrer sozialen Unternehmensverantwortung selbst setzt, zu Grunde gelegt, haben also gefragt: Wie ist es denn in der Realität, und haben festgestellt, Metro macht vieles sehr gut – das will ich als erstes sagen –, aber eben nicht alles. Wir haben auch Trübes feststellen können: Nichtachtung von Gewerkschaftsrechten, sexuelle Gewalt am Arbeitsplatz, Diskriminierung von Frauen ohnehin, unendliche Überstunden, die nicht bezahlt werden, die nicht ausgeglichen werden. Mit all diesen Dingen haben wir Metro konfrontiert. Vorgestern öffentlich, aber durchaus vorher auch direkt. Sie wurden vorab informiert über das, was wir da in die Öffentlichkeit bringen, und wir stehen jetzt in einem Diskussionsprozess mit Metro. Das ist die Art, wie wir arbeiten. Wir sind natürlich auch vorher mit Metro im Gespräch gewesen, aber unsere Macht ist ja nicht das Geld oder eine demokratische Legitimation, sondern unsere Macht ist die Öffentlichkeit, die wir mobilisieren können. Und wenn wir gut recherchieren und das Vertrauen, was wir haben, nicht missbrauchen, sauber arbeiten und klug an die Öffentlichkeit gehen, dann haben wir auch Wirkung und das wiederum motiviert uns, weiterzumachen. Es ist nämlich eine durchaus nicht ganz einfache Arbeit, die wir durchführen.

Ein weiteres Beispiel: die Robin-Hood-Steuer. Wir haben uns global auch sehr stark mit Starbucks auseinandergesetzt, das ist vielleicht noch ein interessantes anderes Beispiel. Auch hier wieder diese antagonistische Kooperation: Wir arbeiten mit Starbucks zusammen, gleichzeitig haben wir mit großem Schrecken festgestellt, dass Starbucks verhindern wollte, dass äthiopischer Kaffee unter dem Namen der Region, in der er angebaut wurde, vermarktet werden durfte. Das heißt also, die Kaffeebauern durften noch nicht einmal ihr ureigenes Recht, ihre Region zu nennen, verwenden, um ihren Kaffee zu vermarkten, und da haben wir eine ziemlich erfolgreiche öffentliche Aktion gemacht und haben Starbucks dazu gebracht, dass sie einen Schritt zurückgegangen sind und das akzeptiert haben, und auch das war motivierend.

Abschließend will ich sagen: Herr Otto, wenn alle Unternehmen so wären wir Ihr Unternehmen, dann wären wir ja auf einem guten Weg. Das Problem ist, dass wir feststellen, dass es eben nicht so ist, und deswegen sind wir anderer Meinung als viele, mit denen wir in der Wirtschaft sprechen. Wir sind der Meinung, dass es eben nicht ausreicht, freiwillig soziale Unternehmensverantwortung zu üben, sondern wir sind dezidiert der Ansicht, dass es Regelungen, staatliche Regelungen geben muss, internationale, globale Regelungen, die die Unternehmen dazu bringen, das zu tun, was viele schon freiwillig tun, aber wo sich viele noch drücken und sich vielleicht auf Ihren Lorbeeren ausruhen.

Rupprecht Podszun:
Vielen Dank, Herr Bendix. Es ist ja das Schöne an der Theodor Heuss Stiftung – für diejenigen, die das erste Mal dabei sind –, dass wir immer Leute auf dem Podium versammeln, die etwas Gemeinsames, aber auch etwas Trennendes haben. Wir wollen auf beides eingehen.

Antagonistische Kooperation, Sie haben das Stichwort ja aufgegriffen – sind die NGOs heute für die Weltgesellschaft das, was die Gewerkschaften in der Bundesrepublik der 50er, 60er, 70er Jahren waren?

Paul Bendix:
Ich glaube, sie sind viel, viel weniger einflussreich als die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland zu Zeiten der sozialen Marktwirtschaft. Nein, das nicht, im Gegenteil, wir arbeiten mit den Gewerkschaften zusammen, wir sehen sie eigentlich partiell als Teil der Zivilgesellschaft, und wir fordern Gewerkschaftsrechte in den Lieferfirmen von deutschen Handelsunternehmen, weil das aus unserer Sicht die beste Gewähr dafür ist, dass die Rechte der Beschäftigten auch in armen Ländern verwirklicht werden.

Rupprecht Podszun:
Wir wollen uns ja dem Thema »Good Global Governance« nähern und ich möchte drei Stichworte aufgreifen, die Sie, Frau Schwan, auch schon in die Runde geworfen haben. Zum einen: Was ist überhaupt der Inhalt einer »Good Governance«, was wollen wir überhaupt erreichen? Ich glaube, da können wir vordergründig schneller Einigkeit erzielen, als uns lieb ist. Und dann geht es um die Form, Sie haben es vorhin schon angespro-

chen, Herr Bendix, Sie wollen eher rechtliche Regelungen, Herr Otto setzt vielleicht eher auf Selbstverpflichtungen. Und dann geht es natürlich um die Akteure und wie diese zusammenwirken können. Und weil wir hier bei der Heuss Stiftung sind, geht es natürlich auch um die Frage, wie diese einzelnen Akteure legitimiert sind, Stichwort Demokratie. Ist der Global Compact, den Sie erwähnt haben – das ist ein UNO-Vorschlag, bei dem es um zehn Grundprinzipien geht, die vielleicht als Maßstab für eine Good Governance gelten können –, ist das etwas, wo Sie sagen würden, wenn jeder sich an diese zehn Gebote hielte, wäre viel erreicht? Sollten wir darauf hinarbeiten oder worauf arbeiten wir überhaupt hin? Wo wollen wir ankommen? Sie sagen: soziale Gerechtigkeit, Sie haben den Umweltschutz erwähnt – also müssen wir wirklich das ganze große big picture machen mit allem, was uns Gutmenschen wert und heilig ist?

Paul Bendix:
Global Compact ist eine wunderbare Sache, sehr erfolgreich, insbesondere deswegen, weil er auch begonnen hat, Mitglieder auszuschließen, die sich nicht an diese Kriterien halten. Das hat uns sehr gefreut, aber – auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen –, es reicht nicht aus, wenn die Guten im Global Compact arbeiten und im Hintergrund alle anderen das machen, was wir sehr kritisch sehen. Vielleicht noch einmal zur Ergänzung: Wir sagen, es ist im Grunde genommen ein Doppelspiel in vielen Firmen. Die haben wunderbare Standards, nach denen sie sich richten sollen, eine total gute Corporate Social Responsibility-Abteilung mit bestbezahlten Leuten, teilweise aus den NGOs rekrutiert. Die kennen wir alle, die sind wirklich gut. Aber parallel dazu wird der Druck auf die Einkäufer aufrechterhalten. Das heißt, mit der linken Hand sagt man, die Lebensbedingungen der Beschäftigten in den armen Ländern sollen verbessert werden, und mit der rechten Hand zwingt man die dort arbeitenden Lieferanten, noch mehr Stunden herauszuquetschen. Und diese Diskrepanz, die wollen wir offenbaren und durch Öffentlichkeit dagegen anarbeiten.

Michael Otto:
Es ist in der Tat so, dass ich zumindest primär erst einmal immer auf Freiwilligkeit, auf Selbstverpflichtung setze, weil ich meine, vieles kann man dadurch bewegen, vieles kann man schneller erreichen und so etwas kann Vorbildcharakter haben. Und wenn man dadurch die Ziele erreicht, ist das allemal immer der beste Weg. Allerdings muss man sehen, dass man natürlich nicht immer auf solchem Wege das Ziel erreicht, und da bin ich voll bei Ihnen, da bin ich auch der Meinung, dann brauchen wir Regelungen, wenn wir es auf freiwilliger Basis nicht schaffen. Dass immer einzelne Außenseiter nicht mitmachen, das wäre nicht das Schlimmste, aber wenn große Teile der Unternehmerschaft oder der Finanzwirtschaft oder um welches Segment es sich gerade dreht, wenn die nicht mitmachen, dann brauchen wir Regelungen und das gilt meines Erachtens im Augenblick besonders für die Finanzwirtschaft.

Hier haben wir gesehen, dass sich die Finanzwirtschaft in der Mehrheit einfach nicht an bestimmte Grundsätze hält und da brauchen wir ein internationales Regelwerk, das sehr klar die Grenzen aufzeigt und das entsprechende Kontrollinstanzen hat. Es kann nicht sein, dass sich die Controller selbst kontrollieren. Wenn ich daran denke, dass die Rating-Agenturen eigene Produkte entwickeln, die sie selbst mit Triple A raten, das darf es einfach nicht geben. Wir brauchen ein internationales Regelwerk und im Zweifel auch einen TÜV für Finanzprodukte. Wir brauchen Regeln über Gesetze, über internationale Vereinbarungen, weil das anders leider nicht funktioniert.

Rupprecht Podszun:
Vielleicht sind wir bei Gesetzen und internationalen Vereinbarungen schon bei einem ganz zentralen Punkt. Wen würden Sie denn an einen Tisch holen, um etwas zu erreichen? Also die Bundesregierung scheint ein bisschen machtlos, der Bundestag hat ohnehin kaum noch Mitspracherechte, aber auf internationaler Ebene – Stichwort Klimagipfel – geht ja auch relativ wenig voran. Also wo muss man ansetzen? Wo kriegen wir die Leute zusammen?

Helmut Haussmann,
Bundeswirtschaftsminister a.D.;
Kuratorium der Theodor Heuss Stiftung:
Warum hat das Parlament gar keine Rechte mehr?

Rupprecht Podszun:
Vielleicht nimmt das Parlament die Rechte nicht wahr?

Lothar Späth,
Ministerpräsident a.D.; Kreis der Freunde der Theodor Heuss Stiftung:
Ich bin verwirrt. Sie sagen, den Bundestag kann man weglassen!

Rupprecht Podszun:
Nein! Formulieren wir es mal so: Herr Späth und Herr Haussmann glauben an das Parlament, manch ein anderer hat den Glauben an die Entscheidungskraft der Parlamente verloren. Also wen würden Sie ansprechen, wer muss die Initiativen ergreifen?

Michael Otto:
Die Frage: Wie bekommen wir ein Regelwerk, so wie Herr Bendix es auch gesagt hat, zustande, ein internationales Regelwerk? Ich glaube, man muss bei der Bundesregierung anfangen, denn letzten Endes muss die initiativ werden und hoffentlich in der EU die anderen überzeugen, so dass wir über die EU einen größeren Kreis haben. Dann sollte man die Amerikaner und die BRIC-Staaten – Brasilien, Russland, Indien und China –, eben schrittweise die bedeutendsten Staaten hinzuziehen, um ein globales Regelwerk zu erreichen. Zum Schluss ist nicht entscheidend, ob in Botswana auch vom finanziellen Regelwerk her alles geordnet ist, sondern es müssen erst einmal die wichtigsten Industriestaaten, die großen Schwellenländer in das Regelwerk hinein, so dass man dort auch über Sanktionen Einfluss nehmen kann. Und dann, davon bin ich überzeugt, werden sich viele andere auch freiwillig anschließen.

Rupprecht Podszun:
Herr Bendix, wen sprechen Sie an?

Paul Bendix:
Ich würde sagen, das kommt sehr darauf an, um was es geht. Wir haben die Vereinten Nationen, wir sind natürlich alle sehr enttäuscht, was da in Kopenhagen passiert ist, aber für bestimmte Dinge gibt es halt nichts anderes. Wir haben auch tolle Erfolge. Die Vereinten Nationen haben den ATT – Arms Trade Treaty, ein Regelwerk zum Handel mit Waffen - verabschiedet. Eine tolle Sache, 170 Staaten oder mehr haben sich zu etwas bekannt, für das wir - und andere mit uns gemeinsam - mehr als zehn Jahre gekämpft haben. Das ist natürlich auch verbindlich für alle Staaten. Und ich bin etwas anderer Meinung als Sie, Herr Otto. Für Botswana – klar, manche Dinge sind für Botswana nicht so wichtig, aber zum Beispiel beim Klima, da kommt es gerade darauf an, dass bestimmte Staaten, sehr kleine Staaten, sehr unbedeutende Staaten, ein überproportionales Gewicht haben, weil sie nämlich die ersten sind, die einen Meter unter Wasser sein werden, wenn das, was zur Zeit global passiert, nicht gestoppt wird.

Deswegen wäre meine Antwort, wen ich ansprechen würde: Es kommt wirklich darauf an, ob das G8 oder G20 oder G8+5 oder die Vereinten Nationen oder auch die Bundesrepublik Deutschland ist – es gibt bestimmte Dinge, die können wir selbst machen.

Michael Otto:
Ich möchte noch ergänzen, dass ich die Finanzwirtschaft gemeint hatte, und da ist Botswana sicherlich nicht ein entscheidendes Land, denn das kann man über die großen Staaten regeln, auch was Kapitalflucht oder Produkte aus dem Ausland angeht. Umwelt oder Klima sind wieder ganz andere Themen. Deswegen kommt es sicherlich auf das Thema an. Was Klima anbetrifft, da ist natürlich ein Konzept ganz wichtig, das die Entwicklungsländer mit einbezieht.

DISKUSSION

Rupprecht Podszun:
Wir öffnen jetzt die Runde, wir haben ja schon gemerkt, das Publikum scharrt mit den Füßen. Herr Eigen, Herr Leibinger – wir fangen mit Ihnen an.

Peter Eigen,
Gründer Transparency International:
Das ist ein sehr interessanter Punkt, die Frage freiwillige Selbstregulierung, Regelungen durch Staaten, die zum Teil kein Interesse haben, auch im internationalen Zusammenspiel kein Interesse haben, bestimmte Regelungen umzusetzen. Und dann die Frage der verbindlichen Regeln, wie sie entstehen können. Ich habe da ein sehr, sehr gutes Beispiel und ich glaube, dafür bin ich von der Heuss Stiftung damals mit einer Medaille geehrt worden. Das Beispiel ist, dass wir mit einer freiwilligen Regelung angefangen haben, mit den großen Unternehmen in Deutschland zum Beispiel zusammengearbeitet haben, um die internationale Korruption zu verbieten. Damals hat die Regierung gesagt, wir können das unseren Exporteuren nicht verbieten, weil wir dann einen riesigen internationalen Wettbewerbsnachteil haben. Die Unternehmen selbst haben gesagt, wir können uns darauf nicht einlassen, weil wir uns praktisch den Ast absägen, auf dem wir unsere Geschäfte machen. Wir haben als Zivilgesellschaft das Gespräch gesucht und haben es nach einigen wichtigen Gesprächen zustande gebracht, dass große Unternehmen einschließlich Siemens, ABB, Daimler-Chrysler – ich glaube Ferrostaal war nicht dabei, aber andere –, an die Regierung geschrieben und von ihr den Versuch verlangt haben, bei der OECD ein freiwilliges System der Nicht-Korruption im internationalen Markt in ein verbindliches umzusetzen. Und da wurde in der Tat bei der OECD auf Grund dieses offenen Briefes, den diese Unternehmer damals an die Kohl-Regierung, an Herrn Rexrodt, geschrieben haben, eine Konvention abgeschlossen. Aus dieser Verpflichtung, zunächst einmal eine völkerrechtliche Verpflichtung, ist dann im Mai 1999 in Deutschland auch eine verbindliche, rechtliche Regelung geworden, indem die ausländische Korruption verboten worden ist.

In vielen Ländern wird es noch nicht umgesetzt. In Deutschland wird es umgesetzt, so dass wir stolz darauf sein können, dass im Augenblick etwa 110 Korruptionsfälle in Deutschland gerichtlich verfolgt werden, die früher abgesegnet worden wären als etwas ganz Normales. In Großbritannien findet das beispielsweise noch nicht statt und deswegen gibt es in Großbritannien die Aktivität der Zivilgesellschaft, die dafür sorgen will, dass das, was inzwischen völkerrechtlich, aber auch in den Nationalstaaten verbindlich geworden ist, dass das doch endlich umgesetzt werden soll. Meine Antwort wäre also: Freiwillige Selbstregulierung ist in vielen Fällen das Einzige, was wir erreichen können. Dann den Druck der Zivilgesellschaft entwickeln, um unter Umständen dann entweder internationale, völkerrechtliche oder nationalstaatliche rechtliche Regelungen zu finden. Des-wegen gehören nicht nur die Regierungen, nicht nur internationale Institutionen, sondern vor allen Dingen auch die Zivilgesellschaft an einen Tisch, die Zivilgesellschaft, die mobilisiert werden muss, weltweit, im Finanzsektor, im Umweltsektor, im Menschenrechtssektor, im Korruptionssektor.

Berthold Leibinger:
Herr Otto, ich habe Ihnen mit Aufmerksamkeit zugehört. Wir kennen uns lange und ich stimme mit Ihnen in vielem, in fast allem überein, aber ich habe eine Frage. Wenn Sie die Standards setzen – Sie haben zum Beispiel das Färben von Textilien erwähnt –, sind Sie denn immer sicher, dass die Forderungen, die Sie stellen, dass Ihre Kenntnis dessen, was gut sei, richtig ist? Woher kommt denn das Wissen, unser Wissen, dass wir auf der sicheren Seite sind? Die alte Frage, was ist Wahrheit, die muss man sich nach meiner Meinung doch gerade beim Setzen von Standards stellen.

Und die zweite Anmerkung, die ich machen will: Wir sind bei der Theodor Heuss Stiftung und liberale Gedanken sind ja zulässig, denke ich. Mir ist unbehaglich, Herr Bendix, bei der großen Forderung nach der vermehrten staatlichen Regelung unseres Tuns und Handelns. Wo bleiben denn in Ihrem Weltbild die Menschen und ihre Überzeugungen? Die sind nämlich das Entscheidende in meinen Augen. Und wenn ich an viele Staaten auf dieser Welt denke und an das Nichtvorhandensein eines Bundestags, von dem Sie, Herr Podszun,

so geringschätzig reden, was ich für falsch halte, wenn ich an Staaten in Südamerika, in Afrika denke – dort soll staatliches Handeln und staatliche Vorschriften, die, Herr Otto, Sie wissen es genau, oft in brutaler Weise auf die Ausnützung der Ärmsten in ihren eigenen Ländern gerichtet sind, dort soll das helfen? Da habe ich großes Misstrauen.

Karsten Gerloff,
Präsident Free Software Foundation Europe e.V.:
Ich will nur kurz anmerken: Herr Leibinger, was richtig ist, ist in der Tat eine Frage, die wir uns bei der Free Software Foundation Europe auch immer wieder stellen. Es geht um Software, das ist ein Feld, was sich sehr schnell entwickelt, wo sehr viel passiert, wo es sehr schwer ist, den Überblick zu behalten. Insofern ist die Frage, die wir uns jeden Tag stellen: Was ist richtig, worauf wollen wir hinarbeiten? Und oft kommen wir zu der Antwort: Zumindest im Softwarebereich richtig ist, was letztendlich nicht nur effektiv funktioniert, sondern auch Wahlmöglichkeiten für die Nutzer eröffnet oder für diejenigen, die in diesen Prozess Software involviert sind, die letztendlich mit dem Produkt Software umgehen müssen.

Was die Rolle des Staates angeht: Ich bin hin und her gerissen zwischen den Positionen von Herrn Otto und Herrn Bendix. Mir gefällt die Idee der freiwilligen Selbstregulierung sehr gut und ich denke, wenn diese Selbstregulierung tatsächlich funktioniert, erreicht man damit sehr schnell sehr viel. Aber ich stimme Herrn Bendix auch zu, dass sie leider nicht immer funktioniert. Und ich denke, da kann es die Rolle des Staates sein, zum einen harte Standards zu setzen, zu sagen: bis hierhin und nicht weiter; so weit dürft ihr gehen, das sind die Regeln, nach denen gespielt wird. Aber der Staat kann auch Anreize setzen und sagen: Wer es so macht, ist erfolgreicher, wir schaffen die Bedingungen, dass diese Leute und Unternehmen, die sich an die gesellschaftlichen, an die staatlichen Regeln halten, erfolgreicher sind als die, die es nicht tun. Und hier hat die Zivilgesellschaft wiederum eine Rolle zu spielen. Wir – ich sage jetzt mal wir als Zivilgesellschaft; die FSFE ist nur eine Organisation, insofern maße ich mir keinen Vertretungsanspruch an –, versuchen in unseren Kampagnen teilweise auch, das Übertreten dieser Standards einfach zu teuer für die Unternehmen zu machen. Wir helfen ihnen gerne, auf den Weg, den wir für den richtigen halten, zu finden, aber wir haben auch keine Hemmungen, es zu sagen, wenn wir anderer Meinung sind als die betreffenden Unternehmen und das auch den Leuten mitzuteilen, die in diesem Bereich die Entscheidungen zu fällen haben.

Lothar Späth:
Ich habe vorher den Ausdruck »ich sei verwirrt« gebraucht. Wenn ich das jetzt weiterführe, dann ist ja zunächst einmal die Frage: Welchen Sinn hat ein Parlament? Und da kommen wir schon an Grundfragen des Legitimierens. Entweder ich verlasse mich auf ein demokratisches System und bejahe das grundsätzlich, dann kann ich an dem System auch ununterbrochen Kritik üben. Aber wenn ich sage, im einen Fall machen wir Kampagnen und in dem anderen nicht, dann habe ich schon zwei verschiedene Dinge. Ich bin immer froh, wenn die Kampagnen der Parteien zu Ende gehen und die Legislaturperiode beginnt, weil ich dann davon ausgehe, jetzt hören sie auf mit der Kampagne und fangen an nachzudenken. In der Demokratie habe ich zwar wenig Chancen, immer das Richtige zu treffen, aber ich habe wenigstens die Entschuldigung, dass der Bürger, der freie Bürger, Entscheidungen getroffen hat und die Verantwortung übernimmt für diese Entscheidungen und für das Vertrauen, das er jemandem gibt.

Ich möchte gerne wissen, woher das Recht kommt, nicht zu kritisieren. Ich habe auch nichts gegen Kampagnen, aber die legitimieren sich doch nicht dadurch, dass sie selber bestimmen, ob sie mit der Mehrheit der Bevölkerung etwa in einem Parlament einig sind oder nicht. Sonst müsste ich ja sagen: Wer kontrolliert die selbsternannten Kontrolleure? Das ist bei den großen Organisationen relativ gut aufgehoben, aber wenn ich mich an die aktuelle Situation in Griechenland erinnere .... Ich meine, Sie können die Griechen jetzt abstimmen lassen und sagen: Wir sind zu einem anderen Ergebnis gekommen, die Mehrheit ist mindestens dagegen, dass wir sparen. Und diese komischen Deutschen sollen sich nicht aufregen, sondern das Geld rüberschicken. Da wäre ich dann schon unsicher, wenn es da nicht handfeste Einrichtungen gibt, auch ein Parlament, das heute im Stundentakt seine Entscheidungen trifft, den Bundesrat dazuholt und dann seine Entscheidungen über-

mittelt, damit das morgen funktionieren kann. Aber zur Struktur des Staates, des Staatswesens: Da habe ich große Bedenken, ob Sie das aufrechterhalten können, wenn Sie dagegen ein System setzen und das Zivilgesellschaft nennen. Das andere ist ja kein militärisches System. Ich überlege mir immer, was der Hauptunterschied zwischen der Zivilgesellschaft und den gewählten Parlamenten und Regierungen sein soll. Da müssen Sie mir noch Gründlicheres sagen, damit Sie mich überzeugen, dass da einige Lichtgestalten sind, die ihre Anhänger einsammeln – und das halte ich für richtig. Das sind aber Interessenverbände und – das wollen wir nicht übersehen – das können Interessenverbände für etwas ganz Gutes sein.

Da komme ich dann wieder zu dem, was mir an der Argumentation von Herrn Otto gefallen hat, dass er ja eigentlich eine Entscheidung gegen sich trifft. Er sagt: Ich unterwerfe mich dem, auch ich trage die Folgen. Das ist für ein Familienunternehmen eine tolle Geschichte und deshalb kommen die besten Beispiele auch immer aus solchen Selbstverpflichtungen. Nur wenn die anderen beschließen, dass sie sich der Sache vor allem dadurch verbunden fühlen, dass sie nicht davon betroffen sind, dann will ich ganz schnell, dass die in Botswana andere Sorgen haben als die in den modernen, zivilisierten Staaten. Sehr interessant fand ich das Thema der inneren und äußeren Legitimation. Was ist die nichtparlamentarische oder dem Grundgesetz und den Verfassungen entsprechende Struktur, die Sie ablehnen können mit der Begründung, die ist zwar äußerlich legitimiert, aber nicht innerlich? Da gibt es für viele Leute viel Raum, der vielleicht sogar den guten Wert der organisierten Non-Government-Institutions in Gefahr bringt.

Thomas Hertfelder,
Geschäftsführer Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus; Kuratorium der Theodor Heuss Stiftung:
Ich habe eine Frage an Herrn Otto. Herr Otto, ich habe Ihrem Bericht sehr fasziniert zugehört, wie Sie seit Mitte der 80er Jahre ökologische und soziale Standards in Ihrem Unternehmen durchgesetzt haben und dadurch zum Vorbild geworden sind für viele andere. Sie haben sozusagen Corporate Social Responsibility geübt, bevor es diesen Begriff in aller Munde gab. Das finde ich sehr faszinierend und anerkennenswert.

Nun frage ich mich: Sie sind Unternehmer, Sie bewegen sich in einem ökonomischen Kontext und Ökonomie ist ja nicht per se eine Wohltätigkeitsveranstaltung. Da gibt es eine Logik der Kapitalverwertung – um diesen Begriff aus dem Marxismus mal heranzuziehen –, und das Ziel eines Unternehmens besteht ja darin, Produktivität zu steigern, mehr Wert zu schöpfen, Profit zu erzielen. Das ist ja auch von vornherein nichts Schlimmes, nur besteht ein Spannungsverhältnis zwischen den ethischen und ökologischen Zielen, die Sie in Ihrem Unternehmen durchgesetzt haben, und sozusagen den rein binnenökonomischen Imperativen – eben sich auf dem Markt zu behaupten, wettbewerbsfähig zu bleiben, höhere Renditen und Profite zu erzielen. Das gilt a forteriori, muss man sagen, in einem Zeitalter des Shareholder Value, wo die kurzfristige Rendite eine ganz große Rolle spielt. Nun frage ich mich: Wie haben Sie das geschafft, innerhalb dieser ökonomischen Logik Ihre ethischen und ökologischen Ziele durchzusetzen, ohne dass Ihr Unternehmen im Wettbewerb ins Hintertreffen geraten ist? Denn wenn ich heute einem Unternehmer erzähle, er soll ökologische und ethische Standards setzen, die über das gesetzlich Vorgeschriebene hinausgehen, höre ich in aller Regel im Grunde zwei Begriffe. Erstens Wettbewerb und zweitens Globalisierung und damit ist drittens die Debatte auch sofort beendet. Also das ist ein Totschlagargument heutzutage. Deshalb meine Frage, wie haben Sie das hingekriegt? War Ihr Unternehmen bereits so gut aufgestellt, dass Sie sich das leisten konnten?

Michael Klett,
Aufsichtsratsvorsitzender Ernst Klett AG; Vorstand der Theodor Heuss Stiftung:
Ich möchte noch eine Ergänzung beisteuern zur Frage: Regulierung oder Selbstverpflichtung. Es ist fast alles gesagt worden, aber es gibt einen Aspekt, der mich als Unternehmer doch etwas piesackt, und das ist, dass oft sehr leicht gesagt wird: Wir brauchen jetzt Regulierungen. Sie sind auch leicht herzustellen im demokratischen Prozess, das kann blitzschnell gehen. Irgendein Missstand taucht auf und sofort ist die Regulierung da und die Wirtschaft wird überschüttet mit solchen Regu-

lierungen. Es reichen schon die nationalen Regulierungen, und wenn jetzt auf anderen Ebenen Regulierungen dazukommen, dann wird die Tendenz der Wirkungskräfte der Wirtschaft gegenüber so stark, das die darunter zu leiden beginnt. Nationen, die solche Regulierungen nicht machen, aber im globalen Wettbewerbskontext tätig sind, werden eine überregulierte Nation oder eine überregulierte nationale oder europäische oder atlantische Wirtschaft wettbewerblich über den Tisch ziehen.

Ich möchte ein Beispiel nennen, das mich zur Zeit wahnsinnig aufregt, das ist das neue Risikokontrollgesetz. Das heißt, dass sogar Eignerunternehmer von klein- und mittelständischer Sorte verpflichtet sind zu Risikokontrollmaßnahmen, die dazu führen, dass Personal eingestellt werden muss, und die mit Pönalen, die bis zu 1 Mio. für den Unternehmer – also für den Eigner oder die Eignerfamilien – verbunden sein können. Das ist völlig unerträglich, das ist Mehltau eines Staatskapitalismus, der sich langsam durchsetzt. Das ist nur ein Beispiel, was auf nationaler Ebene alles passieren kann. Deswegen mein Plädoyer: Der Eingriff, der regulierende Eingriff sollte wirklich ultima ratio sein. Und das Anliegen von Ihnen, Herr Bendix, die Armut der Welt, die Armut von 1 Mrd. Menschen zu bekämpfen, das ist einfach ein unglaubliches Anliegen, und wenn da wirklich nichts anderes zu machen ist, dann ist das das Richtige, ja, aber die Leichtigkeit, mit der oft Regulierungen eingeführt werden, das darf nicht sein. Demgegenüber sind die Selbstheilungsentwicklungen, die durch Kartelle – ich nenne das mal Kartell, was Sie gemacht haben, aber es ist ein positives Kartell – das sind Maßnahmen, die verfeinern die Wirkungskraft, die Wirkungsstärke der Zivilgesellschaft. Das sind Dinge, die sich in ihrer Wirkung verstärken. Die Phantasie wird angeregt, in dieser positiv-humanitären Richtung Tricks zu finden, Wege zu finden zu einer Wirkungsverbesserung. Wenn reguliert wird, dann hört man auf zu denken, dann will man das nicht mehr machen, dann wird einem ja alles vorgelegt. Zu dieser Spannung wollte ich auf jeden Fall einen Aspekt beitragen. Wir brauchen auf der einen Seite die Wirtschaftskraft im globalen Kontext und wir brauchen auf der anderen Seite die selbstwirkenden Maßnahmen und Fantasien, die Sie, Herr Otto, zum Beispiel aufgezeigt haben.

Rupprecht Podszun:
Vielen Dank für Ihre Meldungen. Das war viel Stoff, zu dem wir unseren beiden Diskutanten die Chance geben sollten, etwas dazu zu sagen, damit wir dann noch mal ins Publikum gehen können.

Michael Otto:
Zunächst zur ersten Frage oder Anmerkung von Herrn Leibinger, nämlich, wenn man Standards setzt, wie kann man das wissen, dass das die richtigen Standards sind, wie hat man die Wahrheit dort gefunden?

Lothar Späth:
Und wie lange dauert sie, die Wahrheit?

Michael Otto:
... und wie lange dauert sie, die Wahrheit, darauf komme ich auch gleich noch zu sprechen.

Die Standards setzen wir nicht aus unserer Gruppe heraus, indem wir uns Gedanken machen und sagen, so soll es sein, sondern hier haben wir natürlich eine sehr intensive Erarbeitung gemeinsam mit Universitäten, mit Hochschulen, mit Instituten vorgenommen, um zu sehen, wie eine solche Prozesskette überhaupt aussieht. Wir haben gestaunt! Ich dachte, man wüsste schon, welche Umweltauswirkungen, sagen wir mal, die Produktion eines T-Shirts hat. Das war überhaupt nicht bekannt. Wir haben dann gemeinsam mit Hochschulen erst einmal analysiert, wie die Auswirkungen sind, also von der Baumwolle bis zum fertigen Produkt und haben uns dann in jeder Stufe von Experten beraten lassen, welche Alternativen gibt es und ist das machbar, und wir haben natürlich auch die betroffenen Unternehmen der einzelnen Stufen hinzugezogen, um auch Fach-Knowhow zu bekommen.

Wir haben es also nicht einfach so aus dem hohlen Bauch heraus gemacht, sondern schon sehr stark mittels Expertise definiert. Da konnte man sehen, dass man schwermetallhaltige Farben durch biologisch abbaubare Farben ersetzen kann, dass man beispielsweise Ausrüstungen statt mit Formaldehyd – das dient dazu, dass ein Produkt gerin-

gere Einlaufwerte hat – dass man das auch mit einem natürlichen Schrumpfprozess machen kann. Da gibt es Schrumpfmaschinen, in denen man das Material kocht, so dass es einläuft und dann später nicht mehr einläuft. Das heißt, wir haben uns hier in jeder Stufe sehr genau angeschaut, ob es Alternativen gibt. Da waren natürlich einige Maßnahmen, die erst einmal etwas teurer waren, die aber dann, als es um große Mengen ging, auch auf normale Kostenniveaus kamen. Wir haben, glaube ich, schon Standards gesetzt, die sinnvoll und nachvollziehbar waren, die machbar waren. Eins ist allerdings wichtig, was Herr Späth gerade angeschnitten hat: Es kommen natürlich immer wieder neue Erkenntnisse hinzu und diese wird man auch immer wieder bearbeiten müssen. Wir wissen auch noch nicht, wie alle Stoffe wirken. Es gibt Alternativen, von denen man glaubte, die sind – nach Expertenmeinungen – State of the Art, das ist die beste Alternative, und dann stellen wir fest, es gibt eine noch bessere. Das ist ein permanenter Prozess, der hört nie auf. Nur, wenn man nicht anfängt, Standards zu setzen und nicht anfängt, zu handeln, weil man immer noch auf etwas Besseres wartet, dann kommt man nie zum Handeln. Das war unser Maßstab.

Die Frage nach den Menschen im Prozess und damit auch nach der Selbstverpflichtung der Menschen im Vergleich zu Gesetzen: Das, meine ich, ist ein ganz, ganz wichtiger Bestandteil. Denn ohne diese Selbstverpflichtung funktionieren letzten Endes auch Gesetze kaum. Vielleicht noch in einigen wenigen Ländern, aber in der Regel nicht. Fast alle Länder der Welt haben sich den ILO-Vorschriften, den International Labour Organization – Vorschriften, angeschlossen – aber in den meisten Ländern werden sie gar nicht praktiziert. Indien zum Beispiel hat eines der ausführlichsten Gesetze gegen Kinderarbeit und trotzdem ist in Indien die Kinderarbeit am stärksten verbreitet. Es wird nicht verfolgt, es wird nicht sanktioniert. Das heißt: Gesetze alleine bringen es natürlich nicht, sondern wir brauchen zum Schluss auch die Selbstverpflichtung, das Engagement der Menschen, das finde ich ganz entscheidend.

Zuletzt zur Frage: Wie stehen Engagement zu Umwelt- und Sozialstandards im Verhältnis zur Gewinnerzielung. Hier möchte ich ganz klar sagen: Umweltverbesserung muss keineswegs teuer sein. Es gibt viele Win-win-Situationen. Wenn ich zum Beispiel meine ganzen Transporte überarbeite und schaue, dass ich über Veränderungen die Beschaffungsprozesse von der Luftfracht stärker auf Seefracht verlagere oder bei der Zustellung über unseren Paketdienst eine tägliche Tourenoptimierung vornehme, um dann die besten, kürzesten Strecken zu haben, dann spare ich Kosten und CO^2 ein. Das ist eine Win-win-Situation. Dann gibt es die Konstellation, wo es kostenneutral ist und das ist natürlich allemal sinnvoll. Ich denke hier zum Beispiel auch an Sozialstandards. Wir stellen fest, gerade in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern, dass die Unternehmen, die die Sozialstandards am besten einhalten, auch die Unternehmen sind, die in der Regel die beste Qualität liefern, deswegen aber keineswegs teurer sind, weil sie sehr gut organisiert sind. Das heißt, dass die Unternehmen, die Regeln erfüllen, trotzdem nicht teurer sein müssen, weil sie effizient arbeiten. Dann gibt es allerdings auch Situationen, wo man sagt, die Maßnahmen kostet erst einmal etwas, da haben wir im Augenblick noch keine finanziellen Vorteile, sondern müssen investieren. Aber auch da bin ich überzeugt, dass es sich mittel- und langfristig auszahlt. Als wir anfingen mit den ersten Textiloptimierungen waren die Alternativen häufig teurer, aber da muss man dann durchhalten bis man auf die Losgrößen und auf die alten Preise kommt. Es ist also nur für eine bestimmte Übergangszeit und dann kostet es nicht mehr zusätzlich. Oder man hat dann indirekte Auswirkungen durch eine positive Kundenbewertung; auch Begeisterung bei den Mitarbeitern, was zwar nicht sofort messbar, aber mittel- und langfristig doch sehr wichtig ist.

Paul Bendix:
Das ist nicht überraschend, dass wir über Regulierung und Freiwilligkeit sprechen, dazu sind wir ja hier und das sollte auch so sein. Die Antwort auf die Frage, wo bleiben die Menschen, da kann ich gar nichts hinzufügen. Die Menschen stehen ohnehin im Mittelpunkt der Überlegung. Kein Mitglied der Zivilgesellschaft reguliert um der Regulierung willen, sondern natürlich ist das erste Ziel, dass freiwillig etwas gemacht wird. Aber auch in der BRD, in unserem wunderbar entwickelten Staat, gibt es so viele Dinge, die nur durch Regulierungen gemacht werden kön-

nen. Stellen Sie sich vor, wenn es keine Umweltschutzregelungen für Produktion in der BRD gäbe, wie manche Fabriken aussehen würden – und ich kenne einige Fabriken sehr genau. Es ist unglaublich, wie durch die Regulierung ein Standard entstanden ist, der trotzdem die Produkte der Bundesrepublik keineswegs konkurrenzunfähig macht auf dem Weltmarkt.

Lothar Späth:
Das Problem liegt darin, dass keine Standards verbindlich sind, jederzeit vom Gesetzgeber verändert werden können. Die Frage ist, wie entstehen Standards? Und da gab es eine große Diskussion und Widerstand. Wer definiert Standards?

Paul Bendix:
Die Frage hatte ich nicht angeschnitten, aber vielleicht sage ich auch gerade dazu was. Ich will ja nur, dass ich nicht missverstanden werde, indem ich den Versuch vertrete, wenn freiwillige Aktivitäten zum Ziel führen – na wunderbar. Wer will denn Bürokratie? Aber wenn das nicht geschieht – und es geschieht in vielen Fällen nicht, ich möchte das wiederholen –, dann fordern wir staatliche oder sogar überstaatliche oder sonstige Aktivitäten. Das ist dann Regulierung und das muss nicht unbedingt in Bürokratie ausarten, das ist gar nicht der Fall.

Zur Legitimität – jetzt wage ich mich etwas aus der Zivilgesellschaft heraus: Wenn ich sehe, wie hilflos unser Parlament in Deutschland, unsere Bundesregierung auf die Finanzkrise reagiert hat, wenn ich höre, dass die Bundeskanzlerin sagt, es gibt keine Alternative zu einer Situation, an der ganz andere gestrickt haben, die die Verantwortung nicht tragen und noch viel weniger legitimiert sind, dann kann man sich schon fragen, ob da nicht irgendwo ein Problem ist. Was ja nicht heißt, dass man den Bundestag als irrelevant bezeichnet, also das sind ja eher Fragezeichen. Und was unsere eigene Legitimation angeht, da haben wir immer offen gesagt: Wir sind natürlich nicht demokratisch legitimiert im Sinne von gewählt, aber Oxfam hat schätzungsweise etwa 1 Mio. Spender, etwa 10 Mio. Unterstützer, Aktivisten, die in vielen Ländern der Welt unsere Anliegen verfolgen. Das ist auch eine Form von Legitimation. Und das Vertrauen, das die Zivilgesellschaft hat, das ist ganz, ganz schnell zerstört. Wir werden ja auch sehr kritisch beäugt, nicht nur von den Medien, auch von anderen, mit denen wir uns auseinandersetzen, und wir sind sehr, sehr vorsichtig, dieses Vertrauen eben nicht hopsgehen zu lassen.

Rupprecht Podszun:
Vielleicht können wir diesen letzten Punkt noch einmal kurz aufgreifen und damit auch auf einen Kern kommen, der die Heuss Stiftung betrifft, nämlich die Frage des Engagements und der Verantwortung des Einzelnen. Das schwingt ja in Ihren Statements mit, Sie brauchen die Leute, die sich für Oxfam engagieren. Sie haben die Kunden oder die Unternehmer, die sich bestimmten Zielen verpflichten müssen und trotzdem hat man den Eindruck, es wird alles so wahnsinnig komplex. Als Einzelner bin ich möglicherweise überfordert. Zwischen dem Oxfam-Shop in Stuttgart und der globalen Kampagne, die Ihre Organisation fährt, ist eine riesige Distanz, bei Ihnen sind die Distanzen ebenso groß. Also wie fördern wir die Verantwortung des Einzelnen, was können wir beitragen, damit das Individuum wieder diese Verantwortung wahrnimmt und spürt? Und ist das vielleicht auch eine Frage – das nachgeschoben, weil es im Titel der Heuss Stiftung steht: Förderung der politischen Bildung und Kultur –, die auch etwas mit Bildung und Kultur zu tun hat? Haben wir vielleicht den Bereich der wirtschaftlichen Steuerung zu lange seitens derjenigen, die im Kulturgeschehen tätig sind, alleine gelassen?

Paul Bendix:
Das kommt mir sehr gelegen, die Frage. Sie haben zu Anfang die Oxfam-Shops erwähnt. Die Oxfam-Shops sind der wichtigste Beitrag zu den Finanzen von Oxfam Deutschland. Ich will nur sagen, wir haben hier heute auch zwei Shop-Leiterinnen unter uns. Es gibt 35 Oxfam-Shops, in denen 2.200 ehrenamtliche Mitarbeiter arbeiten. Es wird niemand bezahlt, alle leisten diese Arbeit in ihrer Freizeit und jeder dieser 2.200 macht es, weil er den Dingen, für die wir uns einsetzen, bestimmten Wert zumisst. Und vielleicht anders ausgedrückt: Unsere Arbeit ist der Versuch, das Denken der Menschen, das Verhalten, die Einstellung, die Vorurteile zu verändern. Und es ist gar nicht so weit weg, ob wir bei den Vereinten Nationen, wo wir als Oxfam Beraterstatus haben, ein Statement abgeben oder jemand in einem Oxfam-Shop in Stuttgart seine Schicht macht mit

dem gleichen Grundgedanken dahinter, dass es eben soziale Ungerechtigkeit gibt, die zu beseitigen ist und die heutzutage beseitigt werden kann. Ich finde, das ist gar nicht so weit auseinander.

Michael Otto:
Ich meine auch, letzten Endes kommt es auf das Engagement des einzelnen Menschen an und das sehe ich bei uns im Unternehmen, denn das, was ich hier vorgetragen habe, das ist natürlich keine Aktion eines Einzelnen, sondern da helfen hunderte von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ihren verschiedenen Bereichen mit, damit das Ganze funktioniert. Da ist also Engagement und Überzeugung des Einzelnen. Die Frage ist, wie erreicht man das? Das kann man in einem Unternehmen erreichen durch Vorbildfunktion, durch Motivation, aber ich meine, entscheidend ist hier auch das Thema Bildung. Es beginnt schon in den Schulen. Wir haben gerade über meine Stiftung ein Projekt in Hamburg gestartet, das nennt sich »Aqua-Agenten«. Hier werden in den dritten und vierten Klassen die Schülerinnen und Schüler dazu gebracht, das Wasser zu entdecken. Da liefern wir Lehrmaterial, damit die Lehrer das entsprechend vorbereiten können, und dann gehen sie an verschiedene Stationen, machen Tagesausflüge zum Wasserwerk, um zu sehen, wie frisches Wasser gewonnen wird, zum Klärwerk – und das ist das große Erstaunen, wenn sie sehen, was da alles an Reststoffen drin ist und sie erzählen dann zu Hause ihren Eltern, sie sollen nichts mehr in die Toilette werfen. Also das sind große Aha-Effekte. Sie gehen auch, gemeinsam mit dem NABU, zu einem Biotop, einer kleinen Seenlandschaft, sehen dort, was da alles für Lebewesen herumschwirren, und in den Hamburger Hafen als Verkehrsweg am Wasser. Im Grunde fängt es bei den Kindern an, denn nur was man kennt und was man wertschätzt, das schützt man später auch. Es ist der falsche Weg, wenn man mit erhobenem Zeigefinger herangehen und den Kindern Horrorszenarien erzählen würde, sondern man muss ihnen beibringen, wie wichtig, wie schön unsere Umwelt ist, damit sie sich später selbst engagieren.

Gesine Schwan:
Zwei Punkte von Ihnen, Herr Otto, möchte ich unterstreichen. Erstens, der Zeithorizont. Bei allem, was kurzfristig gedacht ist, kann es zu Diskrepanzen zwischen Gewinn und Schonung der Umwelt kommen. Aber in dem Moment, wo man den Horizont ausdehnt, wird es ganz anders. Und zum Zweiten: Die Bildung und zwar die Art der Bildung, die Sie beschrieben haben, dass sie sich nicht nur an den Verstand richtet, sondern dass die Kinder handfest ihren Weg durch die Wirklichkeit gehen und damit konfrontiert werden, das finde ich sehr wichtig.

Zu Herrn Späths und auch Herrn Kletts Frage nach der Legitimation. Erstens: An keiner Stelle können die Zivilgesellschaft oder der Privatsektor die Legitimation oder die Legitimität – ich verwende jetzt beide Begriffe ähnlich – der gewählten politischen Organe ersetzen. An keiner Stelle, das haben sie auch nie getan. Deswegen können auch Regeln, die von Oxfam oder irgend einer anderen Organisation angeregt werden, nie die Legitimität eines Parlamentsbeschlusses für sich einfordern. Wir brauchen auch weiterhin die demokratisch legitimierten Institutionen, und die Zivilgesellschaft soll ja »antagonistisch kooperieren«, das heißt, es geht auch um eine Stärkung der bisherigen demokratischen Institutionen, die de facto einen Vertrauensverlust erlitten haben. Das ist sicher unbestreitbar.

Lothar Späth:
Meine Irritation ist dahin!

Gesine Schwan:
Wunderbar! Aber ich möchte Sie trotzdem noch latent weiter irritieren, weil mir das immer Spaß macht, wenn Sie dann antworten. Ich habe von Input- und Output-Legitimation gesprochen, und Input, das war die Wahl und Output ist das Vertrauen, wovon Herr Bendix gesprochen hat. Da kann es eine Besserung von Parlamentsbeschlüssen dadurch geben, dass Institutionen sich durch ihre Vor-Ort-Erfahrung engagieren. Die Zivilgesellschaft ist im Unterschied zu den Parteien eine, die nicht hoheitliche Aufgaben wahrnimmt. Sie wissen, wie lange es gedauert hat, bis die Parteien in die Verfassung aufgenommen wurden. Noch in der Weimarer Republik waren sie nicht in der Verfassung, weil sie keine hoheitlichen Aufgaben hatten. Sie sind jetzt praktisch als Organ des Staates mit in der Verfassung. Und diese Mixtur von Parteien, dass sie halbhalb sind, halb Gesellschaft, halb Staat, gilt nicht für die Zivilgesellschaft, auch wenn Sie sagen können, der Gedanke der Zivilgesellschaft ist jetzt nicht im Gegensatz zum Militärischen, sondern zu dem, was staats-

hoheitliche Aufgaben erfüllt. Also kein Gegensatz, ein in Kontroverse befindliches Kooperationsverhältnis und dieser kritische Input oder die kritischen Aktionen können helfen und stärken.

Zu den Regelungen: Ich war neulich bei einem Textilverband und habe, bevor ich dort eine Rede gehalten habe, mit einigen Ausbildern gesprochen. Und die habe ich gefragt, belehrt von früheren Gesprächen mit Herrn Otto: »Sagen Sie mal, worauf richtet sich Ihre Ausbildung?« »Die richtet sich auf technisches Arbeiten«, haben sie geantwortet. »Richtet sie sich auch auf die Frage, welche Umweltqualität Ihre Produkte haben und wie man das Recycling befördern kann und stoßen Sie Ihre jungen Leute auch an, sich selbst etwas auszudenken zu diesem Zusammenhang?« Da hat der Ausbilder auf die Regeln verwiesen und gesagt: »Es gibt ja EU-Regeln.« Ja, und das findet er auch gut, dass es EU-Regeln gibt. Also wollte er Regeln. In gewisser Weise anders als Sie das gut finden, weil das, was reguliert ist – so seine Sicht – , darum kümmern wir uns und um den Rest müssen wir uns nicht kümmern, während ich ihn stimulieren wollte: Über Regeln hinaus sollten Sie doch erzieherisch tätig sein. Es gibt also auch eine unternehmerische Seite, die sagt, wir haben Regeln, okay, da haben wir klare Verhältnisse und mehr müssen wir nicht machen.

Wie nun Regeln wirken, das ist mein dritter Punkt, das muss man, glaube ich, genau anschauen, betriebswirtschaftlich und volkswirtschaftlich. Nehmen wir einen dieser schwierigen Punkte, die Mitbestimmung. Mitbestimmung, betriebliche Mitbestimmung, unternehmerische Mitbestimmung ist für viele Unternehmer etwas Störendes, etwas Hemmendes, was man eigentlich abbauen möchte. Es gibt – nehmen wir noch mehr – die Tarifhoheit, die überbetrieblichen Tarife anstrebt. Olaf Henkel hat alles unternommen, um dieses »Zeug« loszuwerden, weil es die Freiheit, die betriebswirtschaftliche Freiheit in seinem Verständnis, beeinträchtigt. Solche Freiheit hat aber eine enorme Lohnspreizung zur Folge und diese Lohnspreizung hat volkswirtschaftliche Folgen. Es kann betriebswirtschaftlich eine Erleichterung sein, wenn man sich an nichts, an keine Tariflöhne halten muss. Es kann aber volkswirtschaftlich große Probleme

geben. Wofür ich hier nur plädieren möchte ist, die jeweiligen systemischen Auswirkungen anzuschauen. Denn es gibt inzwischen auch wieder Stimmen, die sagen, die starke Spreizung der Löhne im Unterschied zur ursprünglichen sozialen Marktwirtschaft hat auch dazu geführt, dass die Diskrepanz zwischen Arm und Reich immer größer geworden ist, dass das, was große Unternehmen hätten auszahlen können, was sie aber früher in Weiterbildung investiert haben, jetzt nicht gleichermaßen in Weiterbildung investiert wird, und deswegen haben betriebliche Tarife letztlich, gesamtgesellschaftlich gesehen, wieder Nachteile. Ich möchte nur dafür plädieren, immer diese betriebswirtschaftliche und die nationalwirtschaftliche, volkswirtschaftliche und inzwischen globale Perspektive mit einzubeziehen.

Rupprecht Podszun:
Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Publikum?

Helmut Haussmann:
Zur Globalisierung: Aus meiner Sicht ist das eine sehr westliche Diskussion. Das ehrt uns natürlich, aber wenn man lange Jahre versucht hat, über die WTO, über die Asienstiftung in Singapur, asiatische Meinungsführer von unseren Werten und Ansichten zu überzeugen, ist hier die Frage: Welche Erfolge haben Sie gerade in Asien?

Und die letzte Frage ist, welche Möglichkeiten bringen Internet, online für Kampagnen? Wo ist da die Legitimation, wenn man Themen relativ schnell in der Zivilgesellschaft durchspielt?

Rupprecht Podszun:
Das heben wir uns für die zweite Runde auf, die Internet-Frage jedenfalls. Ich glaube, der Aspekt, und natürlich auch das, was Frau Schwan gesagt hat, sind hervorragende Vorlagen – Stichwort Globalisierung, Stichwort Einbeziehung asiatischer Staaten und das Panorama, das Frau Schwan noch mal aufgespannt hat – für ein kurzes Schlusswort unserer beiden Hauptdiskutanten Herr Bendix und Herr Otto.

Paul Bendix:
Das Schlusswort vielleicht nicht, aber die Frage zu NGOs in Asien – eine gute Frage. Ich habe bisher über die Kampagnenarbeit gesprochen. Unsere Projektarbeit machen wir überwiegend mit lokalen Organisatio-

nen. Wir schicken keine Deutschen, keine Weißnasen, wie sie das nennen, irgendwohin, sondern wir arbeiten mit lokalen Civil Organizations, mit NGOs und die sind in allen Ländern, von Pakistan über Indien, Indonesien, you name it. Wo es ein bisschen schwierig ist, ist China, da gebe ich Ihnen recht. Aber das ist auch eine Zeitfrage, auch in China bewegt sich schon ganz, ganz viel. Die Stärke der Zivilgesellschaft, die ist keineswegs geringer in asiatischen Ländern und die Aufgaben sind auch nicht sehr viel anders als bei uns. Wir maßen uns überhaupt nicht an, für sie zu sprechen, sondern wir haben ein eisernes Prinzip: Wenn in einem Land etwas gemacht und gesagt wird, dann sagt erstmal die lokale Organisation etwas, und wir unterstützen nur. Und nur, wenn die nicht können, zum Beispiel in Simbabwe, weil man dann nicht lange lebt, dann sagen wir etwas, weil wir auch besser geschützt sind. Das wäre die Antwort auf die Zivilgesellschaftsfrage.

Michael Otto:
Ich kann von der Unternehmensseite sagen, dass auch in den asiatischen Ländern ein Umdenkungsprozess einsetzt im Hinblick auf ethisches Verhalten, das stelle ich zumindest fest. Ich sehe bei unseren Workshops, dass wir bei einigen Unternehmern auf offene Ohren und offene Türen stoßen. Das heißt, dass sie selbst auch Interesse und die Bereitschaft haben, sich zu engagieren und damit in ihrem eigenen Unternehmen anzufangen. Natürlich gibt es genügend Gegenbeispiele, aber trotzdem: Es gibt positive Beispiele und da ich das nun seit einigen Jahrzehnten verfolge, kann ich auch sagen, es nimmt zu, die Entwicklung nimmt Fahrt auf, von der man nur hoffen kann, dass die Eigendynamik in dieser Hinsicht noch stärker wird. Aber es ist eine spürbare Entwicklung und zwar in die richtige Richtung. Das Gleiche stelle ich im Umweltbereich fest und ich nehme hier meine Erfahrung aus dem WWF, wo viele Unternehmen, aber auch Regierungen heute viel, viel aufgeschlossener sind, viel aktiver sind, selbst in China. Die chinesische Regierung macht inzwischen, was Artenschutz angeht, heute deutlich mehr als früher. Auch das Thema CO^2 ist in China angekommen. Klar, die sehen ja schon die ersten Änderungen in ihrem Mikroklima, Wüstenbildung im eigenen Land. Und die Probleme drohen vor allem, wenn die Himalaya-Gletscher abgeschmolzen sind oder

ihre großen Flüsse kein Wasser mehr haben. Auch in Asien passiert also etwas – es könnte schneller gehen, aber es geht in die richtige Richtung.

Rupprecht Podszun:
Meine Damen und Herren, ich glaube, wir haben, wenn ich den Begriff des Gesamtkunstwerks sozial Marktwirtschaft noch einmal aufgreifen darf, zwei künstlerische Positionen gesehen, die uns aufzeigen, wie eine global governance möglicherweise aussehen kann oder wie sie sich derzeit weiter entwickelt. Vielleicht etwas mehr Mondrian als Jackson Pollock – nur wer die Linien zieht, ist noch unklar. Wir haben es geschafft, Herrn Späth zu irritieren und seine Irritation wieder zu beseitigen. Ich glaube, viel mehr kann eine Diskussionsrunde nicht leisten. Vielen Dank.

DISKUSSIONSRUNDE 2

Kapitalismus und Verantwortung?
Reformbedarf der Marktwirtschaft nach der Krise

Moderation: Dr. Rupprecht Podszun | Wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht in München

Rupprecht Podszun:
Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zu unserer zweiten Runde. Thema jetzt: »Kapitalismus und Verantwortung? Reformbedarf der Marktwirtschaft nach der Krise«. Wenn Sie sich an den Namensgeber unserer Stiftung, Theodor Heuss, erinnern, der eine große Biographie über Robert Bosch geschrieben und gesagt hat, diese Verbindung von wirtschaftlichem Können, von technischem Können, von Wissenschaft, von Kultur, die bei Robert Bosch zusammengekommen ist, das sei das Vorbildhafte, was Unternehmer auszeichne. Das war allerdings auch die Zeit, in der jemand noch »Nationalökonomie« studierte, wie Theodor Heuss, und heute sind wir dann von der Nationalökonomie doch ein bisschen weiter entfernt. Diese Fundamente, das ganz klar abgrenzbare Unternehmen, die Familie als Keimzelle des Wirtschaftens und die Nation als Ordnungsgeber, die sind natürlich in der Form nicht mehr vorhanden. Insofern, Herr Leibinger, ist es eigentlich ganz erstaunlich, dass Ihr Unternehmen ein extrem profitables ist, denn wenn man nach den Maßstäben geht, die heutzutage angelegt werden, dann müsste man meinen, so ein Unternehmen wie TRUMPF, das kann es gar nicht mehr geben. Es gibt es trotzdem noch, erfolgreicher denn je und das ist nicht zuletzt Herrn Professor Leibinger zuzuschreiben. Er ist 1930 in Stuttgart geboren, ist verheiratet, drei Kinder. Familie ist ganz wichtig, denn das Unternehmen ist auch ein wirkliches Familienunternehmen geblieben. Er hat eine Mechanikerlehre gemacht

und Maschinenbau studiert, war dann kurz in den USA und ist danach bei TRUMPF als Konstrukteur eingetreten und hat dort relativ schnell den Aufstieg geschafft zunächst zum Technischen Geschäftsführer und Gesellschafter und dann zum Vorsitzenden der Geschäftsführung. Ich habe gelesen – bitte korrigieren Sie mich, wenn es nicht stimmt –, dass es dann für den Unternehmensgründer günstiger war, Ihnen das Unternehmen zu übertragen, als die Lizenzgebühren für sämtliche Patente zu zahlen, die Sie sich in der Zwischenzeit erarbeitet hatten.

Berthold Leibinger:
Ja, verkürzt stimmt das.

Rupprecht Podszun:
Sie haben jedenfalls schon im Studium oder schon mit Ihrer Diplomarbeit, die Sie damals bei TRUMPF gemacht haben, drei Patente erhalten. Sie haben dort unter anderem quasi die erste computergesteuerte Stanzmaschine entwickelt. Auch das ist wahrscheinlich sehr verkürzt dargestellt, aber das wurde eine der Grundlagen für den Welterfolg von TRUMPF.

TRUMPF, ein Unternehmen, das hier in der Nähe von Stuttgart, in Ditzingen, sitzt, 1,7 Mrd. Euro Umsatz macht, etwa 8.000 Mitarbeiter und drei Geschäftsbereiche hat. Sie haben wahrscheinlich – anders als bei Otto – nichts davon zu Hause, denn es handelt sich um Lasertechnologie, es geht um Werkzeugmaschinen und um Medizintechnik, und in einigen dieser Bereiche ist TRUMPF Weltspitze. Herr Leibinger ist, genau wie Herr Otto, nicht nur ein erfolgreicher Unternehmer, sondern auch in sehr vielen Funktionen engagiert. Den Baden-Württembergern brauche ich das gar nicht zu erklären, die kennen das alles. Er ist engagiert bei der Universität Stuttgart, hat die Akademie acatech mitbegründet, er hat lange die Landesregierung beraten, er hat eine eigene Stiftung gegründet, die sich vor allem der Innovationsförderung verschrieben hat, und er ist Beiratsmitglied bei »Gegen Vergessen – für Demokratie«. Daneben tritt kulturelles Engagement: Literaturarchiv Marbach, Schiller-Nationalmuseum, Internationale Bachakademie, der Bogen ist also sehr weit gespannt und deshalb sind wir besonders erfreut, dass wir Sie heute hier haben und sind gespannt, was Sie zu unserem Thema sagen.

IMPULSREFERAT WIRTSCHAFT

Prof. Dr.-Ing. E.h. Berthold Leibinger |
Aufsichtsratsvorsitzender TRUMPF GmbH & Co. KG

Vielen Dank. Es wird jetzt viel pragmatischer und viel Deutschland-näher, was ich zu sagen habe. Das geht auch daraus hervor, dass die überwiegende Zahl unserer Mitarbeiter im Maschinenbau und in der Lasertechnik in Deutschland arbeiten. Aber ich darf eine Vorbemerkung machen. Mir hat man eine Überschrift gegeben, zu der ich reden soll, »Kapitalismus und Verantwortung« und da steht dann als Unterzeile: »Reformbedarf der Marktwirtschaft nach der Krise«. Ich möchte doch vorab dazusagen, dass ich nicht glaube, dass wir eine Zeit nach der Krise haben, sondern dass wir in vielem – ich rede jetzt nicht nur von der Finanzwelt und von der politischen Seite, Griechenland als Stich-

wort, sondern ich rede von der so genannten Realwirtschaft – dass wir in vielem noch lange nicht da sind, wo wir einmal waren. Die Fragen, denen ich nachgehen will, beziehen sich auf: Was tun wir in Deutschland und was tun wir Deutsche in der Welt, in der wir uns bewegen? Als Maschinenbauer, als Werkzeugmaschinenbauer, der ich im Kern bin, ist tatsächlich die Welt das Feld, auf dem wir uns bewegen, aber mit einer ganz anderen Ausgangsbasis als Herr Otto. Wir haben nirgends auf der Welt eine Macht als Einkäufer, sondern wir sind überall die, die Investitionsgüter liefern, damit eine Volkswirtschaft wo auch immer vorankommen kann, wenn man unser Tun idealistisch beschreibt. Das ist, was wir uns vorgenommen haben.

Drei Fragen: Was hat die Krise ausgelöst? Wie hat sich die deutsche Wirtschaft in der Krise verhalten? Von der deutschen kann und will ich in erster Linie reden. Und: Welche Konsequenzen haben wir aus der Krise zu ziehen?

Was hat sie ausgelöst? Ich habe ein langes Arbeitsleben hinter mir. Sie haben es ja gehört, 1930 geboren, ich werde noch in diesem Jahr 80, und war etwa, wenn man so will, 55 Jahre mit industriellem Tun verbunden. Allein dazu ließe sich viel sagen. Ich habe zwölf Krisen, zwölf Abschwünge erlebt, aber keine, die auch nur entfernt so gewesen wäre wie die vergangene oder die, in der wir noch sind, um mich nicht zu revozieren. Warum war das so? Wir hatten 2008 einen konjunkturellen Abschwung nach vier sehr guten Jahren zu erwarten, und der hat sich auch angekündigt. Aber die Finanzkrise, die plötzlich – im Grunde markiert durch die Pleite von Lehman Brothers – ausgelöst wurde, war, ich habe das immer so beschrieben, als wenn man einem Menschen, der stolpert, ins Genick springt, dann fällt er aufs Gesicht. Ich habe in der Tat keine Krise, die weltweit, über alle Branchen, oder fast alle Branchen, hinweg und so tief gewirkt hat, erlebt. Und deshalb sind manche der Dinge, wie wir damit fertig werden, auch so schwierig zu lösen.

Was hat sie denn ausgelöst? Ich verdichte das auf zwei Bereiche: Einmal das verlorene Maß vieler Menschen auf dieser Welt. Das zweite war der Glaube in der Finanzwirtschaft an das Perpetuum Mobile in der Form, dass man angenommen hat, man kann bestimmte Papiere, verbriefte Papiere immer wieder und immer neu weiterverkaufen, und irgendwann hörte das auf und dann brach die ganz Sache zusammen. Das hat mit dem verlorenen Vertrauen zu tun.

Wie hat sich die Wirtschaft in der Krise verhalten? Ich spreche jetzt von der deutschen Wirtschaft und ich möchte dazu ein paar Zahlen nennen, die ich extra mitgebracht habe. Sie stammen von der IG Metall, unserer Industriegewerkschaft, sind also in diesem Zusammenhang, wenn ich sie nenne, unverdächtig.

Rupprecht Podszun:
Antagonistische Kooperation!

Berthold Leibinger:
Ja, die antagonistische Kooperation, Frau Schwan. Das nehme ich mit! Ich bin über 50 Jahre verheiratet und sogar gut verheiratet, aber ich habe noch nie das Verhältnis zu meiner Frau so gut beschrieben gehört.

In dieser Krise, und ich spreche jetzt nur über die produzierende Industrie, ist die Industrieproduktion in Frankreich um 11,2 % zurückgegangen und die Beschäftigung um 6,7 %, in Spanien 18 % Rückgang der Industrieproduktion und 17 % Rückgang der Beschäftigung, in Schweden Rückgang der Industrieproduktion um 17 %, Rückgang der Beschäftigung um 17,8 %. Es sind also mehr Arbeitsplätze abgebaut worden als Umsatz verloren ging. In Deutschland waren es 16,9 % Rückgang bei der Produktion und 2% Abnahme der Beschäftigung in der produzierenden Industrie – das ist ganz ungewöhnlich. Warum ist das so? Ich sehe zwei Gründe. Zunächst: Die Deutschen haben doch ein großes Selbstbewusstsein und sind vernünftig, die deutschen Unternehmer und Unternehmensleitungen. Wir glauben, wir brauchen die Arbeitskräfte wieder, also bauen wir nicht ab, ohne dass wir dieses müssen. Und das zweite ist, die Verantwortung für die Arbeitsplatzsicherheit wird in Deutschland ganz groß geschrieben. Das hat – das haben wir alle begriffen – eine ganz große emotionale Bedeutung für unsere Gesellschaft, das ist anders als in den Vereinigten Staaten. Ich habe einige Jahre dort gelebt und gearbeitet und bin sicher 150 Mal oder öfter in Amerika gewesen, wir beschäftigen auch fast 1.000 Amerikaner in unseren dortigen Aktivitäten, und wenn dort ein Arbeitsplatz verloren

geht, wenn jemand gekündigt wird, dann nimmt er das ganz anders auf und hin als ein deutscher Arbeitnehmer. Der Amerikaner sagt »I lost my job, I will try again«, ich habe meine Arbeit verloren und jetzt probiere ich es erneut und woanders. Für den Deutschen ist es eine Demütigung, eine Kränkung. Das müssen wir ernst nehmen und das nehmen wir ernst. Wir haben uns, glaube ich, klug und vernünftig verhalten und die Rahmenbedingungen, die wir in Deutschland haben, haben dieses auch ermöglicht. Zunächst: Wir haben nach der 11. Krise, die ich erlebt habe, die war 1991 – 1993, eine Reihe von Instrumenten entwickelt, die einen Rückgang der Aufträge besser abfedern konnten. Ein Faktum der Globalisierung bedeutet ja eine weit bessere Kommunikation und Information über das, was in der Welt vorgeht für alle unsere Kunden. Und deshalb können wir eine Krise heute nicht, und schon damals nicht, durch lange Lieferzeiten, die wir im Investitionsgüterbereich hatten, überbrücken, das ist ganz ausgeschlossen. Wenn wir länger als drei Monate Lieferzeit haben, dann verlieren wir Aufträge. Früher hatten wir 12 – 15 Monate Lieferzeit, wir haben die Täler mit den Werksspitzen, die wir angesammelt haben, aufgefüllt. Heute müssen wir das anders ansammeln. Wir haben die Arbeitszeiten flexibilisiert, wir arbeiten in guten Zeiten viel, also deutlich mehr als 35 Stunden und in schlechten Zeiten können wir bis auf 30 Stunden oder noch weniger herunterfahren, bezahlen aber immer einen Durchschnitt von 35 Stunden, bezogen auf die 35-Stundenwoche - in meinem Unternehmen sind es 38 Stunden –, so dass der Arbeitnehmer, vereinfacht ausgedrückt, immer das gleiche Einkommen hat – ob er viel oder wenig arbeitet. Wir federn damit ab, indem wir in schlechten Zeiten Arbeitskonten aufzehren, die wir angespart haben.

Das zweite, was man erwähnen muss, ist das Phänomen der Zeitarbeit. Die Zeitarbeitsfirmen stellen, weil der Rückgang der Arbeit nicht überall in allen Branchen gleichzeitig auftritt, in der Regel ein gutes Abfederungspolster für Krisenzeiten dar, weil man sich von den Leiharbeitern sofort trennen kann.

Dritter Punkt ist die Kurzarbeit, die bei uns im Grunde von drei Partnern bezahlt wird. Vom Arbeitnehmer, der auf einen Teil seines Lohns verzichtet. Bei 20% Rückgang – also einem Tag weniger Arbeit – hat er 7 % weniger in der Lohntüte. Den zweiten Teil trägt das Unternehmen, das die Grundlast, Feiertage, Ferien, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und sonstige tarifliche Zuwendungen unverändert von der normalen Arbeitszeit trägt, und das dritte ist der Staat, der für die ausgefallenen Stunden auf die Sozialbeiträge verzichtet und noch ein Kurzarbeitergeld dazufügt. Das ist eine teure Angelegenheit für die Gesamtheit, aber durch die Teilung auf Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Staat eine erträgliche Sache.

Nach meiner Überzeugung darf sie nur nicht – und da komme ich jetzt zu den Folgen der Krise und den Konsequenzen – die Kurzarbeit darf nicht zu lange ausgedehnt werden. Ich halte den Beschluss der sozialliberalen Koalition, die Kurzarbeit zu verlängern, der sicher auch auf Betreiben von organisierter Zivilgesellschaft zurückzuführen ist – das wurde vorhin nicht gesagt, für nicht gut. Die unkontrollierten Aktivitäten der organisierten Zivilgesellschaft üben auf den Teil, der für die Regierungstätigkeit verantwortlich ist, einen so großen Druck aus, dass die Unabhängigkeit der von uns gewählten Abgeordneten durch den öffentlichen Druck zunehmend reduziert wird. Das macht mir die größte Sorge, das macht mir die allergrößte Sorge, weil sie ja nicht verantwortlich sind. Wenn es ernst wird, sind sie fort. Ich bin da sehr emotional jetzt – aber ich muss ja auch ein bisschen Farbe in die Sache hineineinbringen!

Rupprecht Podszun:
Es wird sicherlich bunt werden!

Berthold Leibinger:
Die zweite Konsequenz, die wir zu ziehen haben, ist aus meiner Sicht, dass die Weiterbildung, die wir in der Kurzarbeit unterbringen konnten – von unserer Seite wurde das vorgeschlagen, das war früher nicht möglich –, noch stärker ausgebaut wird. Wir haben zum Beispiel die Weiterbildung, die bei uns normalerweise 25 Stunden pro Mitarbeiter und Jahr umfasst, auf 75 Stunden erhöht und glauben dadurch, dass wir während der Kurzarbeit auch eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit erreicht haben, weil wir eben Wissen vermitteln konnten. Das wird ein Kernthema für uns auch in der Zukunft sein, weil wir ja eine demografische Entwicklung haben, und das ist der zweite große Punkt, den ich nennen will.

Wir haben eine demografische Entwicklung, die uns Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, den wir jetzt schon spüren, in verstärktem Umfang bringen wird, wenn wir nichts tun. Wir müssen auf dem Bildungssektor mehr tun und zwar auf allen Ebenen. Wir können es uns nicht leisten – was heute der Fall ist –, aus den Hauptschulen Abgänger zu produzieren, die eine anspruchsvolle Lehre nicht bestehen können. Wir müssen künftig das Niveau in den Hauptschulen verbessern und wir müssen die Unternehmen moralisch in die Pflicht nehmen – ich bin immer für selbständige und freiwillige Aktionen –, dass sie die Hauptschüler zu einem sehr frühen Zeitpunkt mit dem Unternehmen in Verbindung bringen, damit die Schüler sich trauen, eine sehr anspruchsvolle Lehre – die wir zum Beispiel durchführen – anzunehmen und durchzustehen. Wir haben ein Programm, das nennt sich 360° – meine Tochter, die das Unternehmen führt, fördert das enorm. Da nehmen wir das zweitletzte Schuljahr in der Hauptschule schon einen Tag in der Woche zu uns ins Unternehmen und die Schüler werden eingeführt in das, was wir tun. Wir stellen auch fest, dass sich dabei Kinder mit Migrationshintergrund, die sich sprachlich schwer tun, plötzlich lösen, weil sie sich praktisch absolut gleichwertig sehen und gleichwertig fühlen und dadurch Selbstbewusstsein gewinnen und dann wagen, sich bei uns zu bewerben. Wir müssen aber auch die Bildung und Weiterbildung auf allen Ebenen verbessern, denn Deutschland wird in der Zukunft immer mehr darauf angewiesen sein, hochwertige Produkte herzustellen und diese auch zu exportieren. Wir können dieses Land überhaupt nicht erhalten ohne Export.

Das Dritte und Letzte, auf das ich hinweisen will, sind Unternehmen meiner Art. Wir beschäftigen 5.000 Leute in Deutschland, 3.000 Mitarbeiter außerhalb des Landes. Dort – meistens, nicht immer – im Vertrieb und Service. Wir produzieren auch in den USA, wir produzieren in Österreich und in Frankreich und neuerdings in China. Wir werden nach der Krise feststellen, dass das Bärenfell anders verteilt ist, das ist jetzt schon sichtbar. Die Märkte in Ostasien, in China, in Indien und die darum herumliegenden Staaten werden aus der Krise mit großem Wachstum hervorgehen. Das ist schon erfolgt; unter anderem übrigens auch, weil ihre Banken sich an dem Wahnsinn nicht beteiligt haben und den Aufschwung besser finanzieren können als es unsere tun können.

Paul Bendix:
Weil sie involviert waren, übrigens.

Berthold Leibinger:
Oh ja, vielleicht waren die Chinesen aber auch überzeugt, dass es ein nationales Anliegen gibt. Der Begriff der Freiheit: Ich glaube unbeirrt an den Menschen und an die Verbesserbarkeit des Menschen, auch in meinem Alter. Was wir werden tun müssen, ist auch aus den Hochtechnologiebereichen, die wir von hier aus bestritten haben, stärker nach außen zu gehen mit Produktion und Wissen. Auch mit Wissen, wir werden Wissen transferieren.

Und wir werden dann auf andere kulturelle und soziale gesellschaftliche Verhältnisse stoßen, die uns genau zu den Fragen bringen, die sich Herr Otto schon vor 20 Jahren im Fokus Umwelt gestellt hat. Wir werden uns überlegen müssen, wie gehen wir mit den Menschen in Indien um, wie gehen wir mit den Mitarbeitern in China um? Wie bezahlen wir sie? Welche Sicherheitsstandards haben wir? Welche Mitspracherechte gewähren wir ihnen? Sie werden lachen, aber selbst in Amerika haben wir festgestellt, dass nicht alles falsch ist, was wir hier machen mit der Ordnung in den Betrieben. Wir führen in unseren amerikanischen Betrieben Betriebsversammlungen nach unserem Muster durch und das hat sich als positiv erwiesen. Die Leute sind besser informiert und das ist positiv. Betriebsverfassungsgesetz ist nicht falsch, ich bin kein Feind der Ordnung, aber ich bin ein Feind der Beschränkung von Eigenverantwortung. Und da scheiden sich eben die Geister. Ich glaube, dass gerade in unseren Unternehmen, die mit unserem System der Berufsausbildung, der Facharbeiterausbildung, der Fachhochschule oder Hochschule, der universitären Ausbildung unserer Mitarbeiter so gut zurechtkommen, die wir uns so wohlfühlen in diesem System – das gebe ich uneingeschränkt zu –, wir müssen sehr darüber nachdenken, wie wir das in diesen Ländern, auf die wir in diesen kleineren Unternehmen nicht so sehr vorbereitet sind, machen.

Rupprecht Podszun:
Vielen Dank, Herr Leibinger. Den Reformbedarf werden wir sicherlich gleich noch ein bisschen vertiefen. Zuvor möchte ich Ihnen Karsten Gerloff vorstellen. Wir haben hier nur absolute Superstars auf dem Podium, das wissen Sie ja, in jeder Kategorie Weltmarktführer, aber Karsten Gerloff schlägt sie in einer Hinsicht alle. Herr Bendix und Herr Leibinger, nehmen Sie es nicht persönlich, aber in der Währung, die heutzutage zählt, ist Herr Gerloff unangefochten, nämlich in der Anzahl der Google-Einträge. Das weist vielleicht schon darauf hin, mit wem wir es zu tun haben. Mit jemandem, der eine ganz andere Art von wirtschaftlichem Umfeld hat als Herr Leibinger, es geht jetzt um Internet, um nicht so greifbare Produkte. Herr Gerloff ist Forscher, Aktivist und Blogger und er ist seit 2009 Präsident der Free Software Foundation Europe. Als solcher ist er Nachfolger von Georg Greve, der auch heute bei uns ist. Herr Gerloff hat Kulturwissenschaften in Lüneburg studiert – das zeigt auch schon, dass es hier nicht nur um Spezialprobleme von Informatikern geht. Er hat dann in Maastricht an der dortigen UNO-Universität gearbeitet. Wenn Sie den Begriff »antagonistische Kooperation« mögen, gebe ich Ihnen gleich einen neuen: »collaborative creativity«, das war sein Forschungsbereich dort, also »kollaborative Kreativität«. Dann ist er zur Free Software Foundation gekommen. Das ist ein Gebiet, das dem einen oder anderen vielleicht nicht ganz so bekannt ist, aber es hat wohl damit angefangen, dass ein Forscher am Massachusetts Institute of Technology in den USA sich über die Probleme seines Druckers geärgert hat. Jetzt mehr dazu von Karsten Gerloff, der für die Free Software Foundation Europe hier ist, die mit einer Theodor Heuss Medaille ausgezeichnet wird.

IMPULSREFERAT ZIVILGESELLSCHAFT

Karsten Gerloff | Präsident Free Software Foundation Europe e.V.

Vielen Dank, Herr Podszun, für die Einführung. Ich freue mich natürlich, heute für die Free Software Foundation Europe hier zu sein und diese Auszeichnung morgen entgegennehmen zu dürfen. Ich freue mich noch aus einem anderen Grund sehr über dieses Podium, und das hat mit Herrn Otto zu tun. Er ist in gewisser Weise schuld daran, dass ich heute tue, was ich tue. 2004 wollte ich das letzte Praktikum meines Studiums absolvieren und saß schon seit einer Woche an einer Bewerbung für diejenige Abteilung des Otto-Versands, die sich mit Umwelt- und Sozialstandards befasst und in der eine Freundin von mir tätig war, und ich habe diese Bewerbung einfach nicht fertig bekommen. Am Ende dieser leidigen, langen Woche hielt Georg Greve einen Vortrag über Freie Software an

unserer Universität und ich wusste, genau das war es, was ich eigentlich machen wollte. Insofern, Sie haben mich darin bestärkt, mich mit wirtschaftlichen und sozialen Fragen zu beschäftigen, und gelandet bin ich dann letztendlich bei der Free Software Foundation Europe.

Was sind wir eigentlich für eine Organisation? Wir sind ein Verein nach deutschem Recht, sind aber praktisch gesehen eine europäische Organisation, die vernetzt arbeitet mit Teams in – je nach aktuellem Stand – elf bis zwölf europäischen Ländern, dort jeweils mit Länderkoordinatoren. Das sind alles Freiwillige, wir haben zwei Hauptamtliche, zwei Teilzeitler und zwei kleine Büros in Berlin und Düsseldorf. Es gibt noch drei weitere Free Software Foundations: eine in Indien, eine in Lateinamerika und eine in den Vereinigten Staaten von Amerika, die die älteste ist, die 1985 von Richard Stallman gegründet wurde, weil er sich einige Jahre zuvor über seinen Drucker geärgert hatte. Damals war es noch üblich, dass man, wenn man einen Computer kaufte, die Software in der Form mitgeliefert bekam, in der man sie weiterentwickeln und anpassen konnte. Stallman schrieb an den Druckerhersteller, der Druckerhersteller sagte, nein, ich gebe Dir die Software nicht, worauf er beschloss, dass ein freies Betriebssystem her musste, eines, das jeder nicht nur verwenden können sollte, sondern auch verstehen und verbreiten. Das ist schon genau die Definition von freier Software. Funktional gesehen ist es einfach nur Software. Es sind Anweisungen, die einem Computer erklären, was er zu tun hat. Was Software zur freien Software macht, sind die Bedingungen, die der Entwickler, der Hersteller festlegt, die Lizenz. Sie verwenden wahrscheinlich das eine oder andere Betriebssystem, oft Microsoft Windows – wenn Sie dort Programme installieren, kommt ein kleines Fenster mit sehr viel Text in Juristendeutsch oder -englisch. Da ist dann unten rechts ein Knopf, darauf drückt man, dann ist das Fenster weg. Die oft dutzenden von Seiten mit Bedingungen, die Sie damit akzeptiert haben, gehen in der Regel weit über das hinaus, was einem deutschen Verbraucher rechtlich zugemutet werden darf. Bei freier Software ist das etwas einfacher. Freie Software ist jede Software, die man nicht nur für jeden Zweck verwenden darf, sei es kommerziell, nicht kommerziell, Militär, Polizei, alles kein Problem, sondern die man auch in ihrer Funktionsweise detailliert untersuchen darf. Dazu braucht man den Quelltext, die menschenlesbare Form eines Programms. Herr Leibinger, wenn Sie damals die erste numerisch gesteuerte Stanzmaschine entwickelt haben, wissen Sie sicher sehr viel besser als ich, was da in Frage steht. Sie waren nämlich in der Lage, ganz genau zu definieren, von Grund auf, wie es funktionieren sollte, was diese Maschine tun sollte. Genau das erlaubt freie Software noch heute. Es gibt sehr viele vorgefertigte Komponenten, die mit Erfolg eingesetzt werden, aber man kann sich jederzeit eine dieser Komponenten nehmen, sich den Quelltext besorgen, die Form, in der der Programmierer schreibt und in der der Mensch das Programm verstehen kann und gucken, was da eigentlich genau vor sich geht. Deswegen wird das auch manchmal »open source« genannt, »offener Quelltext«, aber wir verwenden den Begriff freie Software, weil uns die umgebenden Freiheiten, der soziale Aspekt, der politische Aspekt viel wichtiger sind.

Die Freiheit, die Software zu verbreiten, ist eine weitere. Ich darf meinen Freunden, meinen Nachbarn, meinen Bekannten helfen, ich habe einen Nutzen – Software ist ein Werkzeug. Und wenn es ein nützliches Werkzeug ist: Ich leihe meinem Nachbarn doch auch meinen Hammer, warum sollte ich dann nicht mein Programm weitergeben? Vor allem: Den Hammer kann ich nicht benutzen, während er ihn hat, das Programm kopiere ich einfach. Ich verliere nichts dabei. Das einzige, was mich daran hindern würde, das Programm zu kopieren, wären rechtliche Vorschriften, denen unterliege ich bei freier Software in dieser Hinsicht nicht.

Und dann gibt es die Freiheit, das Programm zu verbessern. Dadurch, dass ich hineinschauen kann, wie das Programm funktioniert, kann ich es auch verändern. Kein Problem, Sie können das selbst machen oder Sie können auch jemanden bezahlen, der das für Sie tut.

Wo ist denn freie Software? Rede ich hier über ein Spielzeug einer technologisch überfixierten Kleingruppe? Keineswegs! Die meisten von Ihnen werden Mobiltelefone in den Taschen haben. Viele davon funktionieren mit freier Software. Viele von

Ihnen werden einen Fernseher zu Hause haben; die Geräte neuerer Bauart haben freie Software eingebaut, auf dem Linux-Kernel. Genauso für die Router, die Sie mit Ihren DSL-Verbindungen, ihren Breitbandverbindungen, ihren Internetverbindungen an die Außenwelt anbinden. 60 – 70 % der Webseiten, die Sie anschauen, werden Ihnen von einem Server, einem Programm geliefert, das freie Software ist, dem Apache Webserver. Der Firefox-Browser ist dem einen oder anderen vielleicht ein Begriff. Freie Software ist einfach überall und Software generell ist überall. Warum machen wir eigentlich so ein Aufheben um freie Software? Software ist in unserem täglichen Leben überall, ich sagte es schon, in unseren Fernsehern, Routern, Autos, Aufzügen, in unseren Verkehrssystemen, in Stanzmaschinen oder bei der Lasertechnologie. All das wird von Software kontrolliert. Wir sind also tagtäglich tausende Male mit Software konfrontiert. Wer kontrolliert denn diese Software, wer versteht sie? Für den Einzelnen, auf dem Rechner zu Hause, ist es eine Frage der Selbstbestimmung, der kreativen Entfaltung. Was kann ich denn alles mit dem Rechner machen? Kann ich mit dem Programm nur das tun, was der Hersteller mir vorgibt, oder kann ich tun, was sich andere noch zusätzlich ausgedacht haben, oder kann ich es selbst weiterentwickeln, je nach meinen Fähigkeiten? Für Unternehmen ist es eine Frage der unternehmerischen Selbstbestimmung, der Unabhängigkeit, damit ihnen nicht morgen der Softwarelieferant sagt, ja, tut mir leid, wir haben gerade eine neue Version herausgebracht, wenn Sie dann bitte im nächsten halben Jahr migrieren würden auf die neue Version; das macht dann übrigens so und so viel, hier ist die Rechnung. Die Stadt München hat in dieser Hinsicht Erfahrung gesammelt, als sie 2002 oder 2003 gebeten wurde, auf eine neue Version eines Betriebssystems zu wechseln und gesagt hat, wir wollen aber gerade nicht und der Hersteller gesagt hat, wir bieten jetzt aber keine Unterstützung mehr, wir beseitigen keine Sicherheitslücken mehr, das müssen Sie sich dann überlegen. Daraufhin haben es sich die Münchner überlegt und benutzen heute freie Software für ihre Stadtverwaltung und sind damit sehr glücklich.

Als FSFE versuchen wir nicht nur die Interessen von Softwareentwicklern zu vertreten, sondern auch von Leuten, die Software nutzen. Und von Leuten, die freie Software nutzen können sollten, wie zum Beispiel Schüler und Studenten, aber auch Lehrende, die einfach die Möglichkeit haben sollten, zu verstehen, wie diese Computer – die sie täglich benutzen müssen, mit denen sie auch später ihre Arbeit versehen müssen,– funktionieren, sie wirklich zu begreifen, sie zum eigenen Vorteil einzusetzen und nicht nur die Werkzeuge zu benutzen, die man ihnen vorgibt. Ich denke, das wird langfristig auch ein ganz entscheidender Punkt sein für die Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland und Europa, dass wir im Hochtechnologiebereich Menschen ausbilden, die Computersysteme tatsächlich verstehen, nicht nur anwenden können, sondern verstehen, sie kreativ einsetzen können, Lösungen finden können, die außerhalb des vorgegebenen Rahmens liegen.

Aber heute soll es ja um Kapitalismus und Verantwortung gehen. Wir haben vorhin schon über das Thema Regeln, Regulierungen, Staat und Regulierung diskutiert. Ich habe kurz angebracht, dass unserer Ansicht nach freiwilliger Einsatz sehr schön ist; wenn er sehr weit führt: wunderbar. Aber wir kommen auch an den Punkt, wo Regeln einfach unvermeidlich werden, wenn wir sicherstellen wollen, dass das Gesamtergebnis für die Gesellschaft am Ende positiv ist. Allerdings dürfen Regeln nie dazu führen – das hat Herr Klett vorhin sehr schön gesagt,- dass man aufhört zu denken. Das darf nicht sein, Regeln muss man immer weiterentwickeln. Außerdem ist unsere Erfahrung als relativ kleine Nichtregierungsorganisation: Manchmal ist es besser, keine Regel als eine schlechte zu haben. Wir arbeiten sehr viel mit der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament zusammen und sind da unter anderen an Standardisierungsaktivitäten beteiligt, an der Diskussion, welche Sorte Software, welche Standards der öffentliche Sektor im IT-Bereich verwenden soll. Da landet man sehr schnell in einem Clinch mit Interessenvertretern einiger Großunternehmen. Mit anderen Großunternehmen verstehen wir uns sehr gut und bilden auch gerne temporäre Allianzen, wenn es der freien Software dient. Aber im Jahr 2006 oder 2007 gab es zum Beispiel eine sehr hitzige Diskussion, welches denn das Standardformat für Textdokumente werden sollte: die Office-Dokumente,

die man täglich bearbeitet, die natürlich auch im öffentlichen Sektor und in den Firmen weithin verwendet werden? Und dort sind wir mit einem Ausmaß an Intransparenz und – ich würde sogar sagen Korruption – in internationalen Standardisierungsorganisationen konfrontiert worden, bei dem uns immer wieder die Kinnlade heruntergeklappt ist. Georg Greve war unser Frontmann und könnte sicher noch die eine oder andere Geschichte aus dieser Zeit erzählen.

Eine breitere Herausforderung, der wir uns über das Enge, Technische hinaus stellen, ist die Frage, wie unsere Gesellschaft mit Wissen umgeht. Das ist auch die Frage, die mich zur Free Software Foundation Europe gebracht hat. Nehmen wir unser Wissen und bauen einen kleinen Zaun aus Urheberrechten und Patenten darum oder nehmen wir das Wissen und teilen es? In vielen Fällen sind Urheberrechte und Patente nützliche Anreize, aber in vielen Fällen, gerade im Bereich Software und dort vor allem im Patentwesen, sind sie schlicht übers Ziel hinausgeschossen. Wir haben uns deswegen 2004/2005 und auch weiterhin sehr stark dagegen engagiert, dass Software-Patente in Europa eingeführt werden. Wir sind damit im Verbund mit vielen anderen Organisationen letztlich auch erfolgreich gewesen und haben heute eine etwas zweideutige Situation, in der Patente vergeben, aber nicht durchgesetzt werden. Nun ist es aber so, dass für uns als Gruppe, die auch viele freie-Software-Unternehmer zu ihren Mitgliedern und Unterstützern zählt, es doch sehr klar ist, dass diese zweideutige Situation dazu führt, dass manche Unternehmer und Entwickler eben nicht alles entwickeln, was sie könnten, weil sie Angst haben, damit ein Patent zu verletzen. Wenn ein Unternehmen mit fünf, zehn, 30 Angestellten, das zufällig ein Patent einer großen Firma verletzt und dann zu enormen Strafzahlungen verurteilt wird, geht bei denen das Licht aus, ehe der Prozess angefangen hat. Deswegen engagieren wir uns in diesem Feld sehr stark, um die Wettbewerbsfähigkeit gerade von kleinen und mittleren Unternehmen zu erhalten.

Ein Punkt noch, was das öffentliche Beschaffungswesen angeht: Die Ausgaben des öffentlichen Sektors machen etwa 40 % des Bruttosozialprodukts aus. Der Anteil im Softwaremarkt ist ähnlich und insofern ist das öffentliche Beschaffungswesen, was Software angeht, von ganz zentraler Bedeutung, weil der öffentliche Sektor ein wichtiger Kunde ist. Wenn sich nun dort proprietäre, unfreie Software und unfreie Standards, also Standards, die man mit freier Software nicht durchsetzen kann festgesetzt haben, wie sie es über die Jahre getan haben, dann bedeutet das, dass die kleinen und mittleren Firmen mit freier Software schlicht nicht herankommen an diesen Kunden. Deswegen setzen wir uns für mehr Transparenz, für fairen Wettbewerb ein. Der deutsche IT-Planungsrat hat gerade beschlossen, dass Marktstandards in Deutschland zu gelten haben. Auf Nachfrage haben wir erfahren, dass Marktstandards die Standards sind, die am Markt existieren, was auf Grund der Marktmacht der Unternehmen, die unfreie Software verkaufen, bedeutet, dass sich die Situation für kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland durch diesen Beschluss nicht wirklich verbessert hat.

Insgesamt lässt sich sagen, an freier Software kann jeder mitentwickeln, schafft dadurch eine Grundlage von Programmen, von Werkzeugen, die andere mitbenutzen können und auf deren Grundlage sie wiederum ihre eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten entfalten können. Das heißt, wenn sich Unternehmen in der freien Software engagieren, tun sie das aus Eigeninteresse, weil sie damit gutes Geld verdienen können. Was sie dabei auch tun – ob wie es wollen oder nicht: Sie tragen zum Gemeinwohl bei und zwar nachhaltig, weil sie Werkzeuge schaffen, die für alle immer vorhanden sind. Vom Staat erhoffen wir uns eigentlich relativ wenig, nur, dass er die Regeln setzt, in denen sich freie-Software-Entwickler und -Unternehmer entwickeln können, in denen freie Software ihre positive Wirkung entfalten kann, dass er den Wettbewerb durchsetzt, über die Transparenz wacht und dass er im Bildungswesen dafür sorgt, dass gerade junge Menschen lernen, Computer nicht nur zu verwenden, sondern auch zu begreifen und zu verändern, die Technik zu ihrer eigenen machen. Dafür arbeiten wir in Deutschland, in vielen europäischen Ländern und auf der Ebene der Vereinten Nationen, wie zum Beispiel bei der World Intellectual Property Organization als Beobachter. Ich denke, wir haben nun genug Stoff zur Diskussion.

Rupprecht Podszun:
Vielen Dank, Herr Gerloff. Ich muss bei Ihnen beiden unter dem Signum »Reformbedarf der Marktwirtschaft« noch mal nachhaken. Ich habe über open source gelesen, Herr Gerloff: Open source ist der Keim neuer Wirtschaftsformen jenseits des Kapitalismus. Ist das zu weit gegriffen und kommt aus Ihrer Überlegung zu weit aus fast schon marxistischer Sicht? Sind Sie viel, viel pragmatischer als das?

Karsten Gerloff:
Ja, vielleicht ist pragmatisch das richtige Wort. Ich denke, dass freie Software sehr gut zur Marktwirtschaft passt, weil auch freie-Software-Projekte letztendlich miteinander in einem geradezu darwinistischen Wettbewerb stehen. Gute Programme setzen sich durch, schlechte Programme werden irgendwann liegengelassen und keiner interessiert sich mehr dafür, niemand steckt mehr Ressourcen, sei es nun Freizeit oder die Löhne für Entwickler, hinein, um sie weiterzuentwickeln. Was freie Software sicherlich tut, ist, neue Wege aufzuzeigen, wie wir mit Wissen umgehen können, uns ganz praktisch zu zeigen: Wenn wir Wissen teilen, wird es mehr. Aber ich bin nicht der Ansicht, dass freie Software gegen den Kapitalismus ist, da würde ich ganz entschieden widersprechen.

Rupprecht Podszun:
Das beruhigt den einen oder anderen im Saal hoffentlich. Herr Leibinger, Sie haben luzide eben die Krise analysiert, aber ich hatte den Eindruck, Sie haben uns noch nicht genau verraten, welchen Reformbedarf Sie sehen oder in welche Richtung Sie vielleicht sagen würden, daran müssen wir jetzt stärker arbeiten, damit wir bestimmte Dinge gerade hier in Deutschland auch verändern können. Können Sie uns dazu noch ein paar Stichworte liefern?

Berthold Leibinger:
Ich sehe die größte Aufgabe für uns darin zu erkennen, dass wir in einer Übergangssituation sind. Wir haben jetzt ganz konkret und gegenwärtig das Problem, für unsere Beschäftigten – ich spreche jetzt vom Maschinenbau, dem größten deutschen Industriebereich – nicht genügend Beschäftigung zu haben. Und wir sehen auf der anderen Seite, wenn man die demografische Entwicklung und den Platz Deutschlands im internationalen Wettbewerb sieht, die Notwendigkeit, mehr qualifizierte Menschen in Deutschland zu haben. Daraus gibt sich als Reformbedarf die Notwendigkeit, auf allen Ebenen der Ausbildung – das habe ich expressis verbis gesagt – Anstrengungen zu vermehren, besser und intensiver von der Schule, den Hochschulen her gesehen mit der Wirtschaft zusammenzuwirken. Die Aufgaben von Politik, die für das Schulwesen zuständig und verantwortlich ist, und der Wirtschaft verzahnen und verflechten sich. Das ist für mich die wichtigste Aufgabe, denn dieses Deutschland wird in zehn Jahren anders aussehen. Die Leute, die in zehn Jahren 20 und im Arbeitsprozess sind, die sind nämlich schon geboren, da werden keine nachgeboren.

Die zweite Seite ist, wie kümmern wir uns durch bessere Vorbereitung und Beschäftigung in unseren Firmen um die Notwendigkeit, in anderen Kulturbereichen tätig zu werden? Die Großen tun es längst, die Boschs, die BASF sind längst auf der ganzen Welt mit Produktionsstätten vertreten, aber die große mittelständische Industrie, das Rückgrat unserer Industrie, ist es noch nicht oder ist erst im Begriff, dieses zu tun, und dazu braucht man hier akzeptierte Standards. Und Standards, über die Herr Otto in einem etwas anderen Feld, mit einem anderen Fokus gesprochen hat, genau dieses müssen wir in der produzierenden Industrie entwickeln. Aber wir können uns nicht damit trösten, dass wir mit Marktmacht auftreten und etwas erzwingen können, sondern wir müssen unsere Leute hier und jetzt darauf vorbereiten. Das sind die zwei Kernthemen, die ich ansprechen wollte. Ich sehe noch viele andere, aber das genügt ja auch.

Ich möchte noch eine Frage an Herrn Gerloff anschließen, denn ich habe vieles, ehrlich gesagt, nicht verstanden. Das macht aber nichts, das können Sie ja erklären. Irgendjemand muss doch die freie Software erstellen und das kostet doch Geld, das haben Sie doch überhaupt nicht erwähnt. Ich hatte in meinem bisherigen Umgang mit Ihrer Branche nicht den Eindruck, dass ich es mit lauter Idealisten zu tun habe, die für nichts arbeiten, sondern in der Regel erhalten wir hohe Rechnungen mit Stundensätzen, über die wir schlichten Maschinenbauer uns manchmal wundern. Also was ist das wirtschaftliche Konzept Ihres Tuns – ich weiß gut, was offene Software ist, das weiß ich schon. Ein offenes System, das haben wir immer gewollt, aber wer schreibt die Programme?

DISKUSSION

Rupprecht Podszun:
Bevor Sie antworten möchte ich das Publikum einladen, sich einzuschalten, dann können wir ein bisschen konzentriert diskutieren.

Armin Knauer,
Präsident Südwesttextil e.V., Kuratorium der Theodor Heuss Stiftung:
Nachdem Sie, Herr Gerloff, gesprochen haben, fiel mir eine ganz andere Geschichte ein, und ich habe da noch eine kleine Sache in der Tasche und dachte, jetzt muss ich das eigentlich zitieren. Im Jahr 1964 habe ich Ähnliches gemacht wie Sie in der Pionierzeit der EDV, da wurden ja gerade die ersten kommerziellen Anlagen eingestellt. Ich hatte aber damals keine Chance, die Heuss Medaille zu kriegen, denn da ist die Stiftung erst gegründet worden. Das nur zur Ergänzung, ich komme also aus diesem Sektor und sage das vorab, weil es jetzt gleich sehr kritisch wird, was ich bemerke. Worin ich eine große Ursache der Finanzkrise und damit auch der Wirtschaftskrise sehe, ist die Verbreitung und Benutzung der neuen Medien. Leider ist das hier in der Diskussion und auch in der Presse oder der Politik bisher viel zu wenig erörtert worden. Wenn Sie mir gestatten, wir sind ja hier im Literaturhaus, darf ich kurz Werner Finck mit einem Vers zitieren: »Am seidnen Faden hing ein Schwert, sich auf mein Haupt zu laden. glaubt ihr, dass mich das Schwert gestört? Mich schreckte nur der Faden.« Das war seine Definition zum Damoklesschwert. Wieso erwähne ich das? Ich interpretiere es Ihnen. An dieser ganzen Finanzkrise wird mir zu wenig betrachtet, dass die so nicht hätte stattfinden können, wenn wir nicht die neuen Medien hätten mit diesem schnellen Informationstransport. Internet als Stichwort, aber das reicht nicht aus. Oder schon allein der Handel, dass die Computer mit sich selber handeln, deshalb ja diese ungeheure Volatilität in den Märkten und zwar nicht nur in den Devisen- oder Aktienmärkten, sondern selbst an der Leipziger Börse. Wir benötigen relativ viel Strom in unserer Branche – wenn Sie das mal betrachten, was sich hier seit Ostern getan hat. Wir haben hier Lotteriespiel. Ich bin in meiner Aufgabe als Arbeitgeberpräsident von Südwesttextil natürlich mit dem Wirtschaftsminister hier in Baden-Württemberg sehr häufig zusammen. Ich habe ihm vor einem Jahr anlässlich einer Besprechung mit den großen Energieerzeugern und den großen Energieverarbeitern gesagt: Die Politik hat teilweise aus der Wirtschaft eine Spielbank gemacht und all das wäre nicht möglich ohne die neuen Medien und ich hätte die Bitte – gerade auch an Sie –, einfach mehr darauf zu achten. Wie schaffen wir es, diese neuen Medien, diese schnellen Transportwege in den Griff zu bekommen? Denn sonst kann sich Herr Leibinger in seiner Branche oder ich mich in meiner noch so sehr anstellen, wir kriegen das nicht hin.

Bernhard Reiter,
stellvertretender Deutschlandkoordinator Free Software Foundation Europe e.V.:
Ich war acht Jahre lang Deutschlandkoordinator der Free Software Foundation und möchte noch ein paar Aspekte in die Diskussion hinein geben. Das Grundprinzip unserer Organisation hat Herr Gerloff schon erklärt. Vielleicht kann ich das noch ein bisschen anschaulicher machen, um auch Herrn Leibingers Nachfrage zu beantworten. Ohne Software geht bekanntlich gar nichts. Ich bin ehrenamtlich tätig, verdiene mein Geld seit zehn Jahren aber mit freier Software. Ich werde also damit beauftragt und dafür bezahlt, freie Software zu entwickeln, weil damit eine neue Art von Zusammenarbeit und auch eine neue Art des Wirtschaftens zustande kommt. Diese Zusammenarbeit ist marktwirtschaftlich, sie ist auch sozialmarktwirtschaftlich; in dieser Hinsicht ist sie sehr kapitalistisch, vielleicht sogar kapitalistischer als vorher, weil ein stärkerer Wettbewerb herrscht.

Freie Software ermöglicht es vielen kleinen Unternehmen, ein gesamtes Software-Haus zu bauen, ohne dass sie das alles in einem einzigen Unternehmen tun müssen. Das heißt, eine Gruppe von vielen kleinen Unternehmen kann eine Lösung anbieten – auch Ihnen, Herr Leibinger –, und wir haben dabei tatsächlich Wettbewerb. In Deutschland haben wir nicht so viele große Softwareunternehmen. Wir wollen also mit diesen mittelständischen, kleinen Softwareunternehmen neu wirtschaften, und für mich ist das ein Symbol für den Übergang. Sie repräsentieren mit dem Maschinenbau ja eher den alten Wirtschaftszweig, den industriellen Sektor – also den natürlich immer noch modern gebliebenen, aber industriel-

len Zweig, und in der Hinsicht natürlich klassisch, aber dieser Zweig ist im Rückgang, wir sind in Richtung Dienstleistungsgesellschaft unterwegs, in Richtung Wissen, in Richtung neuer Form von Kooperation. Jetzt gilt nicht nur: wer eine große Maschinenhalle hat, kann etwas Wichtiges für die Wirtschaft tun, sondern jemand kann mit seinem Laptop von einem beliebigen Ort aus ebenfalls nützliche Dinge entwickeln. Ich habe mal gelesen, am Anfang machten die alle mit Krawatte Software, danach konnte man in Jeans kommen und heute stellt man fest, es geht auch aus dem Wohnzimmer heraus und Jeans war noch nicht das untere Ende des Kleidungsstandardabbaus. Es gibt Kleinunternehmen, die in völlig neuer Art und Weise kooperieren, und freie Software ist ein Symbol dafür, dass man weniger Hürden schafft, und statt dessen versucht, ein Win-win-Geschäft aufzumachen, von dem die Anwender genauso wie die Entwickler profitieren, die Nutzer und die Gesellschaft.

Und dieses »und die Gesellschaft« ist das, was wir als FSFE ganz besonders unterstreichen. Darum sind wir auch gemeinnützig, und deshalb werden wir sicher auch von der Theodor Heuss Stiftung mit einer Medaille ausgezeichnet, weil wir die Leute anregen wollen, kritisch darüber nachzudenken, wie Softwareregeln die neuen Medien kontrollieren. Sie kennen das von Sprache: Wofür Sie kein Wort haben, das können Sie nicht sagen. Und so ist es mit Software auch. Wofür Sie kein Programm haben, das können Sie so nicht machen. Das gilt für das automatische Handeln an der Börse genauso wie für das Herumschicken von Neuigkeiten. Wir müssen die Software verstehen, aber damit haben wir ein großes Problem in unserer Gesellschaft. Die Journalisten sind alle trainiert, zu verstehen, wenn es politische Korruption gibt, aber sie verstehen das Funktionieren der neuen Medien noch nicht vollständig. Sobald die Software-Frage auftaucht, das hat man auch an den Reaktionen hier im Saal gemerkt, werden alle ein bisschen müde und stellen fest, oh Gott, Softwareentwickler, was geht mich das an. Unsere Gesellschaft, was wir alle die nächsten zehn, 20 Jahre tun werden, welchen Gefahren wir ausgesetzt sind - das hat mit den Regeln, die für Software herrschen, zu tun. Sie merken es: Das ist ein emotionales Thema für mich, vielen Dank für die Medaille.

Katja Schütze,
Bosch Rexroth AG:
Ich bin ehemalige Stipendiatin der Stiftung und jetzt auch in dem »alten« Wirtschaftszweig Maschinenbau tätig, bei Bosch Rexroth. Eine Bemerkung zu meinem Vorredner: Lasertechnik ist nicht das beste Beispiel für alte Technologie, da hätten Sie sich schon eher meinen Arbeitgeber heraussuchen müssen. Aber wenn Sie Ihr Brot backen wollen, dann brauchen Sie auch einen Ofen und nicht nur netten Service bei der Bäckerei.

Eine andere Sache, worüber ich sprechen wollte, ist der vergleichsweise geringe Jobabbau im Zuge der Finanzkrise. Ich sehe das in meiner Firma, dass speziell der demografische Wandel oder die Probleme damit eigentlich schon durch die Krise in den 90er Jahren hervorgerufen wurden und sich dadurch viele Firmen jetzt mit Entlassungen zurückhalten. Ich habe kaum Kollegen, die studiert haben und zwischen 35 und Anfang 40 sind. Die fehlen; da fehlt eine ganze Generation. Ich habe viele Kollegen, die sind 50 Jahre und älter, die bleiben ja weiterhin im Unternehmen, und ich habe viele Kollegen, die sind bis Anfang 30 und dann gibt es da schon ein großes demografisches Problem. Deshalb hat sich unsere Firma sehr stark zurückgehalten mit Entlassungen. Wie man dem vielleicht in Zukunft entgegenwirken kann: Indem man Menschen auch noch über 40 einstellt, auch Leute mit 50 einstellt. Da geben Firmen in Dänemark oder auch in Frankreich Beispiele, dass es besser funktionieren kann, auch arbeitsrechtlich, dass auch ältere Menschen noch in Brot und Lohn kommen. Das ist das Problem besonders für hochqualifizierte Leute: Wenn sie einmal außen vor sind, wo kommen sie dann wieder hinein, wenn sie keine Kontakte haben? Oder der Karriereweg nicht immer nur nach oben ging, sondern sie mit einer Stelle, die sie hatten, zehn Jahre zufrieden waren, das ist auch ein Problem.

Richtig ist, dass man schon bei den Kindern anfangen muss, sie begleiten bei der beruflichen Entwicklung, damit man später nicht auf 30 – 50% eines Jahrgangs verzichtet, wie das längere Zeit in Deutschland der Fall war. In meinem Bereich gibt es nur wenige Frauen, das ist mitunter schade, aber in vielen anderen Branchen gehen Frauen irgendwann aus dem Job und kommen nicht wieder.

Warum? Da könnte man das demografische Problem eben auch anpacken. In Frankreich und in skandinavischen Ländern, die wirtschaftlich auch sehr stark sind, funktioniert das ja in einem gewissen Rahmen viel besser als bei uns. Hier ist zwar viel im Werden und wird auch verbessert, aber man muss die Probleme auch von wirtschaftlicher Seite aktiv angehen. Wir sollten deshalb nicht nur von staatlichen Aufgaben reden, sondern die Wirtschaft stärker fordern.

Helmut Haussmann:
Noch mal zum Thema Globalisierung und Marktwirtschaft, insbesondere in Asien. Ich sehe in Drittländern zwei Modelle: das indische Modell und das chinesische Modell. Chinesisches Modell heißt dabei: weniger Demokratie, sehr autokratisch, weniger Zivilgesellschaft, hohe Wachstumsraten. Umgekehrt bedeutet das indische Modell: demokratisch, sehr bürokratisch, sehr langsam. Die Frage der Weiterentwicklung der Marktwirtschaft liegt ja nicht nur im Finanzbereich, sondern eben auch im Bereich des Wettbewerbs, der Innovation, der Ausbildung. Nur wenn die Marktwirtschaft mehr Wachstum, Arbeitsplätze, Wohlstand generiert, wird sie sich global durchsetzen. Und ich bitte, die Gefahr des chinesischen, autokratischen Modells nicht zu unterschätzen.

Carola von Braun,
Kuratorium der Theodor Heuss Stiftung:
Ich bin die ältere Generation, die sich nur als Nutzerin von Software versteht. Ich habe immer noch nicht verstanden, wer Sie bezahlt, Herr Gerloff.

Berthold Leibinger:
Ich auch nicht.

Rupprecht Podszun:
Herr Gerloff, Sie müssen das gleich noch mal erklären. Frau Schwan, möchten Sie?

Gesine Schwan:
Ich wollte gern auf zwei Punkte zurückkommen. Das eine, was die Legitimität dieses Prinzips angeht, den Druck, der von der organisierten Zivilgesellschaft auf die Parlamente ausgeht und damit, so der Vorwurf, delegitimieren sie im Grunde das Parlament und maßen sich etwas an – hinterher sind sie alle weg, hat Herr Leibinger gesagt, sie machen sich also aus dem Staub; so habe ich Sie verstanden. Ich wollte dazu sagen: In unserem demokratischen System versucht die Gesellschaft, die nicht in den Parlamenten organisiert ist, auf alle mögliche Weise auf das Parlament Druck auszuüben. Das ist auch legitim, das nennt man Lobby. Die Lobby gibt es nicht nur im Parlament, die gibt es auch in der Ministerialbürokratie, das ist auch legitim. Der große Unterschied liegt, glaube ich, dort, wo Lobby öffentlich ist und wo sie nicht öffentlich ist. Denn dort, wo Lobby öffentlich und transparent und einsehbar ist, ist sie nicht immer der Sache nach gut, aber sie ist wenigstens erkennbar, man kann Gegenlobby machen, man kann sie kontrollieren. Gegenwärtig ist der viel größere Teil der Lobby nicht öffentlich – wenn Sie sehen, dass die drei Rating-Agenturen, seitdem Obama an der Regierung ist, etwa 100 Mio. für ihre Lobby-Arbeit in Washington ausgegeben haben, das ist auch Druck aufs Parlament. Deswegen muss man das systematisch anschauen, und ich finde immer das, was öffentlich ist, ist weniger gefährlich als das nicht Öffentliche.

Ein Wort zur Demografie und zu den Fachkräften und zu dem, was auf die Marktwirtschaft zukommt. Das ist zwar ein Riesen-Thema, aber ich glaube, man muss es wenigstens erwähnen. Nicht nur in unseren Breitengraden, überall wird man das private mit dem Arbeitsleben anders und besser vereinbaren müssen. Das Arbeitsleben in der Marktwirtschaft steht unter enormem Geschwindigkeitsdruck, unter enormem Intensivierungsdruck, nicht zuletzt wegen dieser berühmten globalen Wettbewerbssituation. Das war noch machbar, solange wir in den Familien die alte Rollenverteilung zwischen Mann und Frau hatten. Die hat aber keine Zukunft. Und deswegen ist eine Herausforderung der Marktwirtschaft das Ziel einer Art Entschleunigung, damit überhaupt persönliche Beziehungen, aber eben auch familiäre Beziehungen wieder möglich sind. Und nur in dem Kontext kann man dann sinnvoll demografische Fragen diskutieren und beantworten. Sie haben es angesprochen, Frau Schütze: Frauen und Fachkräfte und Familien und Kinderunterbringung...

Katja Schütze:
Für Männer ist das auch wichtig!

Gesine Schwan:
Ja, deswegen will ich es jetzt sagen! Das ist keine Frauenfrage, das ist eine Männer- und Frauenfrage, eine Menschenfrage, vielleicht sogar in der nächsten Zeit für die Männer die schwierigere Frage, weil die doppelte

Rollenerwartung an sie, schnell Karriere zu machen und sich zugleich um die Kinder zu kümmern, fast noch größer ist als an Frauen.

Armin Knauer:
Ich möchte noch kurz auf Herrn Leibinger eingehen. Wir kennen uns seit vielen Jahren, er war Präsident der hiesigen Industrie- und Handelskammer. Deshalb möchte ich auf eine Frage hinweisen: Wie kann man in Zukunft noch besser werden in der Wirtschaft, wie können wir Krisen vermeiden? Herr Leibinger hat die Bildung angesprochen. Was Herrn Leibinger und seine Firma ungeheuer auszeichnet und was den Erfolg sicher auch ermöglicht hat, ist die Nähe zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Herr Späth, der zu der Zeit Ministerpräsident war, hat mit dem damaligen Rektor Franz Effenberger an der Stuttgarter Universität den Lehrstuhl »Lasertechnik« eingeführt. Herr Leibinger hat es hervorragend verstanden, hier die Wissenschaft mit seinem Unternehmen zu verbinden, und ich meine, dort liegt die Herausforderung für uns in der Zukunft. Und das ist mir heute noch nicht genügend ausgebaut, zwischen den Wissenschaften, zwischen den Universitäten und der praktischen Seite. Die große Herausforderung ist: Was können die Wissenschaften im Verbund mit der Wirtschaft besser machen, damit der Informationstransport noch intensiviert wird?

Rupprecht Podszun:
Vielen Dank. Wir kommen leider schon zur Schlussrunde, aber ich kann Sie alle trösten: Morgen geht es ja weiter, da kriegen Sie noch mal sehr viel Input und können alle Fragen, die heute noch offen bleiben, bei einem Glas Sekt nach der Preisverleihung ausdiskutieren.

Ich möchte Herrn Bendix und Herrn Otto noch einmal das Wort geben und dann haben unsere beiden Diskutanten des zweiten Teils noch mal einige Minuten, damit Herr Dorfs dann das richtige Futter für seinen Abschluss hat. Herr Bendix.

Paul Bendix:
Herr Leibinger, ich wollte nur noch schnell über das Stöckchen hüpfen, das Sie mir hingehalten haben. Vielleicht als Vorbemerkung: Ich und die Zivilgesellschaft haben höchste Anerkennung für individuelle Leistung und für individuelles Agieren, das würden wir nie in Frage stellen. Die Frage ist immer: Wenn das nicht ausreicht oder wenn das in die Irre führt, was ist der nächste Schritt?

Aber jetzt zu meiner Bemerkung. Ich mag mich völlig irren, aber wenn Sie sagen, die rot-grüne Koalition hat unter dem Druck der Zivilgesellschaft die Kurzarbeit verlängert, hat denn nicht gerade Schwarz-Gelb sie noch mal verlängert? Oder habe ich das falsch verstanden?

Gesine Schwan:
Schwarz-Gelb hat verlängert, was die Große Koalition dank Arbeitsminister Scholz eingeführt hat.

Paul Bendix:
Unter unserem Druck doch wohl kaum! Sie haben Rot-Grün gesagt, aber dann lassen wir das Stöckchen einfach ruhen.

Berthold Leibinger:
Also die politische Richtung ist ganz uninteressant, das ist eine systematische Frage, das muss ich schon sagen. Ich bin eher relativ allein im Unternehmerlager mit dieser Meinung, weil der größte Teil der Kosten in der Tat durch das Gemeinwesen getragen wird. Ich bin der Meinung, dass man nach zwei Jahren Kurzarbeit als Unternehmer die Strukturveränderung geschafft haben muss, entweder mit neuen Produkten oder mit einem anderen Zugang zu anderen, zu neuen Märkten oder mit einer internen Veränderung, was auch Personalverminderung heißen kann. Aber das zu perpetuieren halte ich für gefährlich, weil nach zweieinhalb Jahren dann die Kraft in den Unternehmen fehlt, auch die finanzielle, es noch durchzusetzen. Das ist die systematische Frage. Einlullen durch Kurzarbeit, die Flucht aus der Realität, das ist mein Thema, das ist immer bequem.

Michael Otto:
Ich habe eine Frage und eine Anmerkung. Eine Frage an Herrn Gerloff: Mir ist in der Tat auch nicht ganz klar geworden, ob die freie Software frei ist oder man dafür zahlen muss. Und das zweite: Wie finanzieren Sie Ihre Organisation?

Die Anmerkung habe ich zur demografischen Entwicklung. Ich bin immer erstaunt, wenn ein großer Aufschrei kommt: Rente mit 67! Wenn wir uns die Altersstrukturen, die Entwicklung ansehen: Wer soll das denn eigentlich hinterher zahlen? Es sind einfach immer weniger, die eine immer größere Anzahl von Rentnern finanzieren müssen. Auf der anderen Seite kann man sagen, die Menschen werden immer älter, Gott sei Dank auch gesund älter, sind also durchaus auch leistungsfä-

hig, und warum sollen sie dann nicht auch über das 65. Lebensjahr hinaus weiterarbeiten? Ich meine, das ist durchaus vernünftig, außerdem tritt die Regelung ja erst im Jahre 2020 in Kraft. Für mich ist eigentlich die entscheidende Frage: Haben wir die richtigen Arbeitsplätze? Und da, meine ich, ist die Wirtschaft aufgefordert zu überlegen, welche Arbeitsplätze für ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geeignet sind, denn das sind Arbeitsplätze, für die man Erfahrung benötigt. Und die Arbeitsplätze, bei denen wir Wechsel, Changement brauchen, da müssen wir Jüngere einsetzen. Wir sind gerade bei mir im Unternehmen dabei, zu definieren, was sind Arbeitsplätze, die wir für ältere Mitarbeiter reservieren müssen, weil die dort einfach eine exzellente Leistung bringen können. Da werden bestimmte Anforderungen gestellt, die können ältere Mitarbeiter sogar besser als jüngere erfüllen, und andere Arbeitsplätze sind für Jüngere eher geeignet. Das ist für mich eigentlich die Schlüsselfrage und nicht die Frage, ob mit 65 oder mit 67 – da bin ich der Meinung, wir werden dahin kommen müssen, dass wir mit 67 pensionieren, wenn nicht sogar später.

Rupprecht Podszun:
Vielen Dank. Herr Gerloff und Herr Leibinger, Sie haben die Gelegenheit zum Schlusswort. Wir fangen mit Ihnen an, Herr Gerloff.

Karsten Gerloff:
Die Frage kam immer wieder auf: Wer bezahlt eigentlich für freie Software? Freie Software ist frei wie in »Freiheit«. Wir sagen dann oft noch: nicht frei wie in »Freibier«. Es geht bei freier Software tatsächlich um die vier Freiheiten, die ich genannt habe: sie zu verwenden, sie zu verstehen, sie zu verbreiten und sie zu verbessern. Wer zahlt dafür? Die gleichen Leute, die auch für unfreie Software bezahlen.

Berthold Leibinger:
Das habe ich vermutet.

Karsten Gerloff:
Während meiner Zeit an der Universität der Vereinten Nationen – damals habe ich an einer Studie mitgearbeitet für die Europäische Kommission –, haben wir uns genau mit dieser Frage befasst. Laut einer Erhebung von 2006 wurden 93% der Programmierer in der EU für ihre Zeit bezahlt, nicht für Softwarelizenzen. Man mag denken, dass Software das ist, was man auf einer DVD in kleinen Kisten im Mediamarkt kauft. Aber viel wichtiger im Softwaremarkt sind solche Unternehmen wie Banken oder Versicherungen, die große Mengen an Software brauchen. Herr Knauer hat das angesprochen: Der ganze Börsenhandel hängt extrem von leistungsfähigen IT-Systemen ab. Der öffentliche Sektor benutzt enorme Mengen Software. Die bezahlen alle dafür, das ihnen jemand die Software erstellt, anpasst, wartet, ihnen die Bausteine zusammenfügt und eine funktionierende Lösung bringt. Diese Menschen bezahlen für freie Software. Unternehmer wie Herr Reiter, der vorhin ergänzt hat, was ich nicht unterbringen konnte, bringen diese Dienstleistung. Was er mit seinem Unternehmen macht, ist, dass er die Blöcke, die schon vorhanden sind – Programmbestandteile, Programmbibliotheken – nimmt, sie zusammenfügt und dafür sorgt, dass sie zusammen funktionieren und eine sinnvolle Gesamtlösung ergeben, die genau an die Kundenbedürfnisse angepasst sind. Damit ist er nicht der einzige, es gibt ganz viele solcher kleinen und mittleren Unternehmen. Weil freie Software so dezentral ist, haben wir ständig das Problem, dass wir keine zuverlässigen Zahlen bringen können. Aber – und jetzt kommen wir dazu, wie sich unsere Organisation finanziert – wir sehen, dass es viele Unternehmer in Europa gibt, die mit freier Software ihr Geld verdienen, von freier Software profitieren und deshalb auch bereit sind, uns durch Spenden zu unterstützen. Wir leben komplett von Spenden und von Beiträgen für unseren Unterstützerclub, das sogenannte Fellowship, auch eine Form von Spende. Ab und zu machen wir Projektarbeit, aber die Organisation ist im Wesentlichen durch Spenden finanziert. Unsere Budgets stehen auf der Webseite, ich lade Sie ein, dort einmal nachzuschauen. Es sind keine besonders großen Zahlen, aber es reicht gerade so.

Herr Knauer, Sie fragten vorhin, wie wir die neuen Medien eigentlich in den Griff kriegen. Meine Antwort darauf – sehr kurz, ohne schnippisch sein zu wollen – würde sein: gar nicht. Wir müssen lernen, sie besser für unsere Zwecke zu nutzen. Herr Podszun hat es vorhin erwähnt, ich habe Kulturwissenschaften studiert, dort habe ich unter anderem im kommunikationswissenschaftlichen Bereich die lebhafte Debatte nachverfolgt, die sich in den 70er Jahren

um das Fernsehen abgespielt hat, dass ja das Volk verdummt, generell in die Abhängigkeit führt und im Prinzip das Ende des Abendlands bedeutet. Ähnliche Stimmen kamen übrigens auch auf, als im 18. Jahrhundert Romane in Mode kamen, und ähnliche Stimmen kamen natürlich auch auf, als das Internet sich immer weiter verbreitete. Ich selbst hatte neulich einen kurzen Moment, wo ich gemerkt habe, ich werde älter. Mein 20jähriger Praktikant sagte mir, er habe keine Musik auf seinem Computer. Sehr ungewöhnlich, weil ich eigentlich dachte, dass Menschen in seinem Alter mehrere Gigabyte davon auf ihrer Festplatte herumtragen. Er sagte mir, er hat zu Hause seinen eigenen Server aufgesetzt, von dem er das Ganze ständig abruft, weil er ja immer online ist. Das ist eine Welt, in der ich schon nicht mehr lebe, aber in der die Leute, die nur zehn Jahre jünger sind, sich sehr zu Hause fühlen. Der demografische Wandel schnappt also auch nach unseren Hacken. Vorhin gab es noch einen Kommentar zur Verbindung zwischen Universität und Praxis. Genau hier – freie Software war im universitären Umfeld schon verbreitet, bevor sie in der Wirtschaft große Verbreitung fand, weil sie einfach der akademischen Methode entspricht, öfter mal etwas zu veröffentlichen, es durch Peers, durch Gleichgestellte korrigieren und kritisieren zu lassen, aus der Kritik zu lernen und es das nächste Mal besser zu machen. Andere können auf der gleichen Basis weiterentwickeln. Deswegen fühlt sich freie Software im universitären Umfeld sehr wohl und wird dort auch gerne genutzt, und ich bin allemal dafür, die Verbindung zwischen den Unternehmen, die sich mit freier Software befassen und den Universitäten weiter auszubauen.

Berthold Leibinger:
Ich gehe noch auf die drei Wortbeiträge ein, fasse zwei zusammen. Frau Schwan, ich bin in der Tat der Überzeugung und der Meinung, dass wir die Arbeitsverteilung in der Marktwirtschaft anders organisieren müssen. Ich habe zwei Töchter, die haben zusammen sechs Kinder – da sind wir auch altmodisch, wie Sie sehen –, und meine Töchter müssen zu viel arbeiten, während die älteren Menschen in Deutschland eher zu wenig arbeiten müssen. Ein deutscher Mann, der 60 Jahre alt ist, hat noch eine Lebenserwartung von 20,2 Jahren und eine deutsche Frau – zum Vergleich – noch 25 Jahre. Wenn ich mir vorstelle, dass ich mit 60 zu 20 Jahren Mallorca verurteilt worden wäre, wäre das für mich entsetzlich. Entsetzlich! Und deshalb glaube ich in der Tat, wir müssen altersgerechte Arbeitszeiten und Arbeitsverteilungen schaffen. Zum Beispiel: Im Unternehmen wollen wir für die Leute über 60 oder über 65 andere Arbeitszeiten vorgeben, die altersgerechter sind, wir wollen auch eine Ruhephase nach dem Mittagessen ermöglichen, einen Ruheraum. Das sind alles ganz praktische Dinge, die man machen kann und die wir machen müssen.

Elke Wollenschläger,
Kuratorium der Theodor Heuss Stiftung:
Und Familienzeiten?

Berthold Leibinger:
Das gehört alles dazu, die Frage der Kinderkrippen und der Zugänglichkeit zu den Kinderkrippen. Das ist ein ganzer Komplex, mit dem wir uns aber sehr intensiv beschäftigen.

Die Verbindung mit der Wissenschaft, Herr Knauer, das ist tatsächlich unser Erfolgsrezept. Ich fühle mich eigentlich immer noch in einer relativ interessanten und herausfordernden Realwirtschaft tätig, Maschinen bauend und Laser machend. Wir leben ja alle in einer dinglichen Welt: Wir sitzen auf Stühlen, wir trinken aus Gläsern, wir fahren mit irgendeinem Gefährt nach Hause und das ist alles in einer alten Technik entstanden und das brauchen wir alle. Ihre Software-Welt in Ehren, aber Sie sind Dienstleister und wir können uns Ihre Dienste Gott sei Dank leisten.

Rupprecht Podszun:
Vielen Dank, Herr Leibinger. Ich gebe jetzt das Wort an Joachim Dorfs, der das, was Sie heute gehört haben, für uns zusammenfasst – auch mit Blick darauf, dass wir uns im Herbst wieder treffen wollen, um ein einzelnes Thema zu vertiefen.

Herr Dorfs ist Chefredakteur der besten Regionalzeitung Europas, der Stuttgarter Zeitung und war zuvor für das Handelsblatt unter anderem in Washington, Paris und Düsseldorf tätig. Er ist gelernter Volkswirtschaftler, es kann also nichts mehr schief gehen. Herr Dorfs, bitteschön!

ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK AUF DIE HERBSTTAGUNG 2010

Joachim Dorfs | Chefredakteur Stuttgarter Zeitung

Vielen herzlichen Dank. Meine Damen, meine Herren, ich bin Volkswirt, nicht Politologe, insofern war mir die Input- und die Output-Kompetenz, die Frau Schwan gerade angesprochen hat, nicht so bekannt. Ich kann Ihnen sagen, dass Sie alle eine hohe Input-Kompetenz haben. Und ich hoffe, dass ich jetzt auch eine hohe Output-Kompetenz entwickle.

Ich fange bei Frau Schwans Thema soziale Marktwirtschaft an. Die soziale Marktwirtschaft hat sich gewandelt. Leider ist das Verständnis, das wir von der sozialen Marktwirtschaft haben, aber nicht nachgekommen. Das ist ziemlich bedauerlich, weil Frau Merkel ja vor einiger Zeit gesagt hat, dass die soziale Marktwirtschaft eigentlich ein deutscher Exportartikel sein soll. Das ist also das, woran wir auch international arbeiten sollen: soziale Marktwirtschaft. Es geht, glaube ich, darum, tatsächlich ein gemeinsames Verständnis von sozialer Marktwirtschaft und dem, was soziale Marktwirtschaft heute bedeutet, zu entwickeln. Der Kontext, in dem das Ganze stattfindet, ist hier ziemlich lange erörtert worden. Ich gebe ein paar Punkte davon wieder: Zum einen reden wir über einen Bedeutungsverlust von Nationalstaaten. Ich fand in dem Zusammenhang sehr interessant, was Herr Bendix sagte, dass nämlich von den 100 größten Entitäten weltweit inzwischen 50 Unternehmen sind. Das charakterisiert das sehr gut. Wir haben lange über das Verhältnis von Markt und Staat geredet. Ich glaube, das werden wir alle nicht mehr vergessen, die antagonistische Kooperation. Das kann man auch in anderem Zusammenhang mit Checks und Balances beschreiben, darauf komme ich gleich noch einmal zurück. Es gab eine Kontroverse zwischen Herrn Bendix und Herrn Otto zum Thema freiwillige versus staatliche Regeln. Das ist relativ logisch, dass es diese Auseinandersetzung gibt. Was in diesem Zusammenhang nicht zur Sprache gekommen ist, ist, dass sich diese Frage oftmals gar nicht so stellt, weil Staaten in bestimmten Fragen einfach machtlos ge-

worden sind. Also Stichwort Kopenhagen, Klimagipfel. Stichwort Finanzkrise. Da geht es gar nicht darum, ob die Staaten Regeln setzen oder ob es freiwillige Vereinbarungen geben muss, sondern ich glaube, die Unternehmen wären häufig sehr dankbar, wenn es überhaupt jemanden gäbe, der Regeln setzt.

Ein weiterer Punkt dabei ist die technische Entwicklung, die sich seit den Zeiten von Müller-Armack und Ludwig Erhard natürlich extrem verändert hat. Da geht es um solche Fragen wie Herr Gerloff sie angesprochen hat. Stichwort Softwareentwicklung, geistiges Eigentum: Was bedeutet uns das heute eigentlich? Das sind aber auch Fragen wie: Wie kriegen wir die modernen Kommunikationsmittel, wie kriegen wir die moderne Technik in den Griff? Wir werden natürlich lernen müssen, damit zu leben. Aber wenn man sich überlegt, was beispielsweise gestern Abend in New York passiert ist, dass durch einen offensichtlich technischen Fehler der Dow Jones mal eben zwischenzeitlich um 900 Punkte abgeschmiert ist, was wirklich eine weltweite Rezession auslösen kann. Das war offensichtlich ein technischer Fehler, wahrscheinlich war es eine falsche Order, bei der jemand statt »million« »billion« eingegeben hat. Durch den Grad der Vernetzung, den wir heute erreicht haben, eben anders als zu Zeiten Müller-Armacks, haben sich Dinge entwickelt, die in irgendeiner Form wenn nicht reguliert, dann zumindest einmal diskutiert werden müssen. Was ich extrem interessant fand, war die Frage von Herrn Leibinger an Herrn Otto, woher er seine Wahrheit eigentlich hat und wie lange sie dann anhält. Ich glaube, dass jeder bestimmte Überzeugungen hat und letztlich auch dazu aufgerufen ist, für diese Überzeugungen einzutreten und dass wir am Ende dann tatsächlich in diesem Prozess der antagonistischen Kooperation oder bei den Checks and Balances landen. Dinge, die nur ein Einzelner durchsetzen möchte, werden sich dann eben nicht durchsetzen. Zur Frage: Welche Spieler müssen eigentlich über die Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft diskutieren? Ich habe eingangs schon gesagt, dass Nationalstaaten an Bedeutung verloren haben. Das ist hier angesprochen worden. Es ist ja sogar so, dass es nicht nur diesen Bedeutungsverlust der Nationalstaaten gibt, sondern dass sich auch die Welt insoweit komplett verändert hat, als dass die G7, die ja früher ein ganz bedeutendes Gremium waren, inzwischen zumindest durch die G20 abgelöst wurden. Es geht nicht mehr darum, dass wir nur die Nationalstaaten stärker hereinbringen müssen, sondern es geht auch um die Zahl der Nationalstaaten, denn die Zahl der Interessen hat sich ganz dramatisch erhöht.

Es hat mich überrascht, wie kontrovers das Thema Legitimation der Zivilgesellschaft, der NGOs hier in dieser Runde diskutiert wurde, gerade weil Staaten an bestimmten Punkten nicht mehr weiterkommen. Stichworte: Welthandel, globale Regeln, Kofi Annan: Code of Conduct. Das sind ja eben nur bestimmte Unternehmen, die sich da eingeschaltet haben. Deshalb glaube ich, dass durch die Globalisierung ein Vakuum entstanden ist, in das die NGOs stark eingestiegen sind. Insofern ist deren Bedeutung auf jeden Fall da. Interessant fand ich zwei Klarstellungen zu dem Thema von Frau Schwan. Zum einen die Frage der Lobby. Letztlich ist es also legitim, auf die Arbeit der Parlamente in jeglicher Beziehung Einfluss zu nehmen, sei es durch eine bestimmte Lobbyarbeit, sei es durch eine offene oder nicht ganz so offene Lobbyarbeit. Wichtig fand ich auch die Klarstellung, dass Legitimität von gewählten Parlamenten eben auch durch NGOs nicht in Frage gestellt werden darf. Darauf komme ich am Schluss noch mal zurück.

Mein letzter Punkt in der Zusammenfassung ist die Frage des Unternehmertums. Ich habe ein bisschen die Stirn gerunzelt, als Herr Podszun zur Einleitung sagte, dass Herr Otto den Preis ja nicht für seinen unternehmerischen Erfolg erhalten hat, sondern für sein ehrenamtliches Engagement. Ich bin nicht sicher, ob ich es richtig verstanden habe. Wenn ich es richtig verstanden habe, würde ich es für bedenklich halten und zwar insofern, weil ich mich frage: Komme ich als Unternehmer meiner sozialen Verantwortung nicht nach, indem ich mich einfach wie ein ehrbarer Kaufmann verhalte, die Interessen des Stakeholder respektiere; indem ich Gewinne und gute und sichere Arbeitsplätze schaffe? Oder muss ich dazu extra ein CSR-Programm auflegen? Möglicherweise bedingt das eine das andere ja auch? Möglicherweise muss ich so über den Tellerrand gucken, wie das Herr Leibinger oder Herr Otto tun, um dann auch ein solches Unternehmerverständnis zu entwickeln. Das mag sein, dass es so ist, aber ich glaube, wenn die Ursprungsthe-

se war, wir zeichnen das ehrenamtliche Engagement aus, aber nicht den Unternehmer Otto oder nicht den Unternehmer Leibinger, dann hielte ich das für problematisch. Die Kunst ist doch eher, diese Win-win-Situation zu schaffen, von der Sie, Herr Otto, gesprochen haben.

Ich habe zwei bis drei Vorschläge für Themen, mit denen sich die Stiftung im Herbst beschäftigen könnte. Das eine wäre »Ordnungsrahmen der sozialen Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert«. Darunter kann man letztlich verschiedene Themen fassen, wie zum Beispiel: Wie setzt man überhaupt Regeln? Wer setzt die Regeln? Was ist eigentlich sozial? Letzteres ist mittlerweile eine absolute Leerformel geworden; soziale Gerechtigkeit, darunter versteht jeder etwas anderes. Die Frage: Wann und wie überprüft man die Regeln und wie überprüft man sie im Zeitablauf? – das war ein Aspekt von Herrn Leibinger, den ich sehr interessant fand. Und letztlich die Frage der neuen technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, die Frage der Demografie: Welche Rolle spielen diese Aspekte im System der sozialen Marktwirtschaft?

Der zweite Themenkomplex, den ich anbieten könnte, wäre: Welches Unternehmertum brauchen wir eigentlich? Über die Win-win-Situation habe ich schon gesprochen. Die Frage ist, wie entstehen solche Win-win-Situationen? Es sind jetzt zwei Eigentümer-Unternehmer ausgezeichnet worden. Ist damit die Eigentümer-Unternehmung der Beförderer dieser guten Eigenschaften? Das würde ich zunächst einmal bezweifeln, weil ich glaube, dass es zwar sehr gute Beispiele von Eigentümer-Unternehmern gibt, wir in den vergangenen Monaten aber auch sehr viele Beispiele von problematischen Eigentümer-Unternehmern gesehen haben, die nicht gerade vorbildlich mit den Schutzinteressen ihrer Arbeitnehmer umgegangen sind, die massenhaft outgesourct und bespitzelt haben. Umgekehrt hat Herr Leibinger darauf hingewiesen, dass die Unternehmen in Deutschland insgesamt sehr verantwortungsvoll mit dem Thema Entlassungen in der Krise umgegangen sind. Und das waren eben nicht nur Eigentümer-Unternehmer, sondern das waren auch Aktiengesellschaften und Kapitalgesellschaften, die natürlich noch einmal unter einem anderen Druck stehen. Die Frage ist also: Welches Unternehmertum brauchen wir, um welche Rechtsform geht es da?

Ein drittes Themenfeld könnte die Frage nach dem Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Parlamenten sein. Von der Vehemenz der Auseinandersetzung in diesem Punkt war ich überrascht. Das ist natürlich kein neues Thema, das wird seit vielen Jahren diskutiert. Andererseits wissen die Stuttgarter unter uns, dass wir wegen des Bahnprojekts Stuttgart 21 im Herbst eine sehr angespannte Situation hier in der Stadt haben werden, und die Zivilgesellschaft meines Erachtens dort durchaus die Legitimität der Parlamente in Frage stellen könnte. Vor diesem Hintergrund gäbe es also, zumindest was Ort und Zeit angeht, durchaus einen Anlass, auch noch einmal über das Verhältnis der Parlamente zur Zivilgesellschaft zu diskutieren.

Damit schließe ich. So wird jetzt aus meinem Output gleich wieder ein Input in die Stiftung hinein. Das ist dann wie der Satz von der Erhaltung der Masse. Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit!

oben links:
Lothar Späth
Ludwig Theodor Heuss

oben rechts:
Bernhard Reiter

Katja Schütze

Armin Knauer
Gesine Schwan
Peter Eigen

Michael Klett

Ludwig Theodor Heuss
Berthold Leibinger

Georg Greve
Matthias Kirschner

»SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IN DER GLOBALISIERUNG«

45. THEODOR HEUSS PREISVERLEIHUNG, 8. MAI 2010

»ALTE REITHALLE« STUTTGART

URKUNDENTEXTE

Theodor Heuss Preis

Prof. Dr.-Ing. E.h. Berthold Leibinger |
Aufsichtsratsvorsitzender TRUMPF GmbH & Co. KG

Der Theodor Heuss Preis für das Jahr 2010 wird dem Unternehmer Berthold Leibinger zuerkannt, da er als erfolgreicher und innovativer Unternehmer und Eigentümer der Trumpf GmbH & Co. KG in ökonomischer wie ethischer Weise eine vorbildliche globale Firmenkultur geschaffen hat und zugleich beispielgebend für hohes wissenschaftliches, kulturelles, kirchliches und soziales Engagement ist. Als Setzer neuer Regeln für gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen für Mittelstand und Familienunternehmen und als ein ethische Verantwortung dokumentierender Praktiker zeigt er die Möglichkeiten und Chancen der »sozialen Marktwirtschaft« in der Globalisierung auf.

Berthold Leibinger begann seine Laufbahn als Lehrling bei der Firma Trumpf, einem Unternehmen für Werkzeugmaschinenbau. Nach Studium und Berufsstart als Entwicklungsingenieur in den USA kehrte er 1961 als Leiter der Konstruktionsabteilung zurück. Unter seiner Führung hat sich die 1923 als mechanische Werkstätte gegründete Firma zu einem der weltweit führenden Unternehmen der Fertigungs- und Medizintechnik entwickelt. Mit 59 Tochtergesellschaften und Niederlassungen ist die Gruppe in fast allen europäischen Ländern, in Nord- und Südamerika sowie in Asien vertreten. Geprägt durch seinen christlichen Glauben hat sich Berthold Leibinger konsequent dafür eingesetzt, nachhaltige gesellschaftliche und soziale Entwicklungen an allen weltweiten Produktionsstätten zu fördern und zu unterstützen. Nicht nur in seinem Unternehmen und in der Berthold Leibinger Stiftung sondern auch in Verbänden und Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene, wie die Vielzahl seiner Ehrenämter zeigt, trägt Berthold Leibinger mit dazu bei, Strukturen für eine »good global governance« zu schaffen und zu festigen. Für das heutige Wirtschaftssystem, das durch die verheerenden

Folgen der internationalen Finanzkrise – ausgelöst durch Missmanagement und unternehmerisches Fehlverhalten – beträchtlich in Misskredit geraten ist, sind solche Anstöße unerlässlich.

Mit dem Theodor Heuss Preis 2010 werden mit Berthold Leibinger und Michael Otto zwei Familienunternehmer gemeinsam ausgezeichnet, die mit ihren individuellen Leistungen ein Vorbild für Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland darstellen. Neben ihren herausragenden unternehmerischen Verdiensten stehen beide auch als Repräsentanten für außerordentliche bürgergesellschaftliche Initiativen. Dafür schulden wir ihnen großen Dank und Anerkennung.

Theodor Heuss Preis

Dr. Michael Otto | Vorsitzender des Aufsichtsrats Otto GmbH & Co. KG

Der Theodor Heuss Preis für das Jahr 2010 wird dem Unternehmer Michael Otto zuerkannt für sein außerordentliches persönliches Engagement, mit dem er in der Handels- und Dienstleistungsgruppe Otto ökonomisch und zukunftsweisend eine vorbildliche globale Firmenkultur geschaffen hat und nachhaltige Entwicklungen in Umwelt, Gesellschaft, Kunst und Kultur in bedeutendem Maße unterstützt und fördert. Als Setzer neuer Regeln und als ein ethische Verantwortung dokumentierender Praktiker zeigt er Wege und Chancen der »sozialen Marktwirtschaft« in einer zukunftsträchtigen Globalisierung auf.

Unter der Führung von Michael Otto entwickelte sich die Otto Gruppe zur international größten und einzigen weltweit agierenden Versandhandelsgruppe. Sie ist heute mit mehr als 123 Unternehmen in 19 Ländern Europas, Amerikas und Asiens vertreten. Frühzeitig, schon seit den 80er Jahren, hat sich Michael Otto dafür entschieden, in seiner Unternehmensgruppe konsequent ökologische Aspekte zu beachten und zu fördern und mit sozialverträglichem Handeln zu verbinden. Manifestiert wird dies seit 1996 durch den »Code of Conduct« für die weltweiten Produktionsstätten der Gruppe, der beständig weiter entwickelt wird und als Vorbild für internationale Initiativen gilt. Doch nicht nur in seinen Unternehmen, der Michael Otto Stiftung und dem Michael-Otto-Institut im Naturschutzbund Deutschland, sondern auch in Verbänden und Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene, wie die Vielzahl seiner Ehrenämter zeigt, trägt Michael Otto mit dazu bei, Strukturen für eine »good global governance« zu schaffen und zu festigen. Für das heutige Wirtschaftssystem, das durch die verheerenden Folgen der internationalen Finanzkrise – ausgelöst durch Missmanagement und unternehmerisches Fehlverhalten – beträchtlich in Misskredit geraten ist, sind solche Anstöße unerlässlich.

Mit dem Theodor Heuss Preis 2010 werden mit Michael Otto und Berthold Leibinger zwei Familienunternehmer gemeinsam ausgezeichnet, die mit ihren individuellen Leistungen ein Vorbild für Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland darstellen. Neben ihren herausragenden unternehmerischen Verdiensten stehen beide auch als Repräsentanten für außerordentliche bürgergesellschaftliche Initiativen. Dafür schulden wir ihnen großen Dank und Anerkennung.

Theodor Heuss Medaille

Free Software Foundation Europe e.V.

Eine Theodor Heuss Medaille für das Jahr 2010 wird der Free Software Foundation Europe zuerkannt für ihr beispielgebendes Engagement, mit dem sie sich durch neue Strategien der kooperativen Wertschöpfung und durch verantwortungsvolles Handeln für eine gerechtere Welt einsetzt. Kompetent trägt die Free Software Foundation Europe mit dazu bei, neue Regeln für gesellschaftliche, politische und rechtliche Rahmenbedingungen im World Wide Web für die digitale Freiheit durch Freie Software zu erarbeiten.

Freie Software kann den freien Wettbewerb und Innovationen befördern und mit dazu beitragen, dass Bürger ihre Rechte in der Informationsgesellschaft nutzen und ausüben können. Freie Software schließt eine kommerzielle Anwendung nicht aus. Der Zugang zu Software entscheidet, wer an der digitalen Gesellschaft teilnehmen kann. Patente, Urheberrechte und Warenzeichen können die Teilhabe an Bildung, Kommunikation, Arbeit und – immer mehr – auch an Sozialkontakten erschweren. Besonders betroffen davon ist die Bevölkerung in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Free Software Foundation Europe kämpft seit 2001 national und international gegen diese digitale Spaltung und setzt sich zusammen mit anderen Nichtregierungsorganisationen für eine Weltorganisation für geistigen Wohlstand ein, um den Ausbau von Kontrolle und Monopolen durch Softwarepatente und Urheberrechte einzudämmen. Darüber hinaus wirbt die Free Software Foundation Europe für offene Standards, um auf lange Sicht jederzeit den freien Zugriff auf die eigenen Daten und den unabhängigen Umgang mit ihnen zu gewähren. Die Besorgnis um die Hoheit über die eigenen Aufzeichnungen und daraus resultierende Forderungen nach Unabhängigkeit von Software und Softwareanwendungen, die Informationen speichern und übertragen, zeigt, wie notwendig es geworden ist, den Umgang mit Aufzeichnungen und Kommunikation zu überdenken und nach neuen Wegen zu suchen. Maßgebend ist dabei auch die derzeitige Vorstellung, dass es sich bei Software um ein reines Wirtschaftsgut handelt. Denn zunehmend bestimmt Software das tägliche Leben und kann daher in Zukunft auch als Kulturgut gelten.

Mit der Free Software Foundation zeichnet die Theodor Heuss Stiftung eine Initiative aus, die mit ihren Projekten und Aktivitäten zeigt, welchen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Stellenwert Software weltweit hat und dadurch zur Diskussion über Möglichkeiten und Chancen »sozialer Marktwirtschaft« in der Globalisierung ermutigt.

Theodor Heuss Medaille

Oxfam Deutschland e.V.

Eine Theodor Heuss Medaille für das Jahr 2010 wird Oxfam Deutschland e.V. zuerkannt, für sein beispielgebendes weltweites Engagement, mit dem er gegen Armut und soziale Ungerechtigkeit kämpft. Kompetent setzt sich Oxfam Deutschland e.V. durch neue Strategien der kooperativen Wertschöpfung und durch verantwortungsvolles Handeln für eine gerechtere Welt ein. Er unterstützt, initiiert und führt entwicklungspolitische Projekte und Kampagnen durch, um neue Regeln für nachhaltige politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen in der Globalisierung zu erarbeiten.

Oxfam Deutschland e.V. wurde 1995 gegründet. Im Wesentlichen finanziert durch die ehrenamtlich geführten Oxfam Shops, ist die Arbeit des Vereins in drei Bereiche gegliedert: die Not- und Katastrophenhilfe, die Entwicklungszusammenarbeit und Lobby- und Kampagnenarbeit. Ziel ist es, das Bewusstsein für Armut, Elend und soziale Ungerechtigkeit zu wecken und zu schärfen und bei Regierungen und internationalen Organisationen eindringlich auf die Bedürfnisse armer Menschen hinzuweisen. Die vielfachen internationalen Nothilfe- und Entwicklungsprojekte, die oft schnelles Eingreifen erfordern, ermöglichen einen genauen Einblick in die Situation vor Ort. Die praktische Arbeit ist die fundierte Grundlage für die politische Kampagnenarbeit in den Bereichen Welthandel, Krisen und Konflikte, Bildung, Gesundheit und Klimawandel, um die Ursachen für Armut öffentlich zu machen. Damit soll die Bevölkerung über die Verhältnisse und Zusammenhänge von Verelendung wirkungsvoll aufgeklärt und die Regierungen und internationalen Unternehmungen nachhaltig beeinflusst werden, die Bedingungen zu verbessern.

Die Theodor Heuss Stiftung zeichnet mit Oxfam Deutschland e.V. eine Initiative aus, die mit ihren Projekten und Aktivitäten zur Veränderung globaler Strukturen beiträgt und damit einen wichtigen Beitrag zur Diskussion über Möglichkeiten und Chancen einer »sozialen Marktwirtschaft« in der Globalisierung leistet.

BEGRÜSSUNG

Dr. Ludwig Theodor Heuss | Vorsitzender der Theodor Heuss Stiftung

Sehr verehrte Preisträger,
sehr verehrter, lieber Herr von Weizsäcker,
sehr geehrter Herr Minister,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
liebe Mitglieder von Vorstand und Kuratorium,
sehr geehrte Freunde und Förderer der Theodor Heuss Stiftung,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist mir eine große Freude Sie auch in diesem Jahr zur 45. Verleihung des Theodor Heuss Preises hier in Stuttgart begrüßen zu dürfen. Ich begrüße sehr herzlich die beiden Preisträger des diesjährigen Theodor Heuss Preises, Herrn Professor Berthold Leibinger und Herrn Dr. Michael Otto. Seien Sie uns beide mit Ihren Ehegattinnen ganz herzlich willkommen. Wir sind froh und stolz, Sie heute unter uns wissen zu dürfen und zum Kreis unserer Stiftung zählen zu können. Ich begrüße sehr herzlich die Empfänger der Theodor Heuss Medaillen: die Vertreter der Free Software Foundation Europe e.V., Herrn Karsten Gerloff, Herrn Georg Greve und Herrn Bernhard Reiter, und ich begrüße die Vertreter von Oxfam Deutschland e.V., Herrn Dr. Matthias von Bismarck-Osten und Herrn Paul Bendix. Herzlich Willkommen!

Mein ganz besonders herzliches Willkommen gilt Ihnen, sehr verehrter Herr Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Das freundliche Wohlwollen und die langjährige Verbundenheit, mit der Sie als Preisträger und Kuratoriumsmitglied die Stiftung begleiten, ehren uns sehr. Vielen Dank, dass Sie auch und gerade in diesem Jahr wieder unter uns sind. Herzlich Willkommen!

Ich begrüße den Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Justizminister des Landes Baden-Württemberg, Herrn Professor Ulrich Goll, und freue mich, dass Sie als Vertreter der Landesregierung einige Worte an uns richten werden. Und sehr herzlich grüße ich die Bürgermeisterin für Soziales, Jugend und Gesundheit der Landeshauptstadt Stuttgart und Mitglied unseres Vorstands, Frau Gabriele Müller-Trimbusch, die Herrn Oberbürgermeister Wolfgang Schuster, der heute kurzfristig einen Termin hat, vertreten wird und danke auch Ihnen für das Grußwort.

Besonders möchte ich auch Sie, liebe Frau Professor Gesine Schwan, willkommen heißen. Seit mehr als 16 Jahren sind Sie mit unserer Stiftung als Mitglied des Kuratoriums fest verbunden und ich danke Ihnen sehr, dass Sie heute die Festrede halten werden. In einem Aufsatz vom März dieses Jahres lautete Ihre These, dass die reichen Nationalstaaten oder regionale Staatenbündnisse wie etwa die EU, die UNO oder die Weltbank als politisches Pendant zur multinational agierenden Wirtschaft nicht ausreichen. Es braucht neue Institutionen, Akteure und Verfahren, und es bedarf also einer intelligenten Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft für die globalisierten Produktions- und Wettbewerbsbedingungen. Wie dies aussehen kann, dazu warten wir gespannt auf Ihren Vortrag. Herzlich Willkommen!

Und ich begrüße die Mitglieder aus Vorstand und Kuratorium und hier besonders die Bundesministerin der Justiz und unsere Stellvertretende Vorsitzende, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, der ich für die Übernahme des Schlusswortes sehr, sehr herzlich danke.

Aus dem weiteren Kreis der Stiftung begrüße ich Lothar Späth, der die Laudatio für Herrn Leibinger halten wird, und Ernst Ulrich von Weizsäcker, der die Laudatio auf Herrn Dr. Otto halten und das Podiumsgespräch moderieren wird. Ich danke Ihnen beiden sehr für Ihre langjährige Unterstützung und heutige Mitwirkung, und wir alle freuen uns auf Ihre Ausführungen.

Ein herzlicher Gruß und Dank geht auch an den Kreis der Freunde und die privaten Förderer unserer Stiftung. Ich nenne hier zuvorderst die Robert Bosch Stiftung und ihr nahe stehende Persönlichkeiten wie Frau Irmgard Bosch, Frau Juliane Barner – Professor Bierich ist uns unvergessen –, Herrn Professor Hermann Scholl und Herrn Franz Fehrenbach, und im weiteren Burkhard Hirsch, Ann-Katrin Bauknecht, lieber Armin Knauer, auch Sie herzlich Willkommen, um nur einige zu nennen. Und ich freue mich sehr, dass sehr viele Vertreter aus der Wirtschaft heute unter uns anwesend sind, denn dies zeigt ja, wie vordringlich unser diesjähriges Jahresthema ist. Seien Sie uns alle herzlich willkommen!

Meine Damen und Herren, große inhaltliche Kontinuität in unserer Arbeit zeigt sich auch in der treuen Verbundenheit ehemaliger Preisträger mit unserer Stiftung. So freue ich mich ganz besonders, Peter Eigen, Dietrich Elchlepp, Helmut Wilhelm und Gerhart Baum mein ganz herzliches Willkommen auszusprechen.

Ich grüße die Vertreter von Gemeinderäten, des Landtages, des Bundestages und des Europäischen Parlaments und nenne hier stellvertretend Ergun Can, Wolfgang Drexler, Ute Kumpf und Michael Theurer und grüße sehr herzlich die Magnifizienzen und Vertreter von Stiftungen, Kirchen und aus Kultur und Gesellschaft.

Ich freue mich auch, dass viele Teilnehmer des Kolloquiums zum Jahresthema zugegen sind, das wir gestern gleich hier nebenan im Stuttgarter Literaturhaus durchgeführt haben. Von Rupprecht Podszun moderiert und mit einem Ausblick auf die Herbsttagung von Joachim Dorfs haben wir gemeinsam mit den Preis- und Medaillenträgern Fragen zu möglichen zukunftsweisenden Beziehungen zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in der Globalisierung erörtert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Dezember des vergangenen Jahres haben sich Vorstand und Kuratorium der Theodor Heuss Stiftung zusammengefunden, um über das Jahresthema und die Preisträger 2010 zu entscheiden. Wir waren uns rasch einig, dass das Jahresthema 2010 ein Wirtschaftsthema sein müsse und zwar unter dem Aspekt »Bewährung für die Demokratie in der wirtschaftlichen Krise«. Wie aktuell, ja tagesaktuell wir dabei sein würden, konnten wir nicht erahnen. Wir spürten wohl auch damals, dass die Folgen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise eine Gefährdung für unsere demokratischen Gesellschaften in Europa darstellen können. Heute ist uns noch stärker bewusst, dass der langfristige Beweis dafür noch aussteht, dass wir auch in Zeiten sinkenden Wohlstands und wirtschaftlicher Unsicherheit unsere Lebensform in Demokratie und Freiheit vor ihren Gefährdungen werden bewahren können.

Meine Damen und Herren, die Zivilgesellschaft wird gemeinhin als die Sphäre zwischen Staat, Wirtschaft und Privatem bezeichnet, sie ist gewissermaßen das Bindemittel, die Hefe im gesellschaftlichen Kuchenteig – sie sorgt für die Betriebswärme. Ralf Dahrendorf, unser im vergangenen Jahr leider verstorbene, frühere Preisträger und langjährige Freund der Stiftung, hat 1996 in seinem berühmten Report den Zusammenhang zwischen globalisierter Wirtschaft, nationalstaatlicher Beschränkung und der Gefahr des Verlustes von gesellschaftlicher Kohäsion und Freiheit vorausblickend aufgezeigt. Im Jahr 2010 lesen wir ihn erneut und verstehen ihn besser. So versuchen wir, in diesem Jahr einen Akzent zu setzen und stellen unsere Veranstaltung unter das Thema: »Soziale Marktwirtschaft in der Globalisierung«. Dabei sollte nicht, oder nicht nur, die Wirtschaftsethik in den Mittelpunkt der Preisverleihung gerückt werden, sondern das zukünftige Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft und die Zukunftsfähigkeit der Demokratie. Ein ordnungspolitisches System sollte ausgezeichnet werden, das eine Lösung aus der globalen Krise anbieten kann. Angesichts der greifbaren Hilf- und Ratlosigkeit in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, im Umfeld einer Diskussion über unbestreitbare Beispiele von Hybris und Desinteresse am Gemeinwohl auf der einen und unerlaubter Simplifizierung auf der anderen Seite galt es, Persönlichkeiten zu finden, die beispielhaft einen Weg verantwortungsvollen Handelns weisen können. Neben erfolgreichen, langfristig denkenden unternehmerischen Einzelpersönlichkeiten als Preisträger sollten – die dem Preis ebenbürtigen – Theodor Heuss Medaillen stehen, für Initiativen, die die Wirtschaft grenzüberschreitend politisch kontrollieren – ohne Anmaßung, aber mit dem Ziel, Machtmissbrauch aufzudecken.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dies ist uns mit unseren heutigen Preis- und Medaillenträgern gelungen, und nicht ohne Stolz können wir Ihnen heute vier Repräsentanten einer good global governance vorstellen. Herzlichen Dank!

GRUSSWORT

Prof. Dr. Ulrich Goll, MdL | Justizminister und Stellvertretender Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch seitens der baden-württembergischen Landesregierung darf ich Sie heute ganz herzlich grüßen, Herr Bundespräsident, Frau Bundesministerin Leutheusser-Schnarrenberger, Herr Heuss, meine Damen und Herren Abgeordnete, ganz besonders herzlich grüße ich natürlich die Preis- und Medaillenträger, grüße Frau Schwan und die Laudatoren, Frau Bürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren,

eines fällt ja auf, wenn man die illustre Reihe – die wahrhaft illustre Reihe – der bisherigen Träger des Theodor Heuss Preises anschaut: Es waren noch keine Unternehmer dabei. Und jetzt gleich zwei. Das ist schön, gerade jetzt, wo es noch nicht so lange her ist, dass einige – zwar eine überschaubare Anzahl, aber es waren immerhin einige – doch die Marktwirtschaft überhaupt in Frage gestellt haben und zwar gleich mit welchem Epitheton! Natürlich, meine Damen und Herren, lässt sich der Hinweis, dass die soziale Marktwirtschaft ohne jede ernsthafte Alternative ist, auch etwas leichter untermauern – das gebe ich zu – angesichts eines sich abzeichnendes Aufschwungs. Aber wenn die soziale Marktwirtschaft in Frage gestellt wurde, was der Fall war, hat sich das leider ja teilweise auch auf das Unternehmerbild ausgewirkt und man hat nicht mehr an Walter Rathenaus Worte gedacht, der zu Recht einmal gesagt hat: »Ich habe niemals einen wirklich großen Geschäftsmann gesehen, dem das Verdienen die Hauptsache war.«

Und heute geht es um zwei große Geschäftsleute, die zu ehren sind, die den Preis bekommen. Was die beiden voneinander unterscheidet: Sie leben in sehr unterschiedlichen Ecken Deutschlands und sie waren in sehr unterschiedlichen Branchen tätig. Was sie eint: Beide blicken auf ein langes Be-

rufsleben zurück. Sie waren viele Jahre an der Spitze ihres Unternehmens; haben jetzt das operative Geschäft an ihre Nachfolger abgegeben und bringen ihre Erfahrung als Aufsichtsratsvorsitzende ein.

Letzte Woche, meine Damen und Herren, war in der WELT zu lesen: »Die Deutschen wollen nicht ihr eigener Chef sein – nur jeder Sechste möchte sich selbstständig machen.« Eigentlich ist das ein trauriger Befund. Das bedeutet immerhin, dass fünf von sechs Deutschen die Selbstständigkeit nicht zuerst mit Chancen und Freiheit, sondern mit Risiko und Belastung in Verbindung bringen. In anderen Ländern – und damit meine ich nicht nur die USA, sondern beispielsweise auch Österreich und die Schweiz – ist die Selbstständigkeit deutlich positiver besetzt. Erfreulich also, dass der diesjährige Theodor Heuss Preis an zwei Selbstständige verliehen wird, wobei natürlich der vielleicht entscheidende Gesichtspunkt ist: Beide Preisträger waren nicht nur Unternehmer, sondern sie haben gleichzeitig gesellschaftliche Verantwortung übernommen. Sie haben sich um das gekümmert, was die Menschen in ihrem Betrieb und über den Betrieb hinaus bis zum weltweiten Maßstab bewegt hat und bewegt. Und ich muss sagen, Walter Rathenau, meine Damen und Herren, hätte sich gefreut, Ihnen beiden zu begegnen, und wir freuen uns, Sie heute hier bei uns zu haben.

Theodor Heuss Medaillen erhalten auch mit der Free Software Foundation Europe e.V. und Oxfam e.V. zwei Nicht-Regierungs-Organisationen – oder neudeutsch genannte »NGOs«. Ich finde es, meine Damen und Herren, sehr wichtig, dass die Theodor Heuss Stiftung auch in diesem Bereich eine Würdigung vornimmt. Denn nicht nur der Staat gestaltet die Gesellschaft. Regulierende Kräfte können und sollen sich auch aus der Mitte der Gesellschaft entfalten. Sie sorgen dafür, dass das Wort »sozial«, das wir unserer Marktwirtschaft voranstellen, nicht nur ein Etikett ist, sondern tatsächlich gelebt wird. Sie sorgen dafür, dass Chancen geschaffen werden für alle, und deswegen freue ich mich, dass es an mir ist, Ihnen allen, den Preis- und Medaillenträgern, ganz herzlich für Ihren Einsatz zu danken. Ich gratuliere Ihnen herzlich im Namen der Landesregierung zu dieser Auszeichnung. Dankeschön.

GRUSSWORT

Gabriele Müller-Trimbusch | Bürgermeisterin für Soziales, Jugend und Gesundheit der Landeshauptstadt Stuttgart

Frau Bundesminister,
sehr verehrte Frau Prof. Schwan,
verehrter Herr von Weizsäcker,
verehrter, lieber Herr Altbundespräsident,
sehr geehrte Familie Heuss,
sehr geehrter Herr Otto,
verehrter Herr Leibinger,
lieber Herr Späth,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

im Namen von Herrn Oberbürgermeister Dr. Schuster und aller Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt darf ich Sie herzlich zur heutigen Preisverleihung begrüßen.

»Soziale Marktwirtschaft in der Globalisierung« – so lautet das Leitmotiv der Theodor Heuss Stiftung für 2010. Damit sind zwei Themenfelder benannt, die gerade in den aktuellen Zeiten von Krise und schlechten Nachrichten von den Finanzmärkten kontrovers und leidenschaftlich in der öffentlichen Diskussion stehen. Und ich bin mir sicher, dass uns im Laufe des Vormittags aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln dargelegt wird, wie sich das Soziale in unserer Marktwirtschaft bewährt hat oder warum die Zeit zu Reformen überfällig ist, vor allem, welche dies sein könnten.

Was uns heute ein wenig verwundern mag, ist eine Meinungsäußerung von Theodor Heuss zum Wesen der Marktwirtschaft. Im Jahr 1949 antwortete er der Kreisgruppe der FDP Hannover-Stadt auf eine entsprechende Anfrage, wie seine Partei eine freie von einer sozialen Marktwirtschaft unterscheide, und er antwortete folgendermaßen: »Das Wort ‚freie Wirtschaft' verwende ich sozusagen nur in Anführungszeichen und den Begriff ‚soziale Marktwirtschaft' habe ich persönlich noch nie gebraucht. Ich weiß gar nicht,

wer ihn erfunden hat, weiß also auch nicht, ob unsere Freunde im Wirtschaftsrat mit ihm operiert haben. … Ich weiß nun nicht, ob Sie über die Dinge eine agitatorisch wirkende Formulierung wünschen. Ich selber kann eine solche nicht geben, da die Dinge zu komplex sind« (Brief Nr. 216, Stuttgarter Ausgabe).

Also war Heuss eben doch eher ein Mann der Literatur, der Geschichte, der Philosophie und der Staatswissenschaften?

Aber Theodor Heuss gibt dann im Verlauf desselben Schreibens doch noch eine Definition, die die Komplexität der Materie in einer ganz einfachen, schwäbisch-pragmatischen Haltung beschreibt. Er schreibt: »Ich akzeptiere ihn [also den Begriff der sozialen Marktwirtschaft], wenn man ihn so versteht, dass eine gut funktionierende Marktwirtschaft auch die sozial-wohltätigen Folgen hat.«

Theodor Heuss hat den höheren Wirkungseffekt bei der – wie er sagt – »Eigenverantwortung des verdienenden, sparenden Menschen« gesehen und nicht bei einer »angeordneten kommandierten und bürokratisch kontrollierten Wirtschaft«. Ihm war zudem klar, dass es das Menschenbild sein muss, das unsere Wirtschaftsordnung prägt.

Aus der abendländischen Tradition Europas entwickelte sich ein Wertekanon, der nicht nur für das staatlich-politische Handeln, sondern auch für das wirtschaftliche Handeln des Marktes Gültigkeit hatte. Die Verantwortlichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik in der jungen Bundesrepublik hatten dies absolut verinnerlicht.

Die heutige Weltlage macht eine neue Kultur der Rückbesinnung unternehmerischer Verantwortung auf diese Werte erforderlich. Umfrageergebnissen zufolge wünscht sich die Mehrheit der Deutschen eine stärkere Betonung des Prinzips des sozialen Ausgleichs. Der marktwirtschaftlichen Komponente, also dem Prinzip der Freiheit auf dem Markt, stehen die Bürger dagegen inzwischen verstärkt skeptisch, wenn nicht sogar ängstlich gegenüber.

Da ist es vielleicht ratsam, mit der Heuss'schen Formel der Marktwirtschaft verstärkt zur Aufklärung beizutragen. Denn gerade der Namenspatron des Preises, den wir heute hier verleihen, war ein leuchtendes Beispiel für die soziale Verpflichtung einer marktwirtschaftlichen Ordnung und für ein zivilgesellschaftliches Engagement zugunsten des allgemeinen Wohls, und dies nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Rahmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Preis geht in diesem Jahr an Sie, sehr geehrter Herr Otto, und Sie, sehr geehrter Herr Leibinger, zwei Persönlichkeiten, die in ganz besonderer Weise dafür stehen, dass Marktwirtschaft auch die sozial-wohltätigen Folgen im Heuss'schen Sinne hat. Gleiches gilt für die Medaillenträger, die Free Software Foundation und Oxfam Deutschland.

Die Laudatoren werden sicher Ihre Verdienste noch ausführlich würdigen. Aber Herr Otto wird meinen Anflug von lokalpatriotischer Freude verzeihen, wenn ich Herrn Leibinger doch mit einem Satz speziell würdigen will.

Im Namen der Landeshauptstadt Stuttgart und aller Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger, aber auch persönlich möchte ich sehr, sehr herzlich für die wertvolle Unterstützung danken, die Sie, sehr geehrter Herr Leibinger, Einrichtungen und Projekten in unserer Stadt zukommen lassen: von der Internationalen Bachakademie bis zum Hospiz. Vielen Dank.

Ganz besonders freue ich mich, dass die Theodor Heuss Stiftung Frau Gesine Schwan für die heutige Festrede gewinnen konnte. Sie haben ja bereits im vergangenen Jahr angemahnt, dass Verursacher einer Krise einen angemessenen Beitrag zu ihrer Behebung leisten müssen. Ich bin nun gespannt, wie Sie die Schlüsselthemen »soziale Marktwirtschaft« und »Globalisierung« jetzt, ein Jahr später, heute miteinander in Beziehung bringen werden.

Abschließend noch einmal Herzlichen Glückwunsch an die Preisträger und ich hoffe, dass von heute ein Signal ausgeht, vielleicht auch ein Versprechen, dass dann doch irgendwann einmal eingelöst wird. Vielen Dank.

FESTREDE

Prof. Dr. Gesine Schwan | Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance

Liebe Preisträger,
liebe Frau Ministerin Leutheusser-Schnarrenberger,
liebe Frau Müller-Trimbusch,
lieber Richard von Weizsäcker - sozusagen unser aller Bundespräsident auf Lebenszeit,
meine Damen und Herren,

wir leben in einer mehrfach gespaltenen Gegenwart. Jüngste Signale in den Zeitungen deuten an, dass die Finanzkrise langsam überwunden wird. Sogar der Arbeitsmarkt hat sich in diesem Frühjahr besser erholt als erwartet. Zugleich warnen Fachleute aus dem Finanz- und Wirtschaftssektor vor Illusionen: die Krise sei noch lange nicht vorbei. Und bei alledem erleben wir eine neue Krise: Am Beispiel Griechenlands erfahren wir drastisch, dass weder Länder, noch Euro, noch die Europäische Union vor einem Niedergang sicher sind.

Zurücklehnen können wir uns also nicht. Aber wie weiter? Kann aus der gegenwärtigen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise eine neue Chance werden? Ja, wenn es uns gelingt, unsere anerkannte soziale Marktwirtschaft für die Globalisierung weiter zu entwickeln. Dies ist entgegen dem ersten Anschein zunächst keine ökonomische, sondern eine philosophische und eine politische Herausforderung. Denn wir müssen danach fragen, wie wir zukünftig leben und wie wir uns darüber in unserem Land, in Europa und global verständigen wollen. Die Ökonomie für sich kann uns keine Ziele setzen. Sie kann aber helfen, Ziele umzusetzen.

Die Väter – nach meiner Erinnerung waren das dann doch eigentlich fast alles Väter – die Väter der sozialen Marktwirtschaft, allen voran Ludwig Erhard und sein Staatssekretär Alfred Müller-Armack, wussten um die die-

nende Funktion der Wirtschaft für den Menschen. Sie ordneten die Wirtschaft in einen größeren Zusammenhang von Gesellschaft, Staat und »Menschenbild« ein. Es lohnt sich, bei ihnen nach Anhaltspunkten für eine soziale Marktwirtschaft in der Globalisierung zu suchen.

Was war »soziale Marktwirtschaft« in der Bundesrepublik?

In ihrer Entstehung lag der sozialen Marktwirtschaft kein einheitliches Konzept zugrunde. Aber ihre ordoliberalen Vorbereiter gingen gemeinsam von einem Menschenbild aus, auf das sich sowohl Liberale als auch die Traditionen der katholischen Soziallehre und einer sozialdemokratischen Subsidiaritätsidee einigen konnten: Menschen sind auf Freiheit angelegt und tragen persönliche Verantwortung für sich selbst und für ihr soziales Umfeld. Aber es gibt Risiken, für die es auch staatliche Solidarität braucht: eben den Sozialstaat. Zur grundsätzlichen Sicherung der persönlichen Freiheit und Verantwortung in der Wirtschaft ist der Markt das beste Regelungssystem. Aber die Menschen sollen nicht zu machtlosen Anhängseln des Marktes werden. Deshalb sind Armut oder Arbeitslosigkeit eine Herausforderung für staatliche Regelungen.

Dem Staat oblag im Konzept der sozialen Marktwirtschaft vor allem die Aufgabe – und zwar anders als im sogenannten Laissez-faire-Liberalismus –, Regeln zur Förderung des offenen Wettbewerbs durchzusetzen. Für Ludwig Erhard bot die möglichst vollkommene Konkurrenz den besten Weg, Chancengleichheit zu schaffen und eine korrigierende oder absichernde Sozialpolitik weitgehend entbehrlich zu machen. »Wohlstand für alle« – so seine Devise – durch Verteilung von Produktivvermögen und wirtschaftliches Wachstum – das war sie, seine Devise.

Sein Staatssekretär und engster Mitarbeiter Müller-Armack dagegen stand in der Tradition der katholischen Soziallehre und war sowohl einer staatlichen Wirtschaftspolitik, etwa zur Sicherung von Arbeitsplätzen, als auch einem nachträglichen sozialstaatlichen Ausgleich von Gegensätzen und Risiken zugeneigter als Ludwig Erhard. Damit bot er eine konzeptionelle Brücke zur Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft durch die Sozialdemokraten Ende der sechziger und in den siebziger Jahren.

Bis zum Godesberger Programm 1959 hatten die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften gegen die soziale Marktwirtschaft Stellung bezogen. Als Karl Schiller mit der sozialliberalen Koalition 1969 Wirtschafts- und Finanzminister wurde, entwickelte er diese »Soziale Marktwirtschaft« weiter und fügte ihr mit seiner sogenannten »Globalsteuerung« Keynesianische Elemente ein. Er kurbelte mit der konzertierten Aktion auf der Grundlage einer Keynesianischen Konjunkturpolitik zunächst erfolgreich das wirtschaftliche Wachstum an und weckte Hoffnungen auf die Finanzierbarkeit eines fortschreitenden Sozialstaates. Damit sah er, anders als Ludwig Erhard das angenommen hatte, seine Politik in Kontinuität zur sozialen Marktwirtschaft und nannte sie in Anspielung an die Freiburger ordoliberale Schule eine - ich zitiere ihn – »Synthese von Freiburger Imperativ und Keynesianischer Botschaft«.

Im Zuge der erweiternden Reform des Betriebsverfassungsgesetzes und der qualifizierten unternehmerischen Mitbestimmung wurde in der Regierungszeit Helmut Schmidts in den siebziger Jahren zusätzlich das Prinzip der »Sozialpartnerschaft« oder der sogenannten »antagonistischen Kooperation« durch eine erfolgreiche Praxis in der sozialen Marktwirtschaft verankert.

Herr Leibinger, es hat mir sehr imponiert, dass Sie gestern im Kolloquium diesen Begriff der antagonistischen Kooperation auch ganz ins Persönliche gewendet haben: Er hat gesagt, er hat selten seine Ehe so gut beschrieben gesehen wie mit diesem Begriff. Das hat mir sehr imponiert! Als Ihre Frau gestern beim Abendessen war, habe ich das gut verstanden; ich finde das prima. Es spricht für Sie, Herr Leibinger!

Dieses Prinzip gewann auch gesellschaftspolitisch eine große Bedeutung, weil es die gegenseitige partnerschaftliche Anerkennung von Kapital und Arbeit bekräftigte. Auf diese Weise war auch ein durch institutionelle Kooperation begründetes Vertrauensnetz entstanden, das die Mehrheit der Bevölkerung hinsichtlich ihrer Entlohnung, ihrer sozialen Sicherheit – einschließlich

ihrer Rente – und insgesamt ihrer persönlichen Anerkennung zufrieden gestellt und zu loyalen Bürgern der westdeutschen – muss man sagen – Bundesrepublik gemacht hat. Erfolgreiche Wirtschaft und soziale Verantwortung gehörten demnach zusammen. Die soziale Marktwirtschaft wurde so zu einem entscheidenden Bestandteil des westdeutsch-bundesrepublikanischen Grundkonsenses.

Was folgt daraus für eine soziale Marktwirtschaft in der Globalisierung: Was sind gültige alte, was sind neue Ziele?

Gültig bleibt die Idee der Freiheit und der komplementären persönlichen Verantwortung in einem sozialen Umfeld, das nach dem Subsidiaritätsprinzip geordnet ist. Gültig bleibt auch die ordoliberale Idee, dass Märkte nicht dem Laissez-faire überlassen werden dürfen, sondern starker politischer Akteure bedürfen, die ihnen Regeln geben und deren Einhaltung effektiv überwachen. Gültig bleibt auch das Prinzip der solidarischen Absicherung der Menschen. Eine Wirtschaft, bei der strukturell und definitiv Menschen auf der Strecke bleiben, genügt den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft jedenfalls nicht. Von zentraler Bedeutung ist zudem der Gedanke der Partnerschaft, insbesondere also der Sozialpartnerschaft oder der antagonistischen Kooperation zwischen Kapital und Arbeit. Dazu gehört auch der Gedanke der betrieblichen und der unternehmerischen Mitbestimmung, schon um das notwendige, möglichst institutionell abgestützte Vertrauen zu schaffen für flexible und konstruktive Antworten auf den unaufhörlichen Strukturwandel in einer globalisierten Wirtschaft. Darüber hinaus braucht demokratische Politik selbständige und urteilsfähige Bürger. Ein zusätzliches Element dieser Partnerschaft sind die Flächentarifverträge, die erhebliche Lohnspreizungen zugunsten von Rationalisierung und Weiterbildung eingeschränkt haben. Dies kam dem diversifizierten Qualitätswettbewerb zugute und hat die zunehmende Diskrepanz zwischen arm und reich eingedämmt, die gegenwärtig zur Diskreditierung der ungeregelten Globalisierung und zur Aufblähung der volatilen Finanzmärkte beigetragen hat.

Persönliche Freiheit und Verantwortung als Fundament, starke politische Regeln zur Erhaltung des Wettbewerbs, soziale Absicherung, Mitbestimmung und antagonistische Kooperation zwischen Kapital und Arbeit, sowie Eingrenzung der Abstände zwischen arm und reich als Chancengleichheit für ein selbstbestimmtes Leben – dies sind die wesentlichen Orientierungen der sozialen Marktwirtschaft, die wir in der Globalisierung beibehalten müssen.

Aber die Welt hat sich verändert. Deshalb muss dies unter neuen Bedingungen erfolgen. Unter welchen?

Erstens: Nationalstaatliche Politik hat heute nicht mehr die Reichweite, um die Rolle, die ihr früher zugedacht war, wirksam zu spielen. Auch sozialstaatliche Regelungen müssen über den nationalen Rahmen hinausreichen. Deshalb müssen alle früher nationalstaatlich konzipierten Instrumente nun hinsichtlich der Institutionen, der Akteure und der Verfahren international bzw. global – das ist nicht genau dasselbe – neu bestimmt werden.

Zweitens: Auch die Ordnungsziele haben sich über die Sicherung von Wettbewerb hinaus erweitert: Die sprunghaft gewachsene globale Interdependenz hat zur Folge, dass wir weltweit koordiniert Prioritäten in Bezug auf Klima, Energieverbrauch, überhaupt öffentliche Güter wie saubere Luft, sauberes Wasser, also insgesamt für Nachhaltigkeit setzen müssen. Anders als die bisherige muss die globale soziale Marktwirtschaft deshalb auch inhaltliche Prioritäten in Bezug auf Produktion und Konsum setzen.

Drittens: Zu den neuen Herausforderungen zählt auch, dass die als ungerecht empfundenen Diskrepanzen zwischen arm und reich, sowohl innerhalb der Nationalstaaten als auch zwischen der ersten und der dritten Welt drastisch angewachsen sind. Und schließlich: In den vergangenen Jahren hat die Globalisierung vor allem in den entwickelten Ländern die Sorge ausgelöst, dass für die Arbeitnehmer mit dem Abbau von Sozial- und Lohnstandards nur eine Verliererperspektive übrig bleibt. Wichtig ist dagegen die langfristige Perspektive, eine weltweiten Angleichung nach oben zu schaffen. Wir müssen versuchen, eine Win-win-Situation zu erreichen.

Um die weiter gültigen und die neuen Ziele zu verwirklichen brauchen wir neue Institutionen, Akteure und Verfahren.

Auf den ersten Blick kommen als politisches Pendant zur globalisierten Wirtschaft globale oder regionale Staatenbündnisse wie die Europäische Union, Regierungskonferenzen, internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, Weltbank, Weltwährungsfonds, Welthandelsorganisation sowie Wissenschafts- und Medientreffen in Betracht. Allerdings reichen solche internationalen Zusammenschlüsse traditioneller Politik nicht aus. Das ist in der Tat, Frau Müller-Trimbusch, etwas, was mir sehr wichtig ist. Zum einen sind ihre Mitglieder oft an nationale Interessen und kurzfristige Legislaturperioden gebunden, was sie an nachhaltigen Entscheidungen hindert. Zudem dauert die Herstellung internationaler Vereinbarungen oft sehr lange. Eine weltweit zentralisierte politische Institution – ein Weltparlament oder eine Weltregierung – würde überdies, wenn sie effektiv agieren soll, eine beachtliche Macht konzentrieren müssen, die ihrerseits einer erheblichen Kontrolle bedürfte. Wer kontrolliert dann die Kontrolleure? Umgekehrt sind dezentrale Akteure und auch Kontrolleure oft näher am Geschehen und daher viel effektiver als zentrale. Deshalb braucht die traditionelle Politik Hilfe. Sie kann nicht ersetzt werden, aber sie braucht Hilfe.

Dafür gibt es auch neue Chancen. Zu ihnen gehört vorrangig die technologische Entwicklung, die neuen politischen Akteuren wie gemeinnützigen Nichtregierungsorganisationen ungeahnte Handlungsmöglichkeiten eröffnet hat. Sie ermangeln zwar anders als demokratisch gewählte Politik der Legitimation zur Gesetzgebung, bieten aber, wenn sie vertrauenswürdig handeln, die Möglichkeit, jenseits von Wahlperioden eine politisch legitime, weil internationalen normativen Konventionen entsprechende Gestaltung der Wirtschaft anzuregen, Koalitionen dafür über nationalstaatliche Grenzen hinweg aufzubauen und die Einhaltung vereinbarter Regelungen zu überwachen. Die Legitimität liegt nicht im Wahlverfahren, aber in der Angleichung an international legitimierte Konventionen. Auch Teile des global agierenden Privatsektors beginnen, nicht zuletzt aus wohlverstandenem eigenem Interesse, ihre zunehmende Verantwortung für eine den Menschen bekömmliche Wirtschaft wahrzunehmen. Mit seiner Aufforderung, sich einem »Global Compact« für die Sicherung von Arbeits- und Menschenrechten sowie für den Schutz der Umwelt und gegen Korruption anzuschließen, hat der frühere Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, sowohl dem Privatsektor als auch gemeinnützigen Nichtregierungsorganisationen eine Basis für dem entsprechende globale politische Regelungen der Wirtschaft geschaffen. Denn Unternehmen können sich auf Normen festlegen, die durch die allgemeinen Menschen- und Bürgerrechtserklärungen legitimiert sind, und die Einhaltung dieser Normen kann von Nichtregierungsorganisationen mit Vertrauenskapital überprüft werden.

Ein Problem besteht allerdings darin, dass derartige freiwillige Selbstverpflichtungen dann am ehesten binden, wenn andernfalls Reputationsverlust oder rechtliche Konsequenzen auch wirklich drohen. Deshalb braucht eine solche good global governance starke Gewerkschaften und NGOs, die die Öffentlichkeit beim Bruch der Selbstverpflichtung effektiv mobilisieren und so dagegen angehen können.

Nichtregierungsorganisationen können in diesem Sinne auch wichtige Anstöße für gesetzliche Regelungen oder internationale Konventionen geben, indem sie Unterstützerkoalitionen bilden und im Anschluss an politisch legitimierte Konventionen oder Gesetze professionell deren Einhaltung kontrollieren. Auch die Wirksamkeit des Global Compact von Kofi Annan sollte durch derartig vorangebrachte gesetzliche Sanktionen verstärkt werden. Das neue politische Arrangement für die Globalisierung der sozialen Marktwirtschaft liegt deshalb in einem Zusammenspiel der drei Akteure Politik, Privatsektor und organisierte Zivilgesellschaft - einschließlich der besonderen Rolle der Gewerkschaften –, das zur good global governance gestaltet werden muss, um den Zielen der sozialen Marktwirtschaft heute gerecht zu werden. Dabei wäre die Rolle der beiden zusätzlichen Akteure Privatsektor und organisierte Zivilgesellschaft nicht – nicht!, nicht! – die legitimierte Politik zu ersetzen, sondern ihr – wie ehedem in der früheren sozialen Marktwirtschaft – in einer antagonistischen, also Konflikte einschließenden Kooperation bei der produktiven Lösung unserer Herausforderungen zu helfen. Die Bekräftigung der Vorschläge der International Labor Organization und die Anerken-

nung der international agierenden Gewerkschaften ebenso wie der gemeinwohlorientierten NGOs als Partner in der good global governance wäre ein wichtiger funktionaler Ersatz für die frühere innerstaatliche Sozialpartnerschaft.

Hinsichtlich der notwendigen Regelungen für Transparenz und Wettbewerb auf dem globalen Markt ist vor allem die Unterscheidung zwischen dem gewünschten Freihandel auf den Gütermärkten einerseits und der zerstörerischen Deregulierung auf den Finanzmärkten andererseits von herausragender Bedeutung. Über deren erforderliche Neuregelung findet gerade ein entscheidender Kampf zwischen demokratisch legitimierter Politik und wirtschaftlicher Lobby statt. Das können wir zur Zeit in den Vereinigten Staaten besichtigen und verfolgen.

Ich ziehe ein Fazit:

Soziale Marktwirtschaft in der Globalisierung wird unübersichtlicher und komplizierter werden als unter nationalstaatlichen deutschen Bedingungen. Aber sie ist möglich. Sie verlangt allerdings von allen, insbesondere auch von der Privatwirtschaft, über ihre Partikularinteressen hinaus politische Gemeinwohlverantwortung für die Folgen ihres eigenen Handelns zu übernehmen. Mir scheint, die globalen Investment-Banken – einschließlich einer großen deutschen Investment-Bank – sind dazu noch nicht ganz bereit. In der Globalisierung muss es keine dauernden Verlierer geben. Die erste Welt kann und darf sich zwar nicht mehr auf Kosten der dritten bereichern, aber sie muss nicht an Lebensqualität einbüßen, vor allem wenn man bedenkt, dass diese immer mehr von immateriellen Gütern wie Vertrauen, Freundschaft, gelungenen Beziehungen abhängt, was die Menschen auch zunehmend spüren.

Mit Verstand, Fantasie, Verantwortungssinn und Ausdauer können wir die soziale Marktwirtschaft in der Globalisierung weiterentwickeln und sie damit so gestalten, dass wir sie gemeinsam gewinnen. Vielen Dank.

LAUDATIONES

Laudatio auf Berthold Leibinger

Prof. Dr. h.c. Lothar Späth | Ministerpräsident a.D. des Landes Baden-Württemberg

Herr Altbundespräsident,
hochwohllöbliche Versammlung – darf ich es so machen und die Begrüßungen nicht wiederholen –,

ich habe fünf Minuten, nach der fulminanten Festrede von Frau Schwan. Wir haben gestern ja schon zu streiten begonnen und ich habe den Eindruck, dass wir da etwas vor uns haben, wenn wir diese Forderungen in unsere Systeme einbauen müssen oder die Systeme neu ordnen müssen oder neue Gewichtungen suchen müssen. Es wird eine große Herausforderung. Ich glaube, sie hat erst begonnen und wir werden da nicht nur viel Zeit brauchen, sondern auch viel Energie, viel Offenheit für Neues und ein bisschen Verteidigung dessen, was sich trotz der unruhigen Zeit aus der Vergangenheit heraus bewährt hat. Es geht doch eigentlich wieder um den »ordentlichen« Gebrauch der Freiheit, und wie Ludwig Heuss in seinem Beitrag zum 40 jährigen Jubiläum des Theodor Heuss Preises festgestellt hat, um die Forderung nach zivilgesellschaftlicher Teilhabe. Allerdings – und das habe ich sehr aufmerksam weitergelesen – stellt Ludwig Heuss fest, dass diese Forderung nach zivilgesellschaftlicher Teilnahme und Gestaltungsmöglichkeit leer und kraftlos bleibt, wenn sie nicht gleichzeitig auf einem tiefen bürgerschaftlichen Verantwortungsbewusstsein ruht, das nicht nur die Partikularinteressen, sondern die Gemeininteressen der Gesellschaft im Blick hält. Und ich glaube, die beiden Dinge gehören zusammen.

Bei der Suche nach Vorbildern ist die Jury nicht zuerst auf Organisationen gestoßen – und das soll keine Bewertung sein, das ist ja mit den Medaillen berücksichtigt worden, aber es ist zunächst keine Institution ausgezeich-

net worden –, sondern man ist bei den Vorbildern auf zwei Persönlichkeiten gekommen, die in Ihrem langen Unternehmer-Leben das Ziel des wirtschaftlichen Erfolgs immer auch mit dem Engagement für das Gemeinwohl verbunden haben. Für einen der beiden, nämlich für Professor Dr. Berthold Leibinger, darf ich heute diese kurze Laudatio halten.

Berthold Leibinger ist Unternehmer aus Leidenschaft, weil er Selbstständigkeit und Verantwortung für sich und für andere tragen will. Das Familienunternehmen, die TRUMPF GmbH & Co. KG, strahlt diesen Geist aus. Wer ihn und das Unternehmen besucht, wird aber auch sofort spüren, welch unruhiger Forschergeist dazukommt, der ihn immer wieder treibt, neue Erkenntnisse zu gewinnen und sie in erfolgreiche Konzepte und Produkte umzusetzen.

Berthold Leibinger ist aber nicht nur Unternehmer, er ist auch Familienmensch – denn die Familie ist die Kraftquelle, aus der er seine Kraft schöpft und die er fürsorglich pflegt. Er ist gerne so etwas wie das Familienoberhaupt einer großartigen Familiengemeinschaft. Die Details, auf die Sie hingewiesen haben: In der Gestaltung der realen Welt – würde man da sagen - ist es sicher nicht ganz so einfach, aber wer Sie kennt, der weiß, dass bei Ihnen Familie, Beruf und Engagement in der Gesellschaft zusammengehört.

Und deshalb sind Sie einfach für uns gerade hier im mittleren Neckarraum der Familienunternehmer, der von kurzfristigem Shareholder-Value nichts hält, wohl aber von harter Arbeit, Ideenreichtum und zukunftsträchtigen neuen Technologien und der im Auf und Ab der Trends in Ökonomie und Gesellschaft mit sicherer Hand und Gottvertrauen seine Ziele verfolgt.

Hier ist auch der Politiker: Zuerst als Mäzen und Stifter, denn er belässt es bei seiner Zuwendung für die Gesellschaft und Öffentlichkeit nicht bei wohlfeilen Ratschlägen und Ermahnungen, sondern er greift selbst handelnd und fördernd ein. Ohne seine Unterstützung wären wir um viele Einrichtungen, die so entstanden sind, ärmer. Es gäbe so viele Beispiele, ich will sie nicht alle aufzählen, aber das Schiller-Nationalmuseum in Marbach muss ich heute erwähnen, nachdem gestern eine so großartige Veranstaltung dort stattgefunden hat. Und Sie sind eine besondere Art von Stifter. Wer Sie lange verfolgt, der sieht, dass Sie eine Stiftungspolitik betreiben, nämlich sehr oft derjenige sind, der etwas anregt und den ersten Betrag gibt und dann diejenigen, die nicht schnell geflüchtet sind, einfach in die gemeinsame Verantwortung einbindet. Ihre Firma, Ihre Stiftung, Sie selbst machen den Anfang, aber Sie haben die Möglichkeit – von der machen Sie auch Gebrauch und nehmen sich das Recht, darauf hinzuweisen –, dass der private Teil seinen Beitrag geleistet hat und es jetzt darauf ankommt, der öffentlichen Hand zu zeigen, dass sie ihren Teil auch bringen muss und dass das nicht so bequem geht, dass gewissermaßen die öffentliche Hand sich zurückzieht von einem Problem und es dann der Privatinitiative überlässt nach dem Prinzip »Euer Geld und unsere gemeinschaftliche Unterstützung ohne Geld« – das können wir zusammenbringen. Ich halte es für wichtig, weil wir sehr oft sagen: Na ja, zu spenden und zu fördern, das gehört zum guten Unternehmertum. Aber hier ist ein System, das einfach die Privatinitiative voran stellt und die Gesellschaft so wesentlich mitgestaltet.

In einer Vielzahl von ehrenamtlichen Tätigkeiten - auch die kann ich nicht aufzählen - sind Sie in unternehmerischen Verbänden tätig nach dem Prinzip: »Es hat keinen Sinn, wenn ich unten meinen Erfolg suche und mich im Übrigen beschwere, was alles nicht funktioniert, sondern ich muss eingreifen, ich muss Vorschläge machen und ich muss mich und andere verpflichten, diese Aufgabe des gemeinschaftsorientierten Unternehmens darzustellen.« Ihr Schwerpunkt ist nicht nur bei der Wirtschaft: Ihre Aktivitäten, Ihre Preise, Ihre öffentlichen Äußerungen sind auch wissenschaftlich orientiert, sind kunstorientiert und Sie bezeichnen das – und das spricht für Ihre Bescheidenheit – als Erfüllung Ihrer Bürgerpflichten. Wenn alle Bürger so ihre Bürgerpflichten sehen würden, hätten wir mehr Spielräume in unserer Gesellschaft.

Und das alles können nur Stichworte sein, denn um den Menschen Berthold Leibinger zu verstehen, muss man wissen, dass er Christ aus tiefster Überzeugung ist und deshalb auch ein Familienoberhaupt sein möchte, das der nächsten Generation nicht nur ein materielles Erbe, sondern eine Lebens-

philosophie mitgeben möchte. Und deren Werte hat er erprobt und für gut befunden. Und ich glaube, auch das müssen wir zusammenführen, nämlich das, was sich bewährt und bestätigt hat, und darauf können wir das Neue wagen. »Dazu gehört die Freiheit des Christenmenschen, aber auch die Verantwortung, für die freiheitliche wie auch für die solidarische Gesellschaft. Es sind im Kern die biblischen Werte und Maßstäbe, die das Fundament unserer Gesellschaft tragen.«, sagt Berthold Leibinger, um ihn selbst zu zitieren.

Das mag der eine oder andere – das habe ich auch gestern und heute gedacht – vielleicht für einen zu konservativen Ansatz halten, aber wer die Rede- und Schriftbeiträge Berthold Leibingers in den letzten Jahren, meist unter der Überschrift »Der ehrbare Kaufmann« liest und hört, der wird feststellen, dass Nachhaltigkeit und Innovationsbereitschaft in erfolgreichen Familienunternehmen zusammenfließen und, wie wir gerade lernen, diese Realwirtschaft mancher kurzlebigen Innovation der Finanzwirtschaft weit überlegen ist.

In diesem Sinne: Herzlichen Glückwunsch zum Theodor Heuss Preis 2010 und alles Gute! Vielleicht schaffen wir es, über die Ansätze und über die vielen neuen Aspekte, die wir von Frau Schwan heute zusammengefasst bekommen haben, zu streiten, aber auch die soziale Marktwirtschaft neuen Bedürfnissen anzupassen. Wir werden auf sie nicht verzichten können. Aber es heißt, wer nicht verzichten will, der muss Reformen wagen, und insoweit hätte das Thema nicht besser sein können und auch die Preisträger nicht, wie ich finde – das mögen mir die Vertreter der NGOs verzeihen, das will ich ausdrücklich sagen. Ich freue mich, dass die Medaillen ergänzend signalisieren: Da ist eine wichtige Sache. Diese Öffnung ja – aber nicht ohne das Alte gewissermaßen mit einzuplanen in das, was neu entstehen soll. Das sind fundamentale Grundsätze, die Theodor Heuss in diesen Zusammenhängen immer wieder geäußert hat. Herzlichen Dank.

LAUDATIONES

Laudatio auf Michael Otto

Prof. Dr. Dr. h.c. Ernst Ulrich von Weizsäcker | Co Chair, International Panel for Sustainable Ressource Management

Lieber Richard,
Frau Minister,
Frau Müller-Trimbusch,
verehrte Preisträger und Medaillengewinner,
lieber Michael Otto,
liebe Christel Otto,
meine verehrten Damen und Herren,

Michael Otto war 26 Jahre lang Vorstandsvorsitzender – jetzt ist er Aufsichtsratsvorsitzender – der Otto Gruppe. Das ist heute das größte, weltweit größte Versandhandelsunternehmen und das einzige, was wirklich international aufgestellt ist. Sie haben sich auch rechtzeitig in die elektronische Warenvermittlung eingeklinkt und haben damit das Schicksal anderer vermieden. Kurz: Michael Otto ist schlicht einer der erfolgreichsten deutschen Unternehmer.

Aber ein Theodor Heuss Preis wird nicht für unternehmerische Leistungen verliehen, obwohl die – und Herr Späth hat da völlig Recht – wichtig sind, entscheidend wichtig sind, sondern es ist das unglaubliche gesellschaftliche Engagement, was Michael Otto auszeichnet und wofür er heute ausgezeichnet wird. Da sind einmal die ungezählten Ehrenämter, als Kuratoriumsvorsitzender im Haus Rissen, wo wir uns zum ersten Mal persönlich begegnet sind. Dann der Vorsitz der Michael Otto Stiftung für Umwelt und der Werner Otto Stiftung für medizinische Forschung, der Vorsitz im Stiftungsrat von WWF Deutschland und vieles andere. Und schon 1991 waren Sie Öko-Manager des Jahres und 1997 haben Sie den Deutschen Umweltpreis bekommen, das ist wahrscheinlich die größte Umweltauszeichnung in Europa.

Aber für Ehrenämter allein bekommt man auch noch nicht den Theodor Heuss Preis. In Bezug auf das heutige Thema das wichtigste Engagement ist die erfolgreiche Initiative von Michael Otto, den sich anbahnenden Wildwuchs von Sozial- und Umweltstandards für die Zuliefererkette zu überwinden. Stellen Sie sich vor, Sie sind ein indischer Textilfabrikant und Zulieferer für Otto, Karstadt-Quelle, Metro und dann die ganzen Internationalen Händler, und die kommen jetzt alle mit edlen Vorschriften, was Sie alles machen müssen – da haben Sie einen Wildwuchs! Da haben Sie 15 verschiedene Standards, die Sie alle beherzigen müssen, einen neben dem anderen, und wenn Sie es nicht machen, dann verlieren Sie das Geschäft. Ein Albtraum! Aber dann haben Sie Glück: Da gibt es Michael Otto. Der bringt die alle an einen Tisch und sorgt dafür, dass sie sich auf gemeinsame Standards einigen. Die sind zwar, weil es eben Otto ist, sehr ehrgeizig, aber sie sind verlässlich. Darauf können Sie Ihren Betrieb einstellen und dann haben Sie eine Chance auch bei all den anderen. So etwas kann natürlich nur gelingen, so eine Koordination, wenn wirklich ehrgeizige Vorstellungen dahinterstehen. Und das haben Sie gemacht. Das Modell ist dann europaweit ausgeweitet worden und hat jetzt den Namen »Business Social Compliance Initiative«. Etwa 500 Mitgliedsunternehmen und Textilverbände sind daran beteiligt. Eine fantastische Leistung im Sinne des heutigen Mottos, der sozialen Marktwirtschaft in der Globalisierung. Das hat sich segensreich für die Überwindung von Kinderschinderei und der Vergiftung von Umwelt ausgewirkt, weil es den Preiswettbewerb unterhalb der Standards sinnlos gemacht hat. Dass es daneben auch für Otto gut war, für Kundenbindung, für Qualitätssicherung, für Ansehen – das ist doch völlig in Ordnung. Denn erst der geschäftliche Erfolg gibt der Initiative Dauerhaftigkeit. Und wenn es nicht dauerhaft wäre, was haben Sie dann davon?

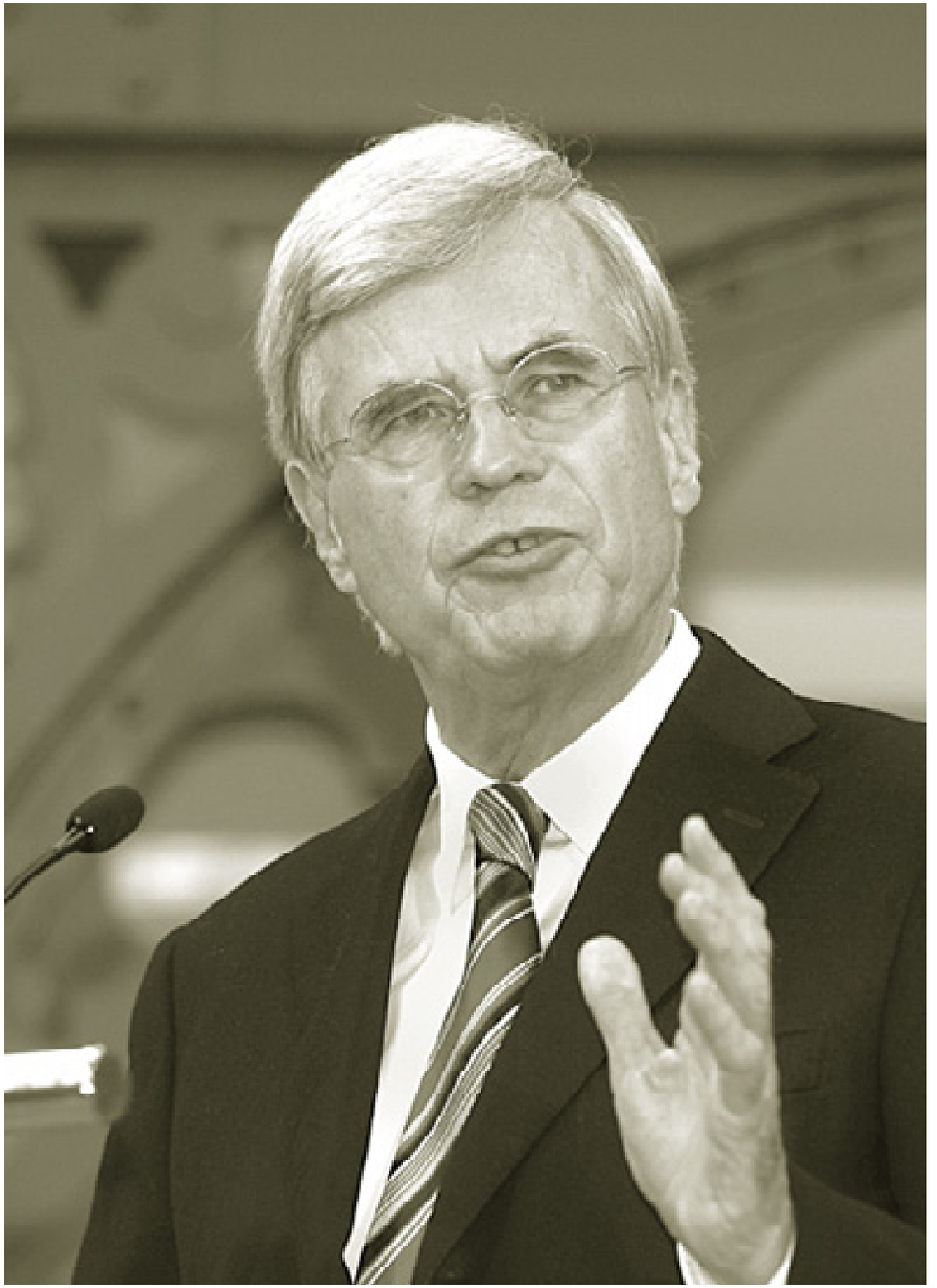
Baumwolle hat eine sehr lange und zu einem erheblichen Teil hässliche Geschichte. Denken Sie an die Sklaverei in den Südstaaten der USA, denken Sie an schreckliche Arbeitsbedingungen auch heute, denken Sie an Wasserentnahme für Baumwolle und nachher fehlt das Wasser woanders. Oder überhöhte Pestizideinsätze. Michael Otto wusste das und hat die Initiative ergriffen für Bio-Baumwolle mit der Verpflichtung zu kontrolliert biologischem Anbau und einem Gütesiegel, »Pure Wear« – die reinste Mode. Diese Stoffe sind auch besonders hautfreundlich – und haben ökologischen Anbaumethoden, immer auch verbunden mit sozial akzeptablen Methoden, ungeheuren Auftrieb gegeben.

Michael Otto hat die Aid by Trade-Stiftung ins Leben gerufen. Ein besonders wichtiges Projekt darin ist »Cotton made in Africa«. Hier werden Bauern südlich der Sahara mit modernen, effizienten Anbaumethoden vertraut gemacht, die die Qualität des Produkts steigern und höhere Erträge bringen und damit höhere Einkommen. 120.000, bald 180.000 Kleinbauern profitieren davon und nimmt man die Familien dazu, sind es 1,5 Millionen; unglaubliche Leistungen, das sind doppelt so viele Menschen wie hier in Stuttgart. Und Otto hat dafür gesorgt, den Absatz zu sichern, indem er Firmen wie Puma, Rewe, S'Oliver, Tom Tailor mit ins Boot geholt hat.

Auch bei uns im Land ist Michael Otto sehr hilfreich, wo es nur geht. Seine Umweltstiftung ist wohl die wichtigste in Deutschland zum Thema Wasser. Ganz besonders hat er sich um die für Hamburg wichtige Elbe gekümmert. Die Elbe-Erklärung zur ökologischen Weiterentwicklung der Elbe und Havel ging aus Kolloquien der Stiftung zur Elbe hervor und hat 2002 Eingang in das Handeln der Bundesregierung gefunden. Die Universitäten Greifswald, Hamburg und TU Berlin haben jeweils Sprünge nach vorne gemacht durch Stiftungsprofessuren, die er gestiftet hat.

Und dann gibt es das Hamburger Hauptschulmodell. Früher sind 6,7% der Hauptschulabgänger in die ungeförderte betriebliche Ausbildung direkt gegangen – viel zu wenig. Michael Otto initiierte und unterstützte vor zehn Jahren ein Netzwerk der Initiative für Beschäftigung, wo alle relevanten Hamburger Schulen sowie viele Betriebe mitmachten. Und nach wenigen Jahren hat sich die Übergangsquote in die duale Ausbildung auf über 19% verdreifacht. Ein großartiges Projekt, das ja auch der realen Integration von Zuwandererkindern ungeheuer gut tut. Es wurde 2005 mit dem Bertelsmann-Preis ausgezeichnet und an vielen Stellen kopiert, inzwischen auch international.

Es ist unmöglich, im Zeitrahmen einer Laudatio alle Leistungen des Preisträgers zu würdigen. Lassen Sie mich also summarisch feststellen: Wir haben es hier mit einem ganz ungewöhnlich erfolgreichen und zugleich vorbildlich sozial und ökologisch engagierten Unternehmer zu tun. Die Theodor Heuss Stiftung ist stolz auf diesen Preisträger 2010!



DANK DER PREISTRÄGER

Dr. Michael Otto

Auch ich möchte meine Anrede kurz fassen:
Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte mich ganz herzlich bei Ihnen, lieber Herr von Weizsäcker, bedanken für die freundlichen Worte. Darüber habe ich mich besonders gefreut! Ich freue mich sehr, dass ich heute hier in Stuttgart diesen wundervollen Preis der Theodor Heuss Stiftung in Empfang nehmen darf. Ich muss sagen, dass ich mich besonders geehrt fühle, und ich möchte dem Vorstand und dem Kuratorium der Stiftung ganz, ganz herzlich danken.

Der Theodor Heuss Preis steht für marktwirtschaftliches Engagement, für demokratisches Engagement, für Zivilcourage. Er steht für den Einsatz für die Stärkung, für die Weiterentwicklung der Demokratie. Und ich meine, dass wir in unserer Demokratie, in unserer sozialen Marktwirtschaft ein Wertegerüst haben, welches immer wieder mit Leben erfüllt werden muss. Wir sehen es gerade in der jetzigen Zeit, wo viele Zweifel haben, ob die soziale Marktwirtschaft funktionsfähig ist. Da ist es ganz besonders wichtig, die soziale Marktwirtschaft nicht nur wieder mit Inhalten anzufüllen, sondern sie auch nach außen zu vertreten, auch die Bedeutung, die Stärken klar zu machen und vor allen Dingen auch vorzuleben. Wir haben hiermit aber auch ein Wertegerüst, welches unsere Gesellschaft auszeichnet und welches für die Weltgemeinschaft außerordentlich wichtig wäre, wenn wir es global einsetzen könnten.

Die Demokratie ermöglicht Freiheit für jeden Einzelnen, Freiheit für die Unternehmen, für die Wirtschaft. Diese Freiheit ist aber gleichzeitig auch verbunden mit Verantwortung, denn Freiheit ohne Verantwortung führt ins Chaos. Und die Verantwortung ist umso wichtiger in einer Zeit, wo sich unsere Welt unwahrscheinlich schnell ändert, wo wir eine Globalisierung sehen, die unumkehrbar ist. Da nützt es nicht, dass einige die Globalisierung sehr kritisch sehen, es ist nun mal eine Entwicklung, die wir nicht aufhalten kön-

nen. Umso wichtiger ist es aber, dass wir Einfluss nehmen auf die Gestaltung der Globalisierung und dass wir gerade auch unsere soziale Marktwirtschaft, unser Wertesystem auf andere Länder übertragen, und das können natürlich auch gerade international agierende Unternehmen.

Das heißt, wir tragen alle Verantwortung, und das heißt nicht, dass man auf die Politik zeigt und sagt: Die sollen etwas tun oder die Industrie muss etwas tun – nein, es fängt bei jedem Einzelnen an, bei jedem Bürger, bei jedem Politiker, aber auch bei jedem Unternehmer und bei jedem Manager. Und zu dieser Verantwortung haben wir uns auch immer bekannt, und ich möchte noch einmal zwei Beispiele hervorheben, die Herr von Weizsäcker bereits erwähnt hat.

Nämlich einmal das Setzen von Sozialstandards für die Produzenten im Ausland. Das ist meines Erachtens genau der Weg, den wir gehen müssen, um letzten Endes unsere Werte in die Länder zu exportieren, in denen wir Möglichkeiten haben, Einfluss zu nehmen. Ich habe mich besonders gefreut, als ich 1996 die Vorstandsvorsitzenden der großen deutschen Einzelhandelsunternehmen eingeladen habe und sie dazu aufgefordert und eingeladen habe, sich diesen Standards anzuschließen. Wir können überall Konkurrenz machen, aber nicht unterhalb bestimmter Umwelt- und Sozialstandards, das war meine Aussage, und die große Mehrheit der Vorstandsvorsitzenden und Unternehmen haben sich dem angeschlossen, inzwischen auf europäischer Ebene – wir haben es gehört – gut 500 Unternehmen. Da haben wir natürlich Einflussmöglichkeiten, da können wir auch entsprechend Forderungen stellen an die Lieferanten, weil die sehen, dass sie ansonsten kaum Chancen haben, zu exportieren. Und in den Workshops, die wir mit den Lieferanten durchführen, bevor wir hinterher in die Auditierung gehen, sage ich, wenn ich selbst einmal daran teilnehme, sie investieren heute in die Zukunft, denn Umwelt- und Sozialstandards werden zunehmend als wichtig von den Konsumenten erachtet. Aber ich sage auch, in Zukunft werden sie überhaupt keine Produkte mehr verkaufen können, wenn sie nicht diese Standards haben. Diese Entwicklung wird kommen, deshalb ist es sehr sinnvoll, jetzt damit anzufangen.

Ein zweites Beispiel ist das »Cotton made in Africa«-Projekt. Hier muss man sehen, dass durch die von den Industrienationen heruntersubventionierten Baumwollpreise die kleinen afrikanischen Baumwollbauern praktisch nur überleben können, wenn die gesamte Familie einschließlich aller Kinder auf den Feldern mitarbeitet. Hier ging es uns darum, dass wir bei den bestehenden Weltmarktpreisen, die nun einmal so heruntersubventioniert sind und die wir sicherlich so schnell nicht ändern können – wobei man nur hoffen kann, dass vielleicht in der Doha-Runde noch etwas passiert, aber im Augenblick sieht das nicht so aus –, dass wir zumindest den Baumwollbauern Unterstützung geben durch verbesserte Anbautechniken und durch Reduzierung der Chemikalien, damit die Böden dauerhaft für die Landwirtschaft nutzbar bleiben und die Ernteerträge erhöht werden. Wir haben das vor einiger Zeit gemessen bei 40.000 Baumwollbauern in Sambia und konnten feststellen, dass wir mit diesen Maßnahmen die Ernteerträge um bis zu 80% steigern konnten. Aber wir sind sicherlich noch nicht am Ende. Mit den höheren Einkommen besteht dann die Möglichkeit, dass die Kinder nicht mehr auf den Feldern arbeiten müssen, dass sie zur Schule geschickt werden können, dass man das Geld hat für Schulkleidung, für Bücher oder für Schulgebühren in den Ländern, wo Schulgebühren erhoben werden.

Im Grunde ist das ein Konzept »Hilfe zur Selbsthilfe«, social business, und da bin ich der festen Überzeugung, dass das im Grunde auch die Zukunft der Entwicklungshilfe ist. Dass man Projekte hat, bei denen man eine Anschubfinanzierung gibt, hier also Schulungen, vielleicht noch ein, zwei Nachschulungen, aber dann trägt es sich selbst, dann hat es eine Eigendynamik und es sind Projekte, die nicht dauerhaft am Tropf hängen. Das ist eben etwas anderes als Charity. Charity ist wichtig, wenn konkrete Notsituationen sind, wenn wir eine Hungersnot haben, dann müssen wir sicherlich dort etwas tun, aber wir lösen die Probleme nicht. Die Probleme lösen wir nur durch Hilfe zur Selbsthilfe, weil das sich selbst tragende Konzepte sind und es ist auch eine Frage der Menschenwürde. Denn die Menschen wollen ja arbeiten, sie wollen durchaus ihren Lebensunterhalt selbst verdienen, aber wir müssen ihnen die Chance geben, wir müssen ihnen dabei helfen.

Ich möchte sagen, dass ich alle meine Aktivitäten natürlich nur mit Hilfe von engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, von meiner Familie, meiner Frau erreichen konnte, denn alles ist letzten Endes eine Gemeinschaftsaufgabe und deswegen gebührt der Preis auch allen Beteiligten. Ich freue mich ganz besonders darüber und er ist Ansporn für mich, in Zukunft mit großem Engagement die Projekte weiter voranzubringen. Nochmals ganz herzlichen Dank.

DANK DER PREISTRÄGER

Prof. Dr.-Ing. E.h. Berthold Leibinger

Herr Altbundespräsident,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

am Anfang steht natürlich der Dank. Lieber Herr Späth, Sie haben mich schon ein paar Mal loben müssen oder dürfen und ich stelle immer wieder fest – mit Freude – dass Sie neue Aspekte entdecken und hinzufügen.

Dass Sie erwähnt haben, dass ich mich für einiges einsetze, was ich für unsere Wirtschaft und vor allem für unsere Gesellschaft für wichtig halte und dass ich dazu auch Mitstreiter suche, manchmal nachdrücklich suche, das hat mich gefreut und vor allem aber, dass Sie auf mein Verhältnis zum Staat hingewiesen haben in diesem Zusammenhang, den ich, wenn die public private partnership zu sehr zur private Geschichte werden soll, gelegentlich auffordere, doch mitzuwirken. Mein Verhältnis zum Staat ist auch zu beschreiben als eine antagonistische Kooperation; ein Begriff, den Frau Schwan eingeführt hat, den sie auch heute nochmals wiederholt hat. Gestern haben wir uns schon intensiv damit auseinandergesetzt. Frau Schwan, Sie haben – ich bleibe zunächst noch beim Scherzhaften – mit diesen beiden Wörtern mein Weltverständnis erweitert. Das ist in der Tat eine gute Beschreibung vieler Verhältnisse, diese antagonistische Kooperation – im Leben schlechthin. Der gestrige Nachmittag und die heutige Rede von Frau Schwan haben mich zum Nachdenken gebracht über das Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft und ich denke, dass die angestoßene Diskussion mindestens für mich wichtig ist und nachhallt.

Der Theodor Heuss Preis ist eine ganz besondere Sache für mich. Theodor Heuss war mir schon vor 65 Jahren, 1945, bekannt. Ich war damals Schüler am Ulrich von Hutten-Gymnasium in Korntal und Theodor Heuss war in dem Württemberg-Baden, das wir hatten, der erste Kultminister. Mehr:

Er war ein Ideal für uns junge Menschen. Wir kannten ihn durch seine Publikationen, auch durch seine Reden am Radio – Fernsehen gab es noch nicht. Ich erinnere mich an hitzige Debatten mit Leuten der Generation vor uns, die weder von der Demokratie noch von ihren Repräsentanten überzeugt waren. Heuss, für den wir stritten, war ein wichtiges Vorbild für uns. 1952, ich war inzwischen Student des Maschinenbaus an der Technischen Hochschule in Stuttgart, kam Heuss als Bundespräsident anlässlich der Einweihung des ersten wiederhergestellten Gebäudes der TH, 250 m von hier entfernt, um zu uns zu sprechen. Auf dem Areal zwischen hier, der Reithalle, und der Universität dort war ein großes Aufbereitungswerk für den Stuttgarter Trümmerschutt – der eine oder andere wird sich vielleicht noch daran erinnern –, aus dem man Baumaterial gewann. Es war ein großes Gedränge der Studenten auf dem Vorplatz des wiederhergestellten Gebäudes – in Vorkriegsqualität, wie man damals sagte. Theodor Heuss stand mitten unter uns Studenten, - ohne Sicherheitsbeamte – und sprach frei, ohne Manuskript. Die Schritte des Wiederaufbaus seien für uns wichtig, sagte er, und sichtbar; überall gehe es vorwärts, und wir seien mittendrin. Noch sei viel Schutt abzutragen, sagte er mit Blick auf die Nachbarschaft, um uns herum, körperlich. Aber auch in den Köpfen gebe es noch viel zu ordnen. Die Zukunft aber liege in unseren Händen oder eigentlich in unseren Köpfen, denn entscheidend für die Zukunft Deutschlands seien die geistigen Leistungen, die wir zu erbringen hätten. Natürlich erinnere ich mich nicht mehr an den Wortlaut seiner Rede, aber seinen Appell und seine Anliegen haben wir verstanden.

Der Theodor Heuss Preis ist für mich, den Schwaben – Sie hören es –, den Stuttgarter, eine ganz besondere Sache. Meine Generation, die erste Nachkriegsgeneration, hat seine Maximen nicht nur begriffen, wir haben auch einige Gedanken verwirklichen können, für die Theodor Heuss eintrat. 65 Jahre lang blieb uns die freiheitlich-demokratische Ordnung erhalten. Ein ungeheures Geschenk. Sie hat unser Tun nicht nur bestimmt, sie hat es ermöglicht. Ich weiß, dass sich die Welt seit meiner Jugend verändert hat, auch die Welt der Deutschen hat sich verändert; vielleicht nachhaltiger als anderswo. Aber die Grundanliegen von Theodor Heuss sind geblieben: leben und wirken in Freiheit, handeln in eigener Verantwortung und nach eigenem Urteil. Das war das Fundament, auf das wir bauen konnten; das Ganze gebunden durch eine soziale Verpflichtung, das haben wir immer akzeptiert. Es ist eigentlich auch ganz einfach. Meine Eltern hätten gesagt: Man muss sich gegenüber Mitmenschen anständig verhalten, das genügt. In diesem Sinn nehme ich den Preis mit Dankbarkeit an. Ich weiß, dass sich mit der Annahme dieses Preises die Verpflichtung verbindet, das, wofür der Preis steht, weiterzugeben. Darum will ich mich auch weiterhin bemühen. Ich danke Ihnen.

FRAGEN AN DIE PREIS- UND MEDAILLENTRÄGER

Dr. Michael Otto
Prof. Dr.-Ing. E.h. Berthold Leibinger
Paul Bendix, Geschäftsführer Oxfam Deutschland e.V.
Karsten Gerloff, Präsident Free Software Foundation Europe e.V.

Moderation: Prof. Dr. Dr. h.c. Ernst Ulrich von Weizsäcker

Ernst Ulrich von Weizsäcker:
Die beiden Preisträger haben Sie gehört, kennen ihre Namen. Bei den Medaillenträgern haben wir hier Karsten Gerloff von der Free Software Foundation Europe und Paul Bendix von Oxfam Deutschland.

Wir wollen uns jetzt noch ein bisschen unterhalten über das Thema. Sagen Sie mal, Herr Leibinger, Herr Otto, wenn weltweit die von Herrn Otto angesprochenen Standards verbindlich beschlossen und durchgesetzt würden: Wäre das für Ihre jeweiligen Unternehmen ein Nachteil oder ein Vorteil?

Berthold Leibinger:
Also für uns wäre es ein Vorteil, ohne jede Frage. Unser Unternehmen bewegt sich im Hochtechnologiebereich – wir sehen uns Konkurrenten gegenüber, die in der Regel weniger sorgfältig mit den Fragen umgehen, die Sie ansprechen, mit der Frage der Standards, der Standards im weitesten Sinne. Das beginnt ja bei den Mitarbeitern im eigenen Haus und setzt sich dann über alles, was hier angesprochen wurde, fort. Für uns wäre es ein Vorteil, wenn wir alle auf gleicher Ebene, auf gleicher und besserer Ebene arbeiten würden.

Ernst Ulrich von Weizsäcker:
Danke. Herr Otto?

Michael Otto:
Auf jeden Fall ein Vorteil, denn dadurch erreichen wir auch, dass wir das Problem Sozialdumping, Umweltdumping in den Griff bekommen, denn wir müssen einfach realisieren,

dass es durchaus Unternehmen gibt, die darauf keinen Wert legen und meinen, dann über sehr aggressive Preise ihre Marktanteile zu erweitern. Ich glaube, dass wir den Wettbewerb auf allen Sektoren führen können – ich hatte das vorhin kurz angeschnitten –, aber eben nicht im Bereich Sozialstandards und Umweltstandards.

Ernst Ulrich von Weizsäcker:
Und Oxfam wäre auch zufrieden?

Paul Bendix:
Sehr sogar, es wäre wunderbar!

Ernst Ulrich von Weizsäcker:
Kann die Free Software Foundation das unterstützen?

Karsten Gerloff:
Ja, uns geht es ja um die gleichberechtigte Teilnahme an der Informationsgesellschaft, aber dazu müssen natürlich bestimmte Grundlagen erfüllt sein. Dazu muss erstmal Essen im Haus sein, ein ausreichender Lohn, jemand muss lesen können, schreiben können, all diese Dinge sind sehr wichtig. Insofern bewundere ich sehr, was Sie, Herr Otto, da geleistet haben und weiterhin leisten.

Ernst Ulrich von Weizsäcker:
Es gibt ja gelegentlich die Aussage: Ja, wenn wir dann diese edlen Standards einhalten müssen, dann reicht es alles nicht, dann haben wir noch mehr Arbeitslosigkeit oder ich weiß nicht was. Kennen Sie diese Sorte von Argumenten? Was sagen Sie dagegen?

Michael Otto:
Ich kenne die Argumente, die in der Tat auch immer wieder hochkommen. Ich bin aber der Meinung, dass die nicht greifen, denn letzten Endes, wenn alle gleiche Bedingungen haben, dann kann es durchaus sein, dass sich Produkte verteuern, aber das gilt dann generell für alle und es führt nicht zu Wettbewerbsverzerrungen. Wobei ich sogar die Erfahrung gemacht habe bei unseren Lieferanten, dass die Lieferanten, die die Sozialstandards und Umweltstandards am besten einhalten, auch diejenigen sind, die am pünktlichsten liefern, die die beste Qualität liefern und keineswegs höhere Preise haben, weil sie einfach sehr, sehr gut organisiert sind, sehr effizient arbeiten. Also von der Seite her kann man meines Erachtens durch innerbetriebliche Verbesserungen durchaus eine Kostensteigerung auffangen.

Berthold Leibinger:
Ich glaube auch, dass durch – ich sage es nochmals ganz einfach – anständiges Verhalten weltweit sich die Probleme nicht vergrößern, sondern vermindern und ich kann überhaupt nicht sehen, wie durch die Einhaltung von Standards, die Menschenbedürfnisse, die Menschenforderungen berücksichtigen, weniger Arbeit entsteht, Arbeitslosigkeit entstehen könnte. Es könnten sich einzelne Produkte oder Leistungen verteuern, das ist durchaus möglich, aber auf der anderen Seite stehen wir einer Vermehrung der Leistungskraft des Globus gegenüber, so dass man nicht mit einer schlechteren Gesamtbilanz, sondern eindeutig mit einer besseren Gesamtbilanz herauskommen würde und müsste. Im Übrigen gibt es auf der Welt vielmehr diese Angst, wir haben nicht mehr genügend zu tun. Die habe ich noch nie begriffen. Auf dieser Welt gibt es viel mehr ungelöste als gelöste Probleme und wir können ein bisschen dazu beitragen – auch wir Deutschen – mit unserem Standard, dass Probleme gelöst werden.

Ernst Ulrich von Weizsäcker:
Herr Bendix, möchten Sie das kommentieren?

Paul Bendix:
Wie gesagt, das wäre wunderbar, wenn es so wäre. Nur das eine ist, einen Standard setzen, das begrüßen wir sehr, das finden wir toll und wir arbeiten ja auch mit, wie Sie wissen, kritisch, in kritischer Kooperation. Wir würden uns aber wünschen, dass in stärkerem Maße auch in armen Ländern Gewerkschaften und NGOs in die Überprüfungen mit eingebunden sind. Wir würden uns wünschen, dass die BSCI – die Business Social Compliance Initiative – eine Multi-Stakeholder-Initiative wird, wo eben auch andere Partner mitwirken, nicht nur Unternehmen.

Ernst Ulrich von Weizsäcker:
Gut. Ich würde trotzdem jetzt ganz gerne diesen Teil resümieren und sagen: weltweite Sozial- und Umweltstandards scheinen wesentlich mehr Gewinner als Verlierer zu haben. Bei den Armen und bei den Begüterten, bei der Umwelt, bei der Akzeptanz von Demokratie, von sozialer Marktwirtschaft und so weiter. Heute ist dieses aber doch in wesentlichen Teilen noch Wunsch und nicht Realität. Außer in den Teilen, wo Sie sich haben durchsetzen können. Und damit komme ich jetzt kurz auf die Ausführungen von Gesine Schwan

zurück. Die Globalisierung ist eine Herausforderung, um das, was auf nationalstaatlicher Ebene noch ganz gut durchsetzbar war, jetzt international zu machen. Die Grundidee von Adam Smith, dem Urvater der Marktwirtschaft, war, dass zwischen Staat und Markt eine vernünftige Balance besteht. Das war auch zu seiner Zeit gewissermaßen selbstgegeben. Die geographische Reichweite des Marktes und die geographische Reichweite des Rechtsstaates waren identisch. Heute ist die geographische Reichweite des Marktes global und das Recht ist national. Diese Diskrepanz führt zu einer viel zu hohen Macht, einer Sorte von Markt, die auf diese Standards keine Rücksicht nimmt, die also Billigkonkurrenz – oder wie immer Sie es nennen – geradezu begünstigt. Also brauchen wir jetzt die global governance, von der Gesine Schwan gesprochen hat und dafür brauchen wir natürlich auch die NGOs. Wie gehen wir damit um? Haben Sie Ideen?

Berthold Leibinger:
Also zunächst möchte ich doch auch einmal anmerken: Wir vermeiden ja alle jetzt einzelne Staaten oder einzelne Regionen zu nennen, aber ich möchte es doch tun. Vieles von dem, was wir thematisiert haben, sehen wir in China, der großen Wachstumsmarkt, aber auch der großen Wirtschaftsmacht, die in diesem Land entstanden ist – einfach auch ausgehend von der schieren Zahl der Menschen, die dort leben und der Intelligenz und dem Fleiß dieser Menschen. Jeder, der Asien kennt, muss immer wieder den Hut ziehen vor dem demütigen Einsatz, den viele Menschen in Asien erbringen. So empfinde ich es immer wieder. Aber hier wird ja, wenn wir die wirtschaftliche Entwicklung sehen und vieles kritisieren im Umgang mit den Menschen dort, sehr nationalstaatlich gehandelt. Ich sehe hier nicht so sehr die übergreifende Marktmacht, sondern ich sehe an diesem Beispiel, dass es sehr starke, nationale Einflüsse auf das, worüber wir die ganze Zeit reden, nämlich dieses Heraufbewegen der Standards, das wird sehr nationalstaatlich beeinflusst.

Ernst Ulrich von Weizsäcker:
Völlig richtig. Es gibt zwei Nationalstaaten, die sozusagen die Globalisierung dominieren und die nicht von der Globalisierung dominiert sind; USA und China.

Michael Otto:
Also ich meine, wir werden sicherlich nicht alle Staaten verändern können, sondern das wird von den Staaten selbst kommen müssen, aber ich glaube, wir können vieles beeinflussen, wir können zumindest Segmente vieler Staaten beeinflussen, beispielsweise eben Produzenten beeinflussen, indem wir Auflagen machen oder ansonsten nicht mehr kaufen. Deshalb haben wir schon die Möglichkeit, dass wir einiges beeinflussen können, auch wenn wir den gesamten Staat dadurch nicht ändern. Nur es fängt ja irgendwo an, es muss irgendwo anfangen. Nur dann entwickelt es sich weiter und dann wird auch einmal Druck auf den betroffenen Staat ausgeübt werden. Und ich glaube, dafür sind die NGOs ganz wichtig, indem sie Unternehmen, die sich eben nicht entsprechend verhalten, dann auch attackieren, und das ist insofern wichtig, weil dadurch die Unternehmen eine erhöhte Aufmerksamkeit im Hinblick auf Sozialstandards und Umweltstandards legen werden. Und wenn inzwischen Rating-Agenturen das nachhaltige Wirtschaften von Unternehmen mit ins Rating einbeziehen, dann ja nicht, weil diese Agenturen so umweltfreundlich sind, sondern weil sie sagen, es ist ein erhöhtes Risiko, wenn man nicht nachhaltig wirtschaftet, weil nämlich NGOs ein Unternehmen dann einmal an die Wand stellen können und dann entsprechende Umsatzeinbrüche kommen können. Das sind genau die Zusammenhänge und deshalb spielen die NGOs eine ganz wichtige Rolle.

Karsten Gerloff:
Ich bin auch der Ansicht, dass eine good global governance nicht nur von Staaten gemacht werden kann. Staaten spielen eine Rolle, aber wie Sie, Herr von Weizsäcker, sagen, die Reichweite des Nationalstaats ist begrenzt, auch die Reichweite regionaler Staatenbünde ist begrenzt und die Machttiefe, die Machtfülle von Organisationen wie den Vereinten Nationen ist jedenfalls auch begrenzt. Wir erleben das in unserer Arbeit bei Organisationen wie der World Intellectual Property Organization, wo man zwar mithelfen kann, schöne Vorschriften zu machen, aber in der Umsetzung verändert sich dann wieder sehr vieles, bis es auf nationalstaatlicher Ebene angekommen ist. Zusammen mit den Staaten tragen auch die Unternehmen zur good global governance bei, aber auch die einzelnen Bürger, die

einzelnen Menschen, die wiederum die Staaten beeinflussen, die Unternehmen beeinflussen und unser Ziel ist es, diesen Menschen Freiheit zu geben, sie aufzuklären über die Möglichkeiten, die die Technik ihnen bietet, sie zur Teilnahme anzuregen und dazu zu bringen, auf ihre Staaten und auf die Unternehmen, von denen sie kaufen, in denen sie mitarbeiten, Einfluss auszuüben im Hinblick natürlich erst einmal auf die Ziele unseres gemeinnützigen Vereins, aber dann auch auf eine freiheitliche Gestaltung der digitalen Gesellschaft.

Ernst Ulrich von Weizsäcker:
Herr Leibinger.

Berthold Leibinger:
Also ich bin Optimist, sonst hätte ich meinen Beruf verfehlt, aber ich möchte auf eine Sache noch hinweisen. Herr Otto und Herr Gerloff sagten gerade, was von außen an Wirkung auf die Entwicklung der Gesellschaften in den einzelnen Staaten wirken kann, was das bedeuten kann. Ich glaube auch sehr an die Wirkung von innen und zwar einfach durch die technische, wissenschaftliche, wirtschaftliche Entwicklung in einem Land. Ich glaube, es gibt keine bessere Fortführung, keinen besseren Nährboden für die Entwicklung von Menschenrechten, für die Verbesserung von Menschenrechten, von Umwelterhaltungsgedanken als eine gesunde, eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Menschen, die anspruchsvolles Wirtschaften praktizieren, die müssen dazu denken, und wenn man denkt, verbessert sich die Welt. Und man kann nicht nur mit der Hälfte des Gehirns denken; wenn man technische, wissenschaftliche Zusammenhänge begreift, dann begreift man auch Anderes.

Ernst Ulrich von Weizsäcker:
Ausgezeichnet.

Paul Bendix:
Ich würde gerne noch einmal auf Frau Schwans Vortrag zurückkommen. Also wenn man die drei Teilnehmer dieser Global Governance betrachtet, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, dann ist sicherlich die Wirtschaft am stärksten verflochten und am globalsten; Wirtschaftsunternehmen arbeiten global. Ich würde sagen, die Politik oder die Staatengemeinschaft hinkt am meisten zurück, und ich denke immer wieder – und Sie wahrscheinlich auch – an Kopenhagen, das war ein wirklich erbärmliches Ergebnis. Die Zivilgesellschaft ist dabei – und relativ erfolgreich –, eine globale Zivilgesellschaft zu werden, also ein globales Bündnis von Menschen, die ähnlich denken und die natürlich in der Zeit des Internets auch ganz wunderbar miteinander kommunizieren können. Insofern denke ich, beim Staat hakt es zur Zeit, da würde ich ansetzen wollen.

Ernst Ulrich von Weizsäcker:
Gut, der Staat ist durch seine nationalen Grenzen gewissermaßen definiert. Zivilgesellschaft und Firmen sind das nicht, das ist auch zum Teil Definitionsfrage und da kommt dann eben die Frage der übernationalen Zusammenarbeit herein, wie der Europäischen Kommission und ASEAN und was es so alles gibt.

Ich versuche zum Schluss ein bisschen zu resümieren. Wir sehen den großen Vorteil, fast die Notwendigkeit einer Durchsetzung von Anstandsregeln – ökologisch und sozial – weltweit im wirtschaftlichen Geschehen. Alle – Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft –, wir alle würden davon profitieren. Es gibt Schwachpunkte, Egoismen; wir sollten Anreizsysteme in der Politik entwickeln, die diejenigen im Staat, die sich mit NGOs und Wirtschaft zusammensetzen, um so etwas wie vernünftige Standards weltweit zu entwickeln und durchzusetzen, belohnen und diejenigen, die reinen Provinzialismus und lokalen Egoismus feiern, eher bestrafen. Da muss auch die Presse mitmachen, die Medien sind ja häufig verliebt in die Lokalität und mögen das Globale überhaupt nicht, da gibt es auch viele Beschimpfungen, das ist in Amerika noch viel schlimmer als bei uns. Das heißt, also auch da gibt es manches Erzieherische zu leisten. Es hat mich an der Oxfam-Geschichte besonders beeindruckt, dass sie eben auch bildungs- und erziehungsmäßig mit tätig sind. In diesem Sinne war das, glaube ich, auch eine sehr bildende Veranstaltung heute, und der Theodor Heuss Stiftung ist sehr zu danken. Vielen Dank!

SCHLUSSWORT

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB | Bundesjustizministerin und Stellvertretende Vorsitzende der Theodor Heuss Stiftung

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Herr von Weizsäcker hat in seinem Resümee eigentlich schon das Schlusswort gesprochen. Mir bleibt jetzt zunächst einmal, Ihnen allen im Namen der Theodor Heuss Stiftung zu danken für wohlwollende, geduldige Aufmerksamkeit; allen zu danken, die im Vorder- und Hintergrund an der guten Vorbereitung und an der Gestaltung der heutigen 45. Theodor Heuss Preisverleihung mitgewirkt haben. Mein ganz besonderer Dank gilt all denen, die durch ihre Persönlichkeit, durch ihre Beiträge und Anregungen und durch das Aufzeigen von Spannungsfeldern und Notwendigkeiten politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Überlegungen einen Beitrag leisten zu einem sich hoffentlich fortsetzenden Diskussions- und Auseinandersetzungsprozess in unserer Gesellschaft.

Denn genau das ist das Ziel der Theodor Heuss Stiftung. Wenn wir uns im Vorstand und im Kuratorium intensive Gedanken machen, welches Thema wir aufgreifen und welche Persönlichkeit und Initiativen wir auszeichnen wollen, dann wollen wir mit dieser Ausgestaltung unserer Preisverleihung Denkanstöße in die Gesellschaft und an alle Akteure geben, aber natürlich auch in die Politik mit hineinwirken. Und sie, die Politik, kam bei der heutigen Preisverleihung am schlechtesten weg. Ich glaube, es ist deutlich geworden, das es in der Politik Defizite gibt, schon beginnend bei der Analyse derzeitiger Situationen und der Analyse der Herausforderungen, denen sich Politik zu stellen hat. Im Hinblick auf einen wirklich befördernden Prozess muss man auch über feste Strukturen, Denkmuster, Rituale hinausgehen und man wird erkennen, wie fruchtbar das Zusammenspiel politisch Verantwortlicher, Verantwortlicher der Wirtschaft, der Unternehmen und der Zivilgesellschaft ist. Dass wir diese Herausforderung mit einem gewissen Grundoptimismus

angehen – und da danke ich den heutigen Beiträgen sehr –, ist notwendig, zu vermitteln, denn wir haben nicht die Situation, dass die soziale Marktwirtschaft versagt hat oder am Ende ist. Nein – wir müssen Anreize schaffen, um das, was Einzelne an Verantwortung, Leistung und Risikobereitschaft einbringen können, für die Zukunft zu sichern, auch über die nationalen Grenzen hinweg. Genauso wird es aber immer notwendig sein, sich als politisch Verantwortliche über den Gestaltungs- und Ordnungsrahmen Gedanken zu machen. Reformen und Strukturveränderungen müssen von der Politik mit angestoßen und dann in die Gesellschaft kommuniziert und dort mitgetragen werden. Grundlegende Reformen, nicht einzelne Aspekte, die viel zu kurz greifen, auf die richtige Art und Weise anzustoßen und umzusetzen, das, glaube ich, muss noch stärker auch von der Politik selbst angenommen werden.

Die Debatte und die Beiträge haben gezeigt, dass nationale Politik natürlich nur ein Aspekt ist und deshalb begrenzt in der Wirkung. Europa sehe ich dagegen als einen regionalen Zusammenbund – ohne diesen damit juristisch definiert zu haben –, als eine Erfolgsgeschichte und als eine dringende Gestaltungsherausforderung. Aktuelle Ereignisse haben gerade wieder gezeigt, dass es sehr schwierige Aufgaben zu bewältigen gibt, zu der die europäische Politik nur einen Teil leisten kann. Aber einen muss sie leisten, meine Damen und Herren – die Rahmenbedingungen mutiger zu setzen, damit das, was in der Realwirtschaft richtig läuft, sich auch in der globalen Finanzwirtschaft wieder in besseren Bahnen bewegt, damit Auswüchsen Einhalt geboten wird und das, was hier heute durch Persönlichkeiten verkörpert wird - nämlich Verantwortung und Haftung in einer Person und in Unternehmen zusammenzubringen –, auch für global agierende Akteure auf den Finanzmärkten zu gelten hat. Und wenn das nicht mit Standards geht, bei denen einzelne sich dafür einsetzen, die richtigen Regeln einzuhalten, dann sind andere gefordert und herausgefordert. Ich denke, das ist ein Ergebnis, das der Politik in Deutschland Ansporn sein sollte nach dieser heutigen 45. Theodor Heuss Preisverleihung.

Die Verleihung ist mitten in den Themen dieser Zeit, sie hat die wichtigen Fragen, die uns alle umtreiben, aufgeworfen und auch Lösungsansätze gegeben. Ich hoffe, dass es gelingt, einige dieser heutigen Botschaften über die Medien auch einem noch sehr viel größeren Kreis Interessierter zukommen zu lassen.

Herzlichen Dank, dass Sie da waren und dass Sie sich eingebracht haben. Jetzt gibt es nach gut zwei Stunden des Zuhörens und Mitdenkens, des innerlich Begleitens die Gelegenheit, dies in einem gemütlichen Rahmen fortzusetzen. Herzlichen Dank, dass Sie dem Theodor Heuss Preis wieder Ihre Anerkennung und Unterstützung durch Ihr Beisein gezeigt haben. Vielen Dank!

Burkhard Hirsch
Richard v. Weizsäcker
Ernst Ulrich v. Weizsäcker

Sami Mansour

Doris Leibinger
Berthold Leibinger
Lothar Späth

oben rechts:
Berthold Leibinger
Gaby Fehrenbach

oben links:
Ludwig Theodor Heuss
Christl Otto
Michael Otto

Teodor Tirlea

Michael Otto
Helmut Nanz
Hermann Scholl

»SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IN DER GLOBALISIERUNG«

HERBSTTAGUNG »SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IN DER GLOBALISIERUNG:
WER SETZT DIE REGELN?«, 15. OKTOBER 2010
RATHAUS STUTTGART

BERICHT ÜBER DIE HERBSTTAGUNG

Rupprecht Podszun

Dr. Rupprecht Podszun | Wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht in München

Die Teilnehmer, die mit dem Zug zur Herbsttagung der Theodor Heuss Stiftung angereist waren, erhielten ihre Lektion in Sachen Demokratie schon am Bahnhof: Ein Teil der Stuttgarter Bürgerschaft stemmte sich gegen den Bahnhofsneubau »Stuttgart 21« und machte demokratische Mitspracherechte geltend. Nicht nur das Bahnhofsprojekt war durch diese Proteste ins Wanken geraten, auch die Regelsetzung wurde grundsätzlich in Frage gestellt. Der Aufruhr, für die Nachgeborenen sei das festgehalten, war spektakulär, so sehr, dass Michael Klett, Vorstandsmitglied der Heuss Stiftung, sich in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung fragte, was bloß mit seinem Stuttgart los sei.

In Stuttgart hatte sich eine Debatte entzündet, die auf lokaler Ebene spiegelte, was auf globaler Ebene die Heuss Stiftung in ihrem 45. Jahr beschäftigte: das Unbehagen mit Verfahren der Regelsetzung, die als inadäquat für komplexe Probleme empfunden werden. Die Herbsttagung der Theodor Heuss Stiftung 2010 widmete sich dem Thema unter der Überschrift »Soziale Marktwirtschaft in der Globalisierung: Wer setzt die Regeln?«. Als die Heuss Stiftung ihre Herbsttagung im Stuttgarter Rathaus begann, schickte sich eben dort der CDU-Politiker Heiner Geißler an, den Streit um »Stuttgart 21« zu schlichten. Er hatte sich, wenn man auf die globale Thematik der Heuss Stiftung blickt, ein vergleichsweise dünnes Brett vorgenommen.

I. Ausgangspunkte

Eine Marktwirtschaft braucht Regeln, erst recht eine soziale Marktwirtschaft. Die Regelhaftigkeit der sozialen Marktwirtschaft gilt in der deutschen Politik als Credo, seit Ludwig Erhard und seine Berater aus der »Freiburger Schule« des Ordoliberalismus die soziale Marktwirtschaft erfunden haben. Gesine Schwan hatte in ihrer Ansprache beim Kolloquium auf den Zusammenhang von Markt, Wettbewerb und Recht nachdrücklich hingewiesen. Hintergrund des Zusammenhangs von Markt und Recht ist das Freiheitsparadoxon, das im 20. Jahrhundert Karl Popper ins Bewusstsein gerufen hat: Freiheit schließt auch die Freiheit ein, eben diese zu beseitigen. Um dieser Gefahr zu begegnen, braucht auch eine Freiheitsordnung Regeln. Für welchen Bereich gilt das stärker als für die Wirtschaft?

Berthold Leibinger und Michael Otto, die Träger des Theodor Heuss Preises 2010, verkörpern mit ihren Lebenswerken genau dieses Doppelspiel von Freiheit und Verantwortung. Sie haben innovativ, grenzüberschreitend und sehr erfolgreich ihre Unternehmen geführt und dabei die Grenzen der Freiheit ausgelotet. Doch nie haben sie die Verantwortung vergessen, die aus Freiheit erwächst, und die so nötig ist, um die Grundlagen der Freiheit zu sichern. Die Marktwirtschaft schreibt eben solche Erfolgsgeschichten der Freiheit.

Die Schlüsselfrage der heutigen Zeit ist, wie wir Freiheit und Verantwortung in einem internationalen Maßstab noch in Einklang bringen. Wie übertragen wir die Regeln, die wir im nationalen System relativ erfolgreich etabliert haben, auf eine Wirtschaft, die komplett globa-

lisiert ist? Was ist die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft in der Globalisierung? Gelingt es, die »entfesselten Kräfte des Kapitalismus« zumindest ansatzweise zu »zivilisieren«, um einen Begriff der Theodor Heuss Preisträgerin Marion Gräfin Dönhoff aufzugreifen? Welche Verfahren brauchen wir, um Regeln setzen zu können, damit sich Unternehmen weltweit an bestimmte Standards halten? Damit verknüpft ist die Frage, welche Rolle gerade die international tätigen Unternehmen bei der Lösung drängender Probleme unserer Zeit spielen sollen.

Diese Fragen werden in vielen wissenschaftlichen Disziplinen untersucht, die Governance-Forschung – für die in Deutschland auch Gesine Schwan beispielhaft steht – ist seit einigen Jahren dem Verhältnis von Politik und Wirtschaft, Markt und Recht, Freiheit und Verantwortung auf der Spur. Bei der Heuss Stiftung können die Fragen nur so beantwortet werden, wie wohl Theodor Heuss es auch gemocht hätte: Pragmatisch, am konkreten Beispiel, im Versuch, der Vernunft die eine oder andere Schneise zu schlagen. Die große Lösung, dies vorweg, hat auch die Herbsttagung der Heuss Stiftung nicht gefunden; alles andere wäre freilich auch eine Sensation gewesen.

Das Bild, das sich im Herbst 2010 bietet, ist durchaus gemischt: Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Notwendigkeit der internationalen Regelsetzung vor Augen geführt. Es mangelte an Regeln und an deren Durchsetzung. Merkwürdigerweise ist es in dieser globalen Krise zu einer scheinbaren Renaissance nationalstaatlicher Politik gekommen: Die nationalen Regierungen wirken engagierter und zupackender denn je zuvor. In den EU-Gremien wirken die Regierungschefs wichtiger als die Vertreter der EU-Organe. Überhaupt wirken die internationalen Organisationen kraftlos. Deutschland hat gerade einen Sitz im UN-Sicherheitsrat erhalten, doch zunehmend lässt sich fragen, was Deutschland damit überhaupt anfangen kann, wenn doch nicht einmal mehr der Weltsicherheitsrat noch als einflussreiches Gremium gilt. Weit verbreitet ist der Eindruck, eine Regelsetzung finde gar nicht statt. Dem stehen aber durchaus Fortschritte gegenüber, die auf internationaler Basis gemacht werden: Ein für die Heuss Stiftung auszeichnungswürdiges Beispiel ist die Business Social Compliance Initiative, mit der Michael Otto bestimmte Standards für Zulieferbetriebe durchgesetzt hatte. Im Zuge der Finanzkrise wurde das Regelwerk »Basel III« vereinbart, das unter anderem bestimmte Eigenkapitalquoten für Banken vorsieht. Noch nicht lange ist es her, dass ein Unternehmen wie Siemens sich unter dem Druck der US-Börsen erneuern und von Korruptionspraktiken lösen musste. Auffällig ist bei vielen dieser Fortschritte aber, dass die zentrale Rolle nicht oder nicht mehr ausschließlich die demokratisch legitimierten Regierungen spielen. Es ist zu einer Multiplizierung der Akteure gekommen, die auf verschiedenen Ebenen zusammenwirken. Vor diesem Hintergrund war es konsequent, dass die Theodor Heuss Stiftung sehr verschiedene Vertreter auf das Podium der Herbsttagung geladen hatte: Peter Eigen, den ehemaligen Weltbank-Direktor, der nach seinem Abschied von dieser internationalen Organisation mit Transparency International und der Extractive Industries Transparency Initiative die Ziele weiter verfolgte, die er bei der Weltbank allein nicht gut aufgehoben fand; Theodor Heuss Preisträger Berthold Leibinger, den Vorzeige-Unternehmer aus Stuttgart, der wie ein lebendes Beispiel wirtschaftlichen Erfolg, kulturelles Mäzenatentum und ge-

Peter Eigen

Berthold Leibinger

sellschaftliches Engagement gleichermaßen verbindet; Paul Bendix, Geschäftsführer der mit einer Heuss Medaille ausgezeichneten Nichtregierungsorganisation Oxfam, die mit Oxfam-Shops auf lokaler Ebene startet, um auf internationaler Ebene – etwa bei der Armutsbekämpfung und dem Klimawandel – etwas zu erreichen; Alexander Groß, Abteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium, der dort nicht nur die Wirtschaftspolitik verantwortet, sondern durch seine Tätigkeiten etwa bei der WTO und der OECD auch über praktische Erfahrung in der Umsetzung der Politik verfügt; und schließlich Siegfried Franke, emeritierter Professor der Universität Stuttgart, der dort an der Schnittstelle von Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftspolitik und Öffentlichem Recht gearbeitet und sich als Vertreter einer liberalen Ordnungspolitik einen Namen gemacht hatte. Diese Herren stießen im Rathaus auf ein – insoweit typisch Heuss Stiftung – diskussionsfreudiges und meinungsstarkes Publikum.

Paul Bendix

II. Internationale Regelsetzung

Wer über internationale Regelsetzung spricht, kommt nicht um die Frage herum, um welche Regeln es konkret geht. Welche Themen sind die wichtigsten? Wo ist am raschesten Fortschritt zu erzielen? Und es lässt sich auch fragen, wie Armin Knauer unter leidenschaftlicher Berufung auf Theodor Heuss einwarf, ob es überhaupt immer mehr Regeln braucht – oder nicht gelegentlich auch weniger.

1. Welche Regeln?

Peter Eigen und Paul Bendix, beide durch ihre internationale Entwicklungsarbeit geprägt, benannten Beispiele für die Notwendigkeit von Regeln, die den Zuhörern zuweilen bis ins Mark gingen. Für Bendix ist der Klimawandel die wichtigste Herausforderung, hier müssen aus seiner Sicht am dringendsten internationale Vereinbarungen geschaffen werden. Eigen mahnte die Bekämpfung der Armut, vor allem in Afrika, an, 1 Mrd. Kinder leben unter der Armutsgrenze, 1,2 Mrd. Menschen leben ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser. In der Demokratischen Republik Kongo kommt es dauernd zu Massenvergewaltigungen. Peter Eigen erzürnt hieran besonders, dass das rohstoffreiche Afrika es eigentlich viel besser haben könnte. Dazu bräuchte es in den von schwachen Institutionen im Stich gelassenen Staaten der »Dritten Welt« Regeln, die international gelten und Vorgaben, etwa für die Nutzung von Rohstoffen, machen.

Günther Fleig und Alexander Groß setzten einen ganz anderen inhaltlichen Schwerpunkt. Sie sprachen sich für eine internationale Wettbewerbsordnung aus, also einen Mechanismus, der die Unternehmen überall zu einem freien und fairen Wettbewerb zwingt. Nur Unternehmen, die im Wettbewerb stehen, so die Logik dieses Vorschlags, sind auch gehalten, innovativ, sauber, regelkonform, effizient und fair zu arbeiten.

Schnell drängt sich die Frage auf, welche inhaltlichen Maßstäbe im universellen Kontext überhaupt gelten können. Thomas Hertfelder und Berthold Leibinger sprachen diesen Aspekt an. Regeln sind Ausdruck von Werten – aber wer entscheidet, welche Werte weltweit gelten können? Berthold Leibinger blieb skeptisch: »Woher sollen die Unternehmen wissen, was international richtig ist? Woher sollen die Staaten wissen, was international richtig ist? Woher sollen es die NGOs wissen?« Internati-

Alexander Groß

Günther Fleig

Reinhard Retzlaff

Siegfried Franke

onale Regelsetzung als Anmaßung von Wissen? Immerhin haben die Vereinten Nationen mit dem Global Compact zehn Prinzipien vorgelegt, an die sich Unternehmen halten sollten. Alexander Groß verwies auf die »Charta des nachhaltigen Wirtschaftens«, die die Bundesregierung in der G20 eingebracht hat. Hans Küng, Theodor Heuss Preisträger des Jahres 1998, vertritt ein Weltethos. Es scheint also Ansätze für universal vermittelbare Prinzipien zu geben. Doch natürlich bleibt die Frage der Legitimation, der Anmaßung von Wissen und des Aufzwingens von Werten eine virulente. Hier müssen die Kulturen miteinander im Dialog bleiben. Wichtig ist aber auch, durch »Benchmarking« und die Ermittlung von Modell-Lösungen die Basis für sanften Druck, so genanntes »peer pressure«, zu schaffen. Wenn sich international akzeptable Lösungen auf diese Weise abzeichnen, können die Staaten nicht mehr auf überkommenen Positionen und Werten beharren.

2. Welches Vorgehen?

Legitimation erwächst aus dem Verfahren. Reinhard Retzlaff, Siegfried Franke und Günther Fleig erinnerten an diese Stärke, die im deutschen Verfassungsstaat seit Langem geübt wird. Auch beim Thema »Stuttgart 21«, das natürlich in der aufgeheizten Atmosphäre dieser sonst so friedvollen Landeshauptstadt auch eine Rolle in der Herbsttagung der Heuss Stiftung beanspruchte, ist der Kern des Bürgerprotests wohl gerade auf die als mangelhaft empfundene Verfahrensdurchführung zurückzuführen. Eine Bindung an den Rechtsstaat, an ordnungsgemäße Verfahren, an die Regelhaftigkeit scheint also ein Legitimationsgrund zu sein, der die inhaltlichen Weichenstellungen ermöglicht: Das Inhaltliche folgt aus dem Verfahren. So ist die Bundesrepublik mit ihren ausgefeilten demokratischen Prozeduren und dem weitgreifenden Recht auf Überprüfung durch unabhängige Gerichte geprägt. Aber genau dieses Modell scheint so schwierig auf die Weltgemeinschaft übertragbar.

Möglicherweise, so scheint es in der Diskussion auf, ist ein verrechtlichtes, verfahrensgebundenes, ja, wenn man so will konstitutionalisiertes Regelungsmodell eher als Ideal zu betrachten. Zwischenzeitlich sind pragmatische Verfahren gefragt. Alexander Groß differenzierte denn auch zwischen einer Regelsetzung »von oben« und einer »von unten«. Von unten, das bedeutet auf freiwilliger Basis, unter Einbindung der Akteure. »Corporate Social Responsibility« ist das moderne Schlagwort für das, was Unternehmer wie Leibinger und Otto schlicht vormachen, nämlich die Wahrnehmung von Verantwortung für das Gemeinwesen durch Unternehmen. Doch was unter diesem schönen Schlagwort, das sich in jedem Firmenprospekt gut liest, getrieben wird, ist divers. Peter Eigen und Paul Bendix schwebt daher eine Synthese zwischen freiwilliger unternehmerischer Verantwortung und rechtlich begründeter Verpflichtung vor. Von »multilateraler Kooperation« spricht Eigen, und er hat ein Paradebeispiel, eine »best practice« für die erfolgreiche internationale Regelsetzung: Die von ihm gegründete Organisation Transparency International hat als Nichtregierungsorganisation wesentlichen Anteil an der Verabschiedung der OECD-Konvention gegen die Bestechung ausländischer Hoheitsträger von 1997 und der 2003 vorgestellten UN-Konvention gegen Korruption. Nur am Rande bemerkte Eigen, dass ausgerechnet Deutschland beim Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung noch hinterherhinkt. Bei der Korruptionsbekämpfung war es nach seiner Aussage wesentlich, in jahrelanger Überzeugungsarbeit Unternehmen und Politik ins Boot zu holen,

Peter Eigen

Ingrid Hamm | Horst Nasko

um am Ende eine Vorgabe durch die OECD zu erreichen. Die Erfolgsbedingungen dieser Konvention lassen sich herausarbeiten und für andere Projekte fruchtbar machen. Einen ähnlich erfolgreichen Ansatz berichtete Bendix von der Schaffung eines internationalen Waffenkontrollabkommens. Hoffnung schimmert für den auf, der sich vor Augen führt, dass solche Positiv-Beispiele möglich sind – aber sie verlangen eben ein klares Projekt mit einer einleuchtenden, universal durchsetzbaren Lösung, jahrelange Kärrnerarbeit und die multilaterale Kooperation aller Beteiligten.

Gerade die Dauer der Aushandlung internationaler Abkommen, ob für den Klimaschutz, den Welthandel oder die Armutsbekämpfung, wird möglicherweise im Alltagsgeschäft unterschätzt. Zivilgesellschaft lebt von der Spontaneität des Protests, aber zivilgesellschaftliche Erfolge leben von der Beharrlichkeit. Zu dem konstruktiven und hartnäckigen Engagement, das nötig ist, sind möglicherweise nicht alle bereit. Die Frage, die bedrohlich wirkt angesichts der langsamen Prozesse des Aushandelns von Abkommen, ist: Haben wir diese Zeit noch? Rasant schreitet der Klimawandel voran, und bedrückend sind die Zahlen, die das Elend in Afrika beziffern. Modelle wie sie sich im Vorgehen für die Schaffung des Anti-Korruptionsabkommens abzeichnen, können zwar herausgearbeitet werden, aber ein nächster Schritt wird sein, Möglichkeiten der Beschleunigung zu finden.

Weitgehend ungeklärt bleibt die Frage der Kontrolle und der Sanktionen. Die meisten Abkommen richten sich an Staaten, und in der Finanzkrise – Stichwort: Griechenland – wurde deutlich, wie schwer es selbst innerhalb eines stark verrechtlichten Verbunds wie der Europäischen Union ist, Staaten zu bestrafen, die sich nicht an ihre Verpflichtungen halten. Wer kontrolliert die Einhaltung internationaler Regeln? Wer deckt auf? Wie sollen Staaten sanktioniert werden, wie Unternehmen? Wenn die Regeln vorhanden sind, wird ihre Durchsetzung die nächste schwierige Hürde; das ist absehbar. Hier deutet sich an, dass gleichfalls eine multilaterale Kooperation der Akteure notwendig ist. Neben die klassischen Sanktionen der Staaten treten dann auch sanftere Instrumente, etwa medialer Druck.

3. Welche Akteure?

Vor einigen Jahren, als manche im Westen noch an ein »Ende der Geschichte« glaubten, träumten viele von einer starken UNO und einer an Freiheitsprinzipien ausgerichteten Weltregierung. Doch eine Superinstanz zur Globallösung aller Probleme wird es nicht geben. Die Problemlösung erfolgt thematisch und dezentral. Abschied ist zu nehmen von der romantischen Vorstellung einer Weltregierung. Bestenfalls sind hier und dort Koordinationsmechanismen zu erhoffen, die die internationale Abstimmung befördern. Wer aber sind dann die Akteure, die die Regelsetzung und Problemlösung vorantreiben? Peter Eigen hatte von einer multilateralen Kooperation gesprochen, das heißt von mehreren Beteiligten. Nationale und internationale politische Institutionen, die Unternehmen, Gruppen der Zivilgesellschaft einschließlich der Gewerkschaften, der NGOs, der Kirchen, der Verbände. In der Theodor Heuss Stiftung ist diese Frage nach den handelnden Akteuren automatisch mit der Demokratie-Frage verknüpft. Das ist ja das Erbe des ersten Bundespräsidenten, die Überzeugung, dass die Demokratie die richtige Organisationsform für ein Gemeinwesen ist und diese lebendig bleiben muss. Das

Isabel Fezer

Beatrice von Weizsäcker

Elke Wollenschläger

ist für die globale Problemlösung, die gern auf Expertenräte oder nur noch entfernt demokratisch legitimierte Gremien ausgelagert wird, eine besondere Herausforderung. Die Gründerin der Theodor Heuss Stiftung, Hildegard Hamm-Brücher, hatte diesen hohen Anspruch stets erweitert um die Bürgerbeteiligung, um die Einbindung des Einzelnen und der Zivilgesellschaft in die Gestaltung der Gesellschaft. Wer demokratische Mitsprachemöglichkeiten selbst und unmittelbar erlebt, wird zu einem Verteidiger der Freiheit.

Drei Schlüsselbegriffe blitzten in der Diskussion auf: Legitimation, Vertrauen, Transparenz. Beatrice von Weizsäcker warf den Begriff der Legitimation auf. Legitimation ist ein Scharnier zwischen den Vertretern der repräsentativen Demokratie und den Bürgern. Deren Protest und gelegentlich Verdrossenheit mit den Entscheidungsträgern ernst zu nehmen, ist von Weizsäcker ein Anliegen, und Verdrossenheit zeigt sich nicht nur beim Bahnhofsbau in Stuttgart, sondern auch angesichts der offenkundigen Hilflosigkeit vor der Komplexität internationaler Geschehnisse. Siegfried Franke hält Vertrauen für den Schlüssel zur Lösung dieser Legitimitätsfrage: In einer Demokratie delegiert der Bürger die Problemlösung an seine Repräsentanten, je komplexer aber die Probleme (und damit die Lösungen) werden, desto wichtiger ist das Vertrauen des Bürgers. Weil die internationalen Zusammenhänge kaum mehr nachvollziehbar sind, hängt die Demokratie am Faden dieses Vertrauens. Elke Wollenschläger forderte Transparenz – im Sinne eines »jetzt erst recht«. Wenn es schon komplex wird, undurchschaubar gelegentlich, dann müssen die Vertreter der Politik sich erst recht bemühen, ihre Entscheidungen zu erklären und die Zusammenhänge aufzuzeigen. Hier schloss sich ein Kreis zu den Ausführungen von Peter Eigen, der von »Asymmetrien« gesprochen hatte, also ungleich verteilten Informationen und Handlungsmöglichkeiten. In diesen Statements klang durch, dass die Politik weiterhin das Primat beanspruchen muss, wenn die Legitimität der Entscheidungen nicht in Frage gestellt werden muss. Die politischen Akteure aber sind besonders stark in die Kritik geraten. Dankenswerterweise übernahm es Alexander Groß, immerhin politischer Beamter der Bundesregierung, der Politik vor der Finanzkrise ein schlechtes Zeugnis auszustellen: »Staatsversagen« nannte Groß das, eine Fehlregulierung der freien Märkte durch die politischen Institutionen. Eigen, der die Weltbank von innen kennt, ergänzte, dass auch die internationalen Organisationen häufig versagt haben, sie seien »Gefangene der Mitgliedsstaaten«, ohne eigene Souveränität. Dringlich ist daher, die politischen Institutionen fit zu machen für die Aufgaben des 21. Jahrhunderts. Wenn sich die politischen Institutionen nicht reformieren, können sie auch ihren Anspruch nicht einlösen, die Probleme international zu lösen. Hierauf sollten sich die Anstrengungen der deutschen Innen- wie Außenpolitik in besonderer Weise richten. Was zählt das Erobern eines Sitzes im UN-Sicherheitsrat, wenn diese Institution in der internationalen Konfliktlösung eine immer geringere Rolle spielt? Für die anstehenden Reformprozesse der Institutionen kamen in der Diskussion wichtige Impulse, drei mögen hier genügen: Politik muss die kurzfristige Orientierung an Wahlerfolgen zugunsten der langfristigen Problemlösung überwinden (Peter Eigen). Politik muss zurückfinden zur Unabhängigkeit der Entscheidungsfindung und zur Loslösung vom Lobbyismus (Friedrich Schmahl). Überkommene Parteiapparate und –strukturen müssen zugunsten eines stärkeren Bürgerengagements reformiert werden (Beatrice von Weizsäcker).

Friedrich Schmahl

Der andere wichtige Adressat neben der Politik für Fragen der internationalen Regelsetzung ist die Wirtschaft. Ohne die Unternehmer und Konzernlenker geht es nicht, auch wenn es manchmal gegen sie gehen muss. Ihr Einfluss ist gerade in weniger entwickelten Staaten so enorm, dass ihnen aus ihrer dort gewährten unternehmerischen Freiheit eine gesellschaftliche Verantwortung zuwächst. Wie wird solche Verantwortung praktisch? Berthold Leibinger verkörpert das freie Unternehmertum im besten Sinne, sein Unternehmen Trumpf ist ein Familienkonzern, in dem wertgebunden geschafft wird; Leibinger taugt nicht als Feindbild für Kapitalismuskritiker, er hat nichts von den glatten Typen eines anonym agierenden, finanzgetriebenen Hyperkapitalismus. Unternehmer wie Leibinger bräuchte die Welt, seufzte es vernehmlich durch den Saal des Rathauses in Stuttgart. Ebenso braucht es den freien Unternehmer vom Typ afrikanischer Kleinbauer, an den Paul Bendix erinnerte, nicht ganz ohne Ironie angesichts der doch leichten Vermögensunterschiede zwischen Kleinbauer im Senegal und Lasermaschinenhersteller in Schwaben. Von beiden lebt der Wirtschaftskreislauf, nur im gesamtgesellschaftlichen Potenzial unterscheiden sie sich doch, und so richtete sich vor allem an Leibinger die Frage, welche Anreize Unternehmer vorfinden müssen, um sich an die Regeln zu halten und – weitergehend – um sich einzubringen, so wie er und Otto es vorgemacht hatten? Die Vereinbarung internationaler Standards, eine rigide Wettbewerbsordnung, das konsequente Aufzeigen von Win-win-Situationen durch die Beachtung von Menschenrechten – erste Anregungen, die noch lange nicht genügen werden. Leibinger bat um Nachsicht: »Ich kann anständig handeln, aber ich kann die Welt nicht verändern.« Dieses Credo der Bescheidenheit hätten auch die jungen Männer an der Wall Street einmal für sich entdecken können. Unumschränkte Zustimmung erntete Leibinger aber nicht. Das Zusammenbringen von wirtschaftlichem Erfolg und Anstand wurde kritisch hinterfragt, etwa von Thomas Hertfelder und Lutz Götze.

Genau diese Skepsis lässt einen Akteur ins Licht treten, dessen Mitwirkung an der internationalen Problemlösung die Chancen eröffnet: die globale Zivilgesellschaft, angeführt von professionell agierenden Nichtregierungsorganisationen, getragen von einer engagierten Bürgerschaft, die sich nicht nur für die Probleme im eigenen Garten interessiert. Die Kompetenz der Experten in NGOs ist unbestritten, die Rückkopplung großer Ideen zur engagierten Basis – etwa den Ehrenamtlichen in den Oxfam-Shops – funktioniert aller Komplexität zum Trotz weiterhin. So hat sich die Zivilgesellschaft eine Schlüsselrolle in der internationalen Regelsetzung erarbeitet. Ihre Bedeutung wurde bei dieser Herbsttagung besonders betont, da die Nichtregierungsorganisationen einige der Lücken schließen können, die die Politik nicht ausfüllen kann. NGOs setzen Themen, sie identifizieren die gravierenden Probleme und können die Zusammenhänge erklären. Sie schaffen eine gewisse Legitimation, da sie die Verbindung zum engagierten Bürgertum sind, auch wenn sie keine demokratische Basis haben. Mit ihren Kräften vor Ort und den Medien als Partner können die NGOs auch kontrollieren, was konkret passiert. Diese Macht ist nicht unumstritten. Sie legitimieren sich über den Zuspruch der Bürger, über das Geld, das ihnen zur Verfügung gestellt wird, und schwierig zu unterscheiden ist manchmal, ob es sich um eine gute NGO wie Oxfam handelt oder doch nur um eine verdeckte Industrielobby. Aber genau an dieser Kritik greift,

Thomas Hertfelder

Lutz Götze

wie Paul Bendix betonte, das Modell der multilateralen Kooperation: NGOs bringen sich ein, ja, auch mit ihrer Macht, aber sie treffen keine Entscheidungen. Die legitime Letztentscheidung verbleibt bei der Politik. So zeichnet sich ein Modell der Governance ab, das nicht in Konfrontation von Wirtschaft einerseits, Zivilgesellschaft andererseits und der Politik als Schiedsrichter besteht. Vielmehr ziehen die drei Gruppen an einem Strang, sie bringen ihre unterschiedlichen Qualitäten ein und respektieren genau für dieses Ergänzungspotential auch den jeweils anderen als Partner.

III. Schlussbetrachtung

Wer am Abend der Herbsttagung die Fernseh-Nachrichten schaute, sah einen Bericht aus dem Stuttgarter Rathaus, der sich nicht mit den Einsichten über internationale Regelsetzung befasste. Er sah stattdessen einen gefassten Heiner Geißler, dem es geglückt war, ein Verfahren zur Schlichtung des Streits um »Stuttgart 21« anzustoßen, und der darin einen »Prototyp« für künftige demokratische Vorgehensweisen erkennen wollte.

Unbescheiden formuliert: die Theodor Heuss Stiftung war einen Schritt weiter. Das Modell, das sich für die internationale Regelsetzung abzeichnet, integriert von Anfang an die wichtigsten Akteure – Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft – und lotet zunächst die Win-win-Situationen aus, in denen alle von einer Regelsetzung profitieren, die dann von der Politik federführend in Angriff genommen wird. Die Zivilgesellschaft, die mittlerweile auch global organisiert ist, fängt das demokratische Defizit zumindest ansatzweise durch Kontrolle der Politik und der Wirtschaft auf. Die Theodor Heuss Stiftung wird so bestärkt in ihrer Rolle, jedes Jahr aufs Neue Vertreter der Zivilgesellschaft mit Repräsentanten der etablierten Politik zusammen zu bringen. Richtig war auch die Entscheidung, 2010 – im Jahr nach der großen Krise – Vertreter der Wirtschaft einzubinden und ihre Bedeutung hervorzuheben, denn ihnen kommt eine Schlüsselrolle bei der globalen Problemlösung zu. Es zeichnete sich durch den Austausch von Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ab, welche Elemente vorliegen müssen, damit konkrete Probleme schrittweise gelöst werden können. Die Absicherung von Freiheits- und Menschenrechten in möglichst demokratischen Verfahren bleibt das Ziel. Der Weg dorthin ist steiniger als viele es sich wünschen. Eine Weltregierung etwa bleibt eine Illusion, viel kleinteiliger, dezentraler und mühseliger müssen die Probleme angegangen werden. Die komplexen Herausforderungen unserer Tage lassen sich nicht alexandrinisch mit einem Schwerthieb zerschlagen. Die Suche nach guten Regelungen geht weiter. Wichtig ist, dass die Akteure an sich selbst arbeiten und die Verfahren beschleunigen und verbessern. Nur mit hoher Kompetenz und langem Atem werden sich Veränderungen bewirken lassen. »Wir arbeiten über die Köpfe«, sagte Paul Bendix und umschrieb damit den langfristigen Bildungsauftrag, den sich »Weltverbesserer« stecken müssen.

Auch die Theodor Heuss Stiftung hatte an diesem Freitag im Oktober »über die Köpfe« gearbeitet. Es bleibt zu wünschen, dass die Ideen, die dabei ventiliert wurden, in den vielen versammelten klugen Köpfen weiter arbeiten.

Ludwig Theodor Heuss

TEILNEHMER

Paul Bendix
Geschäftsführer Oxfam Deutschland e.V.,
Theodor Heuss Medaille 2010

Hilde Boseck
Leiterin Oxfam Shop Stuttgart

Anne-Sophie Brüggen
Doktorandin der Philosophie, Universität Tübingen

Antoinette Cherbuliez
Produzentin,
Geschäftsführerin der Theodor Heuss Stiftung a.D.

Annamaria Ciba
Studentin Berufspädagogik, BWL und Soziologie

Prof. Dr. Franz Effenberger
Rektor der Universität Stuttgart a.D.

Prof. Dr. Peter Eigen
Vorsitzender Berlin Civil Society Center, Vorsitzender
Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)

Isabel Fezer
Bürgermeisterin für Soziales, Jugend und Gesundheit
der Landeshauptstadt Stuttgart

Günther Fleig
Vorstandsvorsitzender Hanns Martin Schleyer Stiftung

Hans-Peter Föhrding
freier Journalist

Prof. Dr. Siegfried F. Franke
emerit. Univ.-Prof., Fakultät für Wirtschafts- und
Sozialwissenschaften, Universität Stuttgart

Matthias Gabel
Referat Politische Planung und Grundsatzangelegenheiten
im Staatsministerium Baden-Württemberg

Prof. Dr. Lutz Götze
emerit. Sprach- und Literaturwissenschaftler,
Universität des Saarlandes

Dr. Alexander Groß
Leiter der Abteilung I für Wirtschaftspolitik im
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

Dr. Maria Hackl
Stadträtin SPD-Gemeinderatsfraktion

Dr. Ingrid Hamm
Geschäftsführerin Robert Bosch Stiftung GmbH

Prof. Dr. Wolfgang Haubold
Präsident der Universität Hohenheim a.D.,
Kreis der Freunde der Theodor Heuss Stiftung

Dr. Thomas Hertfelder
Geschäftsführer Stiftung Bundespräsident-Theodor-
Heuss-Haus, Kuratorium der Theodor Heuss Stiftung

Heide Hertner
Kreis der Freunde der Theodor Heuss Stiftung

PD Dr. Ludwig Theodor Heuss
Chefarzt Medizinische Klinik Spital Zollikerberg, Zürich,
Vorsitzender der Theodor Heuss Stiftung

Armin Knauer
Präsident Südwesttextil e.V., Geschäftsführender Gesellschafter HOS Anlagen und Beteiligung GmbH & Co. KG, Kuratorium der Theodor Heuss Stiftung

Sabine Krüger
Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, Kuratorium der Theodor Heuss Stiftung

Prof. Dr.-Ing. E. h. Berthold Leibinger
Vorsitzender des Aufsichtsrats TRUMPF GmbH & Co. KG, Theodor Heuss Preisträger 2010

Simone Maile
Studentin Berufspädagogik und Geschichte

Gabriele Müller-Trimbusch
Bürgermeisterin a.D.,
Vorstand der Theodor Heuss Stiftung

Dr. Horst Nasko
Stellvertretender Vorsitzender Heinz Nixdorf Stiftung

Dr. Markus H. Ostrop
Hauptgeschäftsführer Südwesttextil e.V.

Gisela Panholzer
Kreis der Freunde der Theodor Heuss Stiftung

Harald Panholzer
Stellvertretender Vorsitzender Freundeskreis der Theodor Heuss Stiftung, Kreis der Freunde der Theodor Heuss Stiftung

Lucie Podszun
Unternehmensberaterin Booz & Co.

Dr. Rupprecht Podszun
Wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht in München, Kuratorium der Theodor Heuss Stiftung

Birgitta Reinhardt
Geschäftsführerin der Theodor Heuss Stiftung

Reinhard Retzlaff
Jurist, Min. Dir. a.D.,
Kreis der Freunde der Theodor Heuss Stiftung

Kathy Reymann
Geschäftsstelle der Theodor Heuss Stiftung

Margit Rotzoll
Leiterin Oxfam Shop Stuttgart

Prof. Dr. Friedrich W. Schmahl
emerit. Univ.-Prof., Institut für Arbeits- und Sozialmedizin, Universität Tübingen, Kuratorium der Theodor Heuss Stiftung

Dr. Heinz Verfürth
Publizist, Chefredakteur a.D.

Dr. Beatrice von Weizsäcker
Juristin, Autorin und freie Journalistin,
Vorstand der Theodor Heuss Stiftung

Elke Wollenschläger
Stadträtin a.D., Kuratorium der Theodor Heuss Stiftung

Rupprecht Podszun
Peter Eigen

Harald Panholzer
Hans-Peter Föhrding

Beatrice v. Weizsäcker
Lucie Podszun
Elke Wollenschläger

Heinz Verfürth
Rupprecht Podszun

Alexander Groß

Peter Eigen
Ludwig Theodor Heuss

NACHRUF AUF HERMANN FREUDENBERG

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB

Mit Hermann Freudenberg hat die Theodor Heuss Stiftung einen langjährigen Freund und herausragenden Förderer gesellschaftspolitischen Engagements verloren.

Nach der Flucht aus dem Deutschland Hitlers ins eidgenössische Exil kehrte Hermann Freudenberg nach dem Krieg in das von Zerstörung, Vertreibung und Elend geprägte besetzte Deutschland zurück. In dieser Zeit der Veränderung und des Übergangs trat Hermann Freudenberg in den gleichnamigen, von langer Tradition geprägten Familienbetrieb ein, wo er mithalf, die ehemalige Gerberei zu einem modernen Unternehmen umzubauen.

Vor dem persönlichen Hintergrund und der Erfahrung von Unterdrückung und Flucht war Hermann Freudenberg aber immer mehr als ein Unternehmer. Das grundgesetzlich verankerte Prinzip, wonach Eigentum verpflichtet, war ihm Anliegen und Auftrag zugleich. Zeit seines Lebens hat er sich mit einem wachen Interesse und praktischem Zugang für Bildung und Aufklärung eingesetzt. Ein besonderes Anliegen waren Ihm dabei Kinder und Jugendliche. Maßgeblich war er an der Gründung der Freudenberg Stiftung beteiligt und verstand es in seinem fast zwanzigjährigen Wirken als Vorsitzender des Kuratoriums, mit klugem Gespür für die richtigen Schwerpunkte, Themen zu setzen und Projekte mit sanfter Hartnäckigkeit voranzutreiben.

Hermann Freudenberg war auch der Theodor Heuss Stiftung über einen Zeitraum von vierzig Jahren sowohl als Mitglied des Vorstands als auch als Mitglied des Kuratoriums eng verbunden. Bescheiden, empathisch und inspirierend verstand er es im Hintergrund integrierend zu wirken. Insbesondere zu den Themen, denen er sich besonders verbunden fühlte, meldete er sich leise, aber bestimmt zu Wort. Er bewies dabei ein ums andere Mal ein feines Gespür für gesellschaftliche Prozesse und Fehlentwicklungen:

Ausgehend von seiner durch Flucht und Vertreibung geprägten Biographie mahnte er im Schlusswort zur 41. Verleihung des Theodor Heuss Preises »Armut und Ausgrenzung in Europa – am Beispiel Roma« zu besonderer Wachsamkeit. Gerade in Deutschland müsse sehr aufmerksam verfolgt werden, wenn sich Tendenzen der Ausgrenzung ausbreiteten, denn an den Wörtern Armut und Ausgrenzung hefte das Wort mörderischer Vertreibung. Neben den ideellen Impulsen, die Hermann Freudenberg der Stiftungsarbeit gab, war er aber auch immer ein großzügiger finanzieller Förderer unserer Projekte.

Abseits seines persönlichen Engagements für die Theodor Heuss Stiftung zeichnete sich Hermann Freudenberg durch menschliche Wärme und Empathie für seine Gesprächspartner aus. So lud er bis zum Jahr 2000 die Mitglieder des Vorstands regelmäßig zur Klausur in den Hermannshof nach Weinheim ein. Diese Treffen, die meist nicht nur im ehemaligen Familiensitz, sondern auch im angrenzenden Schau- und Sichtungsgarten stattfanden, werden denen, die an ihnen teilhaben durften, als ganz besondere Begegnungen in Erinnerung bleiben.

Die Mitglieder der Theodor Heuss Stiftung verneigen sich vor Hermann Freudenberg, der – bewusst oder unbewusst – ein Zitat des Namensgebers mit Leben füllte: »Nie vom andern Dank erwarten, aber immer selbst dankbar sein können, das ist das Privileg einer recht gebauten Seele.«

ANHANG

DIE THEODOR HEUSS STIFTUNG IN KÜRZE

Die überparteiliche Theodor Heuss Stiftung wurde 1964 nach dem Tode des ersten Bundespräsidenten von Hildegard Hamm-Brücher, seinem Sohn, Ernst Ludwig Heuss, und einem Kreis von Freunden von Theodor Heuss gegründet, um in Erinnerung an seine Persönlichkeit und sein politisches Lebenswerk Beispiele für demokratisches Engagement, Zivilcourage und Einsatz für die Stärkung und Weiterentwicklung der Demokratie auszuzeichnen und damit »auf etwas hinzuweisen, was in unserer Demokratie getan und gestaltet werden muss, ohne dass es bereits vollendet ist« (Carl Friedrich v. Weizsäcker, 1965). Theodor Heuss hat nicht nur das Grundgesetz der Bundesrepublik maßgeblich geprägt und durch seine Amtsführung die Anfänge unserer demokratischen Kultur gestaltet, er hat durch sein ganzes Leben und Werk ein Beispiel demokratisch-liberaler Gesinnung und bürgerschaftlicher Verantwortung gegeben. »Demokratie und Freiheit sind nicht nur Worte, sondern lebensgestaltende Werte«. Die Theodor Heuss Stiftung will die Erinnerung an die Persönlichkeit und das Lebenswerk von Theodor Heuss lebendig halten und dazu beitragen, dass in Deutschland und Europa demokratische Traditionen und Werte entstehen und sich entwickeln können. Sie will immer wieder von neuem die vielfältigen Möglichkeiten aufzeigen, von unserer Freiheit den rechten Gebrauch zu machen, und die Verantwortung dafür bei allen stärken. Sie fördert vorbildliches demokratisches Verhalten, ungewöhnliche Zivilcourage und beispielhaften Einsatz für das Gemeinwohl. Um den Zweck des bisherigen Vereins langfristig und generationenübergreifend zu sichern, wurde der Verein am 30. Januar 2009 unter dem Vorsitz von Ludwig Theodor Heuss in eine gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts überführt. Mit der alljährlichen Verleihung des Theodor Heuss Preises hat die Stiftung von Anfang an versucht, durch die Würdigung von bürgerschaftlicher Initiative und Zivilcourage auch wichtige politische und gesellschaftliche Entwicklungen frühzeitig ins öffentliche Bewusstsein zu tragen. Themen und Preisträger, die sie gewählt hat, sind so zu einer »demokratischen Zeitansage« geworden.

GREMIEN DER THEODOR HEUSS STIFTUNG

VORSTAND

Ludwig Theodor Heuss
Vorsitzender
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
stv. Vorsitzende
Michael Klett
Schatzmeister
Sven Hinterseh (ab Juni 2010)
Stefan Mappus (ab Juni 2010)
Gabriele Müller-Trimbusch
Günther H. Oettinger (bis Februar 2010)
Christian Petry
Wolfgang Schuster
Beate Weber
Beatrice von Weizsäcker

KURATORIUM

Jutta Limbach
Vorsitzende
Reni Maltschew
stv. Vorsitzende
Carola von Braun
Ulrich Frank-Planitz
Hermann Freudenberg (†)
Wolfgang Harder
Helmut Haussmann
Thomas Hertfelder
Anetta Kahane
Rolf Kieser
Armin Knauer
Sabine Krüger
Jürgen Morlok
Cem Özdemir
Rupprecht Podszun
Ulrike Poppe (bis April 2010)
Hermann Rudolph
Friedrich W. Schmahl
Gesine Schwan
Klaus von Trotha
Roger de Weck
Richard von Weizsäcker
Martina Weyrauch
Cornelius Winter
Elke Wollenschläger
Walther Zügel

VERÖFFENTLICHUNGEN

Vom rechten Gebrauch der Freiheit I
Ein zeitgeschichtliches Lesebuch in Dokumenten 1964 – 1974, München 1974

Vom rechten Gebrauch der Freiheit II
20 Jahre Stiftung Theodor-Heuss-Preis, München 1984

Auftrag und Engagement der Mitte
München 1974

Die Zukunft unserer Demokratie
Tagung 1978 der Stiftung Theodor-Heuss-Preis, München 1979

Mut zum Erinnern
München 1979

Theodor Heuss
Ansprachen am 12. September 1949

Theodor Heuss
Ansprachen anlässlich der 40. Wiederkehr der Wahl zum Bundespräsidenten, Bonn 1989

Die aufgeklärte Republik
Gütersloh 1989

Mut zur Bürgergesellschaft
30 Jahre Theodor Heuss Stiftung, Stuttgart 1994

Wider die Politik(er)verdrossenheit
Ergebnisse einer Ausschreibung, Bonn 1994

35 Jahre Theodor Heuss Stiftung
Rückschau und Zeitansage, Stuttgart 1999

Unser Heuss
Nachdenken über Verantwortung in der Demokratie, Stuttgart 1999

Die Bürgerschaft lebt!
Eine Dokumentation und Anregungen aus der Woche der Bürgergesellschaft, Stuttgart 2000

Bildung und Erziehung
Bewährungsprobe für die Demokratie, Kolloquium 2003, Stuttgart

Menschen (nicht) wie Du und ich
Illegalität als gesellschaftliche Herausforderung, Runder Tisch 2004, Stuttgart

Demokratie ist keine Glücksversicherung. Vierzig Jahre Theodor Heuss Preis 1965 – 2005
herausgegeben von Beatrice von Weizsäcker, Stuttgart 2005

Armut und Ausgrenzung in Europa – am Beispiel Roma
Roma und Sinti als Bildungsmediatoren. Kolloquium und Fachtagung 2006, Stuttgart

Dokumentationen der Preisverleihungen
Jahresbände

THEODOR HEUSS PREIS- UND MEDAILLEN-EMPFÄNGER SEIT 1965

1965 »Vom rechten Gebrauch der Freiheit«
Preisträger:
Georg Picht (Bildungsreform)
Aktion Sühnezeichen (Aussöhnung)
Medaillen:
Evangelische Volksschule Berchtesgaden (deutsch-dänische Schülerbegegnung)
Jugendrotkreuz Roding (Hilfsdienste als Übungsfeld des Gemeinsinns)
Peter Löser-Gutjahr und Heinrich Sievers (Schülermitverwaltung)

1966 »Über den Mut, den ersten Schritt zu tun«
Preisträger:
Marion Gräfin Dönhoff (Ostpolitik)
Bamberger Jugendring (gegen Rassenhass und Intoleranz)
Medaillen:
Wendelin Forstmeier (Landschulreform)
Ehrengard Schramm (Hilfe für Griechenland)
Bund Deutscher Pfadfinder (Berlin-Seminar)

1967 »Verantwortung ist Bürgerpflicht«
Preisträger:
Wolf Graf von Baudissin (Demokratisierung der Bundeswehr)
Ludwig Raiser (Ostpolitik)
Medaillen:
Aktion »Student aufs Land« (Bildungschancen für Landkinder)
Rainer Wagner (Jugendzeitschrift »gabelmann«)

1968 »Demokratie glaubwürdig gemacht«
Preisträger:
Gustav Heinemann (Justizreform)
Medaillen:
Karin Storch (Schülerzeitung)
Helferkreis zur Betreuung ausländischer Zeugen in den KZ-Prozessen (Aussöhnung und Vergangenheitsbewältigung)

1969 »Konflikte – Ende oder Anfang der Demokratie«
Preisträger:
Günter Grass (politische Auseinandersetzung mit radikalen Gruppen)
Hans Heigert (persönliches Engagement in der Kirche)
Hans Wolfgang Rubin (Einleitung der Ostpolitik)
Medaillen:
Gisela Freudenberg (Modellversuch Gesamtschule)
Christel Küpper (Friedenspädagogik)

1970 »Demokratisch leben«
Preisträger:
Bürgeraktion zum Schutze der Demokratie e.V. (gegen NPD)
Medaillen:
Barbara Just-Dahlmann (Strafrechtsreform)
Lebenshilfe für geistig Behinderte e.V. (Einsatz für körperliche, psychische und soziale Rehabilitierung geistig Behinderter)

1971 »Mehr Demokratie braucht mehr Demokraten«
Preisträger:
Walter Scheel (Verantwortung in der Demokratie)
Aktion junge Menschen in Not, Gießen (Strafvollzug)
Medaillen:
Hans-Hermann Stührenberg (Autobahn-Leitplanken)
Aktion Bildungsinformation e.V., Stuttgart (mehr Bildungschancen)

1972 »Demokratie verantworten«
Preisträger:
Alois Schardt und die Redaktionsgemeinschaft der ehemaligen Wochenzeitschrift »PUBLIK« (Kirche und Demokratie)
Medaillen:
Verein zur Förderung von Gemeinwesenarbeit in München e.V. (Lösung sozialer und gesellschaftlicher Probleme im Stadtteil durch Hilfe zur Selbsthilfe)
Verband für Praktizierte Humanität e.V., Hamburg (praktizierte und praktizierende Humanität)
PROP-Alternative e.V., München (Drogen-Selbsthilfegruppe)

1973 »Der lange Weg vom Untertan zum mündigen Bürger«
Preisträger:
der mündige Bürger (persönliche Mitbestimmung und Mitgestaltung der Gesellschaft)
Medaillen:
Christian Wallenreiter (für publizistische Verdienste)
Theodor Hellbrügge (Hilfe für mehrfach behinderte Kinder)
Aktionsgemeinschaft Westend e.V., Frankfurt (Stadtplanung)

1974 »Demokratie aktiv legitimieren«
Preisträger:
Initiativgruppe zur Betreuung ausländischer Kinder e.V., München (Einsatz für die Situation und die Probleme der Gastarbeiterkinder)
Initiativkreis ausländischer Mitbürger und die Spiel- und Lerngruppen für Gastarbeiterkinder e.V., Augsburg (lebensnahe Lösung der Probleme ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien)
Medaillen:
Dorothee Sölle (Engagement in der Kirche)
Thea Gerstenkorn (Frau in der Gemeinde)

1975 »Weltverantwortung und individuelle Lebenschancen«
Preisträger:
Forum Regensburg e.V. (Altstadtsanierung)
Medaillen:
Arbeitsgemeinschaft für Friedensdienste Laubach e.V. (aktives Engagement für Frieden)
Modellversuch »Gerechtigkeit – Friede«, Lüdinghausen (Dritte Welt)

1976 »Demokratie im Wahlkampf«
Preisträger:
Egon Bahr (Ostpolitik)
Burkhard Hirsch (Parlamentsreform)
Medaillen:
Es wurden keine Medaillen verliehen.

1977 »Grundwerte der Demokratie: Initiative und Verantwortung«
Preisträger:
Karl Werner Kieffer
(ökologische Verantwortung)
Dieter Fertsch-Röver (Mitbestimmung und Vermögensbildung im Unternehmen)
Modell Berufseingliederung und Berufsausbildung Lernbehinderter der Handwerkskammer Mittelfranken (Einführung lernbehinderter und –schwacher Schulabgänger ins Berufsleben)
Medaillen:
Karl Klühspies (Stadterhaltung)
Gesellschaft für Sozialwaisen e.V. – GESO
(Engagement für familienlose Kinder)

1978 »Verteidigung der Freiheit«
Preisträger:
Helmut Schmidt (demokratische Verantwortung angesichts terroristischer Bedrohung)
Medaillen:
Manfred Rommel (Leben und Handeln im demokratischen, von Liberalität, Toleranz und Gerechtigkeit geprägten Sinne)
Alfred Grosser
(deutsch-französische Verständigung)
Johannes Hanselmann (Eintreten für Toleranz, Gerechtigkeit, Mitmenschlichkeit)

1979 »Bürgerengagement für Europa«
Preisträger:
Stadt Castrop-Rauxel (Engagement in städtepartnerschaftlicher, europäischer Zusammenarbeit)
Medaillen:
Hilfsaktion Bretagne (Ölkatastrophe)
Lilo Milchsack
(deutsch-englische Gespräche)
Hans Paeschke (Herausgeber der Zeitschrift »Merkur«; Förderung des europäischen Dialogs)

1980 »Verantwortung für den Nächsten«
Preisträger:
Horst Eberhard Richter (vielfältiges und unermüdliches Engagement als Wissenschaftler und Praktiker in der Sozialarbeit)
TERRE DES HOMMES Deutschland
(Hilfe für Kinder in aller Welt)
Medaillen:
die Nachbarschaftshilfe Unterschleißheim, Oberschleißheim, Garching/Hochbrück, Sozialdienst Unterpfaffenhofen-Germering (soziale Hilfe auf nachbarschaftlicher Ebene)
Deutsch-Türkischer Kindertreff
(Ausländerarbeit)
Gerhard Mauz (Demokratie und Justiz)

1981 »Arbeitslosigkeit – Herausforderungen in der Zukunft«
Preisträger:
Es wurde kein Preis verliehen.
Medaillen:
Arbeitslosen-Initiative Stuttgart (Selbsthilfeorganisation)
Projekt JUBA (Jugend-Bildung Arbeit) der Philips-Werke Wetzlar (individuelle Ausbildungshilfe für schwer vermittelbare Jugendliche)
Juniorenarbeitskreis Hassberge der IHK Würzburg/Schweinfurt (Ausbildungsplätze im Zonenrandgebiet)

1982 »Frieden wahren, fördern und erneuern«
Preisträger:
Kammer für öffentliche Verantwortung in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für ihre Denkschrift »Frieden wahren, fördern und erneuern« (Friedenspolitik)
Medaillen:
Verein für Friedenspädagogik Tübingen
(Friedensarbeit)
Gemeinde Meeder bei Coburg
(Friedensfeste)
Klaus Peter Brück und Karl Hofmann mit dem Lehrerbildungsprojekt in Soweto/Südafrika
(Frieden zwischen Rassen)

1983 »Der Nachbar als Fremder – der Fremde als Nachbar«
Preisträger:
Es wurde kein Preis verliehen.
Medaillen:
Renate Weckwerth und die von ihr geleitete »Regionale Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher«, Oberhausen (Förderung junger, in Deutschland aufwachsender Ausländer)
Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Siegerland e.V.
(Deutsche und Juden)
Hilde Rittelmeyer (Präsidentin des Verbands Deutsch-Amerikanischer Clubs)
Izzettin Karanlik (deutsch-türkische Ausbildungswerkstatt)

1984 »Politischer Stil in der demokratischen Auseinandersetzung«
Preisträger:
Richard von Weizsäcker
(Toleranz gegenüber politisch Andersdenkenden, Initiativen zur Ost- und Deutschlandpolitik)
Medaillen:
Lieselotte Funcke
(Ausländerbeauftragte der Bundesregierung)
Ruth Leuze (Datenschutzbeauftragte des Landes Baden-Württemberg)
Stiftung DIE MITARBEIT e.V.
(Förderung von Bürgerinitiativen)
Bund der Jugendfarmen und Aktivspielplätze e.V., Stuttgart (pädagogisches Engagement in der freien Jugendarbeit)

1985 »Verantwortung für die Freiheit«
Preisträger:
Georg Leber (Vermittlung in Tarifkonflikten)
Medaillen:
Aktion Menschen für Menschen – Karlheinz Böhm (Hilfe für Äthiopien)
Deutsches Komitee Not-Ärzte e.V. – Rupert Neudeck (Ärzte-Engagement in aller Welt)

1986 »Mut zum Erinnern – Kraft zur Versöhnung«
Preisträger:
Werner Nachmann (jüdisch-deutsche Aussöhnung und friedliches Zusammenleben von Juden und Christen in der Bundesrepublik Deutschland)
Medaillen:
Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen beim Deutschen Evangelischen Kirchentag (Abbau gegenseitiger Vorurteile im deutsch-jüdischen Verhältnis)

Tadeusz Szymanski (Einsatz als Betreuer und Gesprächspartner für Besuchergruppen im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz)
Förderverein Internationale Jugendbegegnungsstätte Dachau e.V. (Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus)
Hartmut Peters und das Schüler-Lehrer-Projekt »Juden besuchen Jever«
(deutsch-jüdische Aussöhnung am Beispiel der Heimatstadt)
Erwin Essl
(deutsch-sowjetische Zusammenarbeit)

1987 »Verantwortung für Natur und Leben«
Preisträger:
Klaus-Michael Meyer-Abich
(ökologische Verantwortung)
Ralf-Dieter Brunowsky und Lutz Wicke
(Ökologie und Ökonomie)
Medaillen:
Dieter Menninger und der Rheinisch-Bergische Naturschutzverein e.V.
(regionaler Naturschutz)
Max Himmelheber (ökologisch verantwortungsbewusst handelnder Unternehmer und Mäzen für geistige, philosophische und kulturelle Initiativen)
Stadt Rottweil (Entwicklung und Erprobung umweltfreundlicher kommunaler Energie- und Müllentsorgungspolitik)

1988 »Grenzgänger zwischen Macht und Geist – zwischen Macht und Verantwortung«
Preisträger:
Walter Jens (Mahner für aufgeklärtes politisches Denken und humanes politisches Handeln) und Inge Jens (Anstöße zur gemeinsamen politischen Verantwortung von Frauen und Männern; politisches Engagement für Frieden und Abrüstung)
Medaillen:
Klaus von Dohnanyi (gewaltfreie Lösung im Hamburger Hafenstraßen-Streit)

1989 »Frieden – Gerechtigkeit – Bewahrung der Schöpfung«
Preisträger:
Carl Friedrich von Weizsäcker
(langjährige Beiträge zu den Menschheitsthemen Frieden – Gerechtigkeit – Bewahrung der Schöpfung)
Medaillen:
Es wurden keine Medaillen verliehen.

1990 »Für Menschenrechte – gegen Extremismus«
Preisträger:
Hans-Dietrich Genscher (Einsatz für friedvolle Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas, gegen Extremismus und zur Wahrung der Menschenrechte)
Medaillen:
Hermann Lutz (Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei; für Verbesserung des Verhältnisses zwischen Bürgern und Polizei)
Schülermitverwaltung und Vertrauenslehrer Wunibald Heigl des Werner-von Siemens-Gymnasiums München (Einsatz in der Auseinandersetzung mit ausländerfeindlichen und rechtsextremistischen Tendenzen in und außerhalb der Schule)

1991 »Die friedlichen Demonstranten des Herbstes1989 in der damaligen DDR«
zuerkannt und in Form von Theodor Heuss Medaillen verliehen an:
Christian Führer, Joachim Gauck, David Gill, Anetta Kahane, Ulrike Poppe, Jens Reich (für hervorragende Beiträge vor und während der friedlichen Revolution und Selbstbefreiung in der ehemaligen DDR)

1992 »Das vereinte Deutschland demokratisch gestalten – Rechtsextremismus und Ausländerhass überwinden«
Preisträger:
die Ausländerbeauftragten in den Bundesländern und kommunalen Körperschaften
Medaillen:
Initiative »Brandenburger Schülerinnen und Schüler sagen Nein zu Gewalt und Rechtsextremismus«
(landesweites Engagement bei der Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit)
Initiative »VIA REGIA«, Görlitz und Zgorzelec
(deutsch-polnische Begegnung und Aussöhnung)

1993 »Auf der Suche nach einem europäischen Zuhause«
Preisträger:
Václav Havel
(freiheitliches Zusammenleben in Europa)
Medaillen:
die Europäische Stiftung Kreisau/Krzyzowa
(Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen)
der Initiator Frédéric Delouche und die 12 Autoren des ersten »Europäischen Geschichtsbuches«
die (vormalige) Klasse 12 b der Freien Waldorfschule Mannheim und ihr Lehrer Anton Winter (Rumänienprojekt)

1994 »Wege aus der Politik(er)verdrossenheit«
Preisträger:
der 25. Deutsche Evangelische Kirchentag in München (für faire Auseinandersetzung, Zuhörbereitschaft und gegenseitige Offenheit zwischen Bürgern und ihren Repräsentanten)
Medaillen:
Hanna-Renate Laurien
(Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses; für Engagement in vielen politischen Ämtern und Verantwortungsbereichen)
Wolfgang Ullmann (Ost-Berliner Bürgerrechtler; gewaltfreier Widerstand gegen das DDR-Regime und Überwindung der Entfremdung zwischen Deutschen aus Ost und West)
Peter Adena (Kommunalpolitiker; Engagement für Bildungs- und Ausbildungschancen Jugendlicher)
Frauenbrücke Ost-West, Sinsheim
(persönliche Begegnungen zwischen Frauen aus Ost und West)
die 8. Gesamtschule Cottbus - »Multikulturelle Stadtteilschule« (gemeinsame Projekte mit rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Jugendlichen und Asylbewerbern)

1995 »Taten der Versöhnung«
Preisträger:
Hans Koschnick (Bürgermeister a.D. von Bremen; Engagement im Dienste der Versöhnung)
Helmuth Rilling (Leiter der Internationalen Bachakademie Stuttgart; musikalische Brücken in vielen Ländern der Welt, »Requiem der Versöhnung«)
Medaillen:
Schülerinitiative Schüler Helfen Leben
(humanitärer Einsatz in den Bürgerkriegsregionen im ehemaligen Jugoslawien)
Initiative »Christen für Europa« mit ihrem Projekt »Freiwillige soziale Dienste Europa«
(Einsatzorte an Brennpunkten sozialer Nöte in Europa)

1996 »Aufeinander zugehen – Mut zum Dialog«
Preisträger:
Ignatz Bubis (Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland; Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen, vor allem mit jungen Menschen)
Medaillen:
Cem Özdemir
(Engagement zum Abbau von Vorurteilen)
Maria von Welser (Leiterin des ZDF-Frauenjournals »Mona Lisa«; Abbau von Denk- und Verhaltensblockaden, offener Dialog zwischen gesellschaftlichen Gruppen und zwischen Geschlechtern und Generationen)
Initiatoren und Gestalter des Friedensdorfes Storkow/Brandenburg (Errichtung eines Friedensdorfes)

1997 »Globaler Wettbewerb und sozialer Zusammenhalt – unvereinbar?«
Preisträger:
Lord Ralf Dahrendorf (für sein politisches und wissenschaftliches Lebenswerk)
Medaillen:
Hamburger Spendenparlament und sein Initiator Pastor Stephan Reimers (Realisierung neuer Formen sozialer Solidarität durch Hilfe zur Selbsthilfe)
DöMAK Tauschring in Halle und sein Initiator Helmut Becker (durch Tausch von Tätigkeiten und/oder Gütern bargeldloser Kreislauf von Angebot und Nachfrage geldwerter Leistungen)
Initiator des Berliner Selbsthilfe-Projektverbunds ZUKUNFT BAUEN, Dieter Baumhoff (Förderung, Betreuung und Qualifizierung sozial benachteiligter Jugendlicher)

1998 »Auf der Suche nach einem neuen Ethos – weltweit und zuhaus«
Preisträger:
Hans Küng (für lebenslanges Engagement in religiösen und ethischen Existenzfragen unserer Zeit)
Medaillen:
Europäisches Forum für Freiheit im Bildungswesen e.V. (Aufbau mittel- und osteuropäischer Bildungssysteme)
Peter Eigen (Gründer und Vorsitzender von Transparency International e.V., Berlin; Bekämpfung weltweiter Korruption)
Deutsch-Russischer Austausch e.V., Berlin (Aufbau und Beratung demokratischer Gesellschaftsstrukturen in Russland)

1999 »50 Jahre Grundgesetz – 35 Jahre Theodor Heus Stiftung. Auf dem Wege zu einer demokratischen Bürgergesellschaft«
Preisträger:
Jürgen Habermas (kritischer und vorausdenkender Anreger einer demokratischen Bürgergesellschaft)
Medaillen:
Belziger »Forum gegen Rechtsradikalismus und Gewalt e.V.« zusammen mit Netzwerk »Für ein tolerantes Eberswalde« (Engagement gegen Rechtsextremismus und Fremdenhass)
Uta Leichsenring, Polizeipräsidentin von Eberswalde, zusammen mit Bernd Wagner, Leiter des Zentrums Demokratische Kultur, Berlin (Engagement gegen Rechtsextremismus und Jugendgewalt)
Deutscher Frauenring e.V., Landesverband Thüringen, und Gisela Poelke, Landesvorsitzende Schleswig-Holstein (Förderung von Frauen in Ostdeutschland)
Ruth Zenkert (Einsatz für Straßenkinder in Rumänien)

2000 »Europa weiter denken«
Preisträger:
Wolf Lepenies, Rektor des Wissenschaftskollegs zu Berlin, gemeinsam mit Andrei Pleşu, Leiter des »New Europe College« in Bukarest (europa- und demokratiepolitisches Engagement)
Medaillen:
Europäisches Jugendparlament (Entwicklung und Gestaltung einer lebendigen europäischen Demokratie)
Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Erneuerung und lebendige Mitgestaltung unserer Demokratie)

2001 »Neue Bündnisse für unsere Demokratie«
Preisträger:
Wolfgang Thierse (Präsident des Deutschen Bundestages; für sein beispielhaftes Engagement zur Stärkung unserer Demokratie als Staats- und Lebensform)
Medaillen:
ausländische Mitglieder des Internationalen Ausschusses des Gemeinderats in Stuttgart (für langjähriges kommunalpolitisches Engagement und konstruktive Einflussnahme auf Entscheidungen in Ausländerfragen)
Bürgerinnen und Bürger der Stadt Arnsberg/Sauerland und der Bürgermeister Hans-Josef Vogel (für Engagement in allen Angelegenheiten des Zusammenlebens mit Flüchtlingen und Fremden)
Netzwerk Demokratische Kultur e.V., Wurzen (für Engagement gegen rechtsextremistische Gewalt und Fremdenfeindlichkeit)

2002
Es wurde kein Preis vergeben.

2003 »Bildung und Erziehung: Bewährungsprobe für die Demokratie«
Preisträger:
Andreas Schleicher (Leiter der Abteilung für Bildungsindikatoren und Analysen der OECD; für sein Engagement in der Bildungspolitik mit Hilfe der PISA-Studie)
Medaillen:
Französische Schule in Tübingen, Heinrich-von-Stephan-Oberschule in Berlin, Martin-Luther-Schule in Herten, Jenaplan-Schule in Jena, Max-Brauer-Schule in Hamburg, Friedrich-Schiller-Gymnasium in Pirna (Ehrung für Geist der Erneuerung und des Aufbruchs und für besonderen Einsatz von Eltern und Lehrern)

2004 »Anstöße für ein Europa der Bürger«
Preisträger:
Krzysztof Michalski (Gründer und Rektor des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen, Wien; Fragen des Zusammenlebens der Menschen in einem vereinigten Europa)
Medaillen:
Junge Europäische Föderalisten – JEF (Beteiligung junger Europäer an Europa)
MitOst e.V., Verein für Sprach- und Kulturaustausch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa (demokratisches und völkerverbindendes Engagement für ein friedliches Europa)
PICUM - Platform for International Cooperation on Undocumented Migrants (Einsatz für menschenwürdige Behandlung jeder Person, ungeachtet ihres Status)

2005 »40 Jahre Theodor Heuss Stiftung 1965 – 2005. Herausforderungen für die Zukunft«
Preisträger:
Human Rights Watch, New York (für den Einsatz zur Einhaltung der Menschenrechte)
Meinhard Miegel (Leiter des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn e.V.; für sein Engagement bei der Aufklärung, Beschreibung und Deutung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Sachverhalte)
Klaus Töpfer (Leiter des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), Nairobi; für die Verfechtung einer nachhaltigen Entwicklung von Umwelt und Gesellschaft im globalen Zusammenhang)
Medaillen:
Es wurden keine Medaillen verliehen.

2006 »Armut und Ausgrenzung in Europa – am Beispiel Roma«
Preisträger:
James D. Wolfensohn, ehemaliger Präsident der Weltbank (für sein persönliches Engagement für die grundlegende Verbesserung der Lebensbedingungen der Roma in Europa)
Medaillen:
Pakiv European Roma Fund (Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen, vor allem für osteuropäische Roma, verbunden mit der Erschließung von Einkommensmöglichkeiten)
Kindertagesstätte »Schaworalle – Hallo Kinder« (pädagogische Unterstützung, Existenzsicherung, Schul- und Berufsvorbereitung sowie -begleitung von Roma-Kindern)

2007 »Religion und Integration in Europa«
Preisträger:
Rita Süssmuth (für kämpferisches Engagement in den Bereichen Migration und Integration)
Mustafa Ceric (Großmufti von Bosnien und Herzegowina; für die Vermittlerrolle in der Krise zwischen Ost und West und im Verhältnis der Religionen)
Medaillen:
Es wurden keine Medaillen verliehen.

2008 »Sicherheit stärken – Bürgerrechte sichern«
Preisträger:
Gerhart R. Baum (für persönlichen und politischen Einsatz für die Verteidigung der im Grundgesetz verankerten Freiheits- und Menschenrechte)
Medaillen:
die Herausgeber des Grundrechte-Reports (Dokumentation zur Situation der Grundrechte in Deutschland)
FoeBuD e.V. als Ausrichter der deutschen Big Brother Awards (kompetentes Eintreten für Informationsfreiheit und Datenschutz)
Boris Reitschuster (journalistischer Einsatz für Menschen- und Bürgerrechte und für Pressefreiheit in Russland)
Fanprojekt Dresden e.V. (Jugendarbeit, die demokratisches Denken und Handeln bei Fußballfans einübt)

2009 »Bürgerrechte, Bürgermeister, Bürgerinitiativen: Demokratie lokal gestalten«
Es wurde kein Preis verliehen.
Medaillen:
Jörg Lutz, Bürgermeister der Gemeinde Grenzach-Wyhlen, gemeinsam mit den Projekten der Lokalen Agenda 21 (für gemeinsame Bemühungen um einen lokalen Beitrag zur Nachhaltigkeit)
Uli Paetzel, Bürgermeister von Herten, gemeinsam mit der Hertener Bürgerstiftung (für die Gestaltung einer lebenswerten Zukunft in ihrer vom Strukturwandel schwer betroffenen Stadt)
Markus Ulbig, Oberbürgermeister von Pirna, gemeinsam mit der Aktion Zivilcourage e.V. (für konsequentes Eintreten gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit)
Karl-Willi Beck, Erster Bürgermeister von Wunsiedel, gemeinsam mit der Bürgerinitiative Wunsiedel ist bunt - nicht braun (für beispielhafte Zusammenarbeit bei der Lösung des Problems der national-sozialistischen Aufmärsche am Todestag von Rudolf Heß)

Wir danken allen, die uns durch ihre ideelle und finanzielle Förderung unterstützen. Unser besonderer Dank gilt dem Land Baden-Württemberg und der Landeshauptstadt Stuttgart sowie der Robert Bosch Stiftung.

UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT

Wenn auch Sie die Ziele und die Arbeit der Theodor Heuss Stiftung unterstützen wollen, informieren wir Sie gerne über ihre Programme und Projekte. Schreiben Sie uns! Rufen Sie uns an! Oder besuchen Sie uns im Internet! Gerne schicken wir Ihnen auch die Veröffentlichungen der Stiftung. Sie geben Ihnen Material und Anregungen für die Arbeit im Sinne des Stiftungsauftrags.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:
Theodor Heuss Stiftung
Im Himmelsberg 16
70192 Stuttgart
Telefon +49 (0)711 55 91 98
Telefax +49 (0)711 55 92 07
E-Mail: info@theodor-heuss-stiftung.de
Internet: www.theodor-heuss-stiftung.de

Spendenkonto
BW-Bank Stuttgart
BLZ 600 501 01
Konto 20 94 526

IMPRESSUM

Herausgeber
Theodor Heuss Stiftung

Redaktion
Birgitta Reinhardt
Kathy Reymann

Fotonachweis
Susanne Kern

Satz, Gestaltung &
visuelles Konzept
Dipl. Designer & M.A.
Daniela Schanen
www.solldesign.de

Reinzeichnung & Produktion
Die Druckkompanie GmbH &
Co. KG
Mathias Vaupel
www.druckkompanie.de

Druck
Leibfarth & Schwarz GmbH &
Co KG
Dettingen/Erms

theodor heuss stiftung
zur Förderung der politischen Bildung und Kultur
in Deutschland und Europa

Im Himmelsberg 16
D–70192 Stuttgart
Telefon +49 (0)711 55 91 98
Telefax +49 (0)711 55 92 07
info@theodor-heuss-stiftung.de
www.theodor-heuss-stiftung.de